



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„‘Arisierung‘ von Gemeindewohnungen in Wien“

Verfasserin

Judith Adam

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Hans Safrian



## **Danksagung**

An dieser Stelle möchte ich mich bei jenen bedanken, die mich bei meiner Diplomarbeit unterstützt haben.

Zunächst danke ich meinem Betreuer, Univ.-Doz. Dr. Hans Safrian, für die Idee dieses herausfordernde und interessante Thema weiterzubearbeiten und seine Unterstützung im gesamten Arbeitsverlauf.

Danken möchte ich auch Mag. Wolf-Erich Eckstein vom Matrikenamt der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde für die Unterstützung bei meinen Recherchen, wie auch Caroline Hofmann vom Archiv von Wiener Wohnen und Erich Denk vom Wiener Stadt- und Landesarchiv.

## **Anmerkung:**

Zur besseren Lesbarkeit dieser Diplomarbeit, wird von genderspezifischer Sprache abgesehen. An dieser Stelle wird festgehalten, dass unter der männlichen Form, wenn nicht anders angegeben, sowohl Männer als auch Frauen zu verstehen sind.

Daher verzichte ich auf „Innen“ oder „/innen“. Ich bitte die LeserInnen um Verständnis für diese Vereinfachung im Text.



## Inhalt

1. Einleitung .....	7
2. Forschungsstand .....	8
2.1. Allgemeine Literatur .....	8
3. Quellenlage .....	12
3.1. Die Akten des Wiener Wohnungsamtes .....	12
3.2. Lehmann .....	15
3.3. Historische Meldeunterlagen (Wiener Stadt- und Landesarchiv) .....	15
3.4. Vermögensanmeldung der Vermögensverkehrsstelle „Verzeichnis über das Vermögen von Juden nach dem Stand vom 27. April 1938.“ .....	16
3.5. Akten der Finanzlandesdirektion .....	16
3.6. Kartei und Geschäftsbücher der Verwaltungsstelle für jüdisches Umzugsgut der Gestapo (Vugesta) .....	16
3.7. Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaust-Opfer .....	16
3.8. Die Datenbank Yad Vashem .....	17
3.9. Matrikenamt der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien .....	17
3.10. Numerische Kartei zu den Auswanderungsfragebögen der Auswanderungsabteilung der IKG-Wien: .....	17
4. Rahmenbedingungen .....	17
4.1. Rückblick: Wohnbau in Wien .....	17
4.1.1. Mieterschutz .....	18
4.2. Abgrenzung des von den „Arisierungen“ betroffenen Personenkreises .....	22
5. Wien nach dem „Anschluss“ .....	29
5.1. Die ersten Tage .....	30
5.2. Politische Maßnahmen nach dem „Anschluss“ .....	30
6. „Arisierungen“ .....	32
6.1. „Wilde Arisierungen“ .....	32
6.2. „Wilde Arisierungen“ und die Partei .....	34
6.3. Staatlich gesteuerte „Arisierungen“ .....	35
7. „Arisierung“ von Gemeindewohnungen .....	35
7.1. Vorgang .....	36
7.2. Soziale Probleme .....	40
8. Exkurs: Allgemeine Nationalsozialistische Wohnungspolitik in Wien .....	42
9. Mögliche Wege der Gekündigten .....	44
9.1. Bitte um Räumungsaufschub .....	44
9.2. Klage .....	46
9.3. Wohnungsumschreibung .....	50
9.4. Barackenlager .....	50
9.5. U-Boot .....	53
9.6. Auswanderung .....	53
9.6.1. Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung .....	54
9.7. Sammelwohnungen .....	58
9.8. Sammellager .....	60
9.9. Deportation .....	61
9.9.1. Deportierte Personen aus dem Johann Janecek-Hof: .....	64
10. Situation der Gekündigten nach 1945 .....	69
10.1. Wohnsituation für die Überlebenden in Wien nach 1945 .....	70
10.2. Gemeindewohnungen .....	72
11. Fazit .....	73
12. Die jüdischen Mieter des Johann Janecek Hofes .....	75
13. Anhang .....	86

13.1. Quellen .....	86
13.1.1. Archivquellen .....	86
13.1.2. Literatur .....	86
13.1.3. Internetquellen:.....	88
13.2. Curriculum Vitae.....	89
13.3. Abstract .....	90

## 1. Einleitung

„Darr Jud muß weg und sein Gerschl bleibt da.“<sup>1</sup> – Nach diesem Motto begann in Wien ab 1938 die sukzessive Vertreibung und spätere Ermordung der jüdischen Bevölkerung bei gleichzeitiger „Arisierung“, also der Inbesitznahme jüdischen Eigentums.

Diese „Arisierungen“ beschränkten sich nicht auf tatsächliches Eigentum wie Häuser, Geschäfte oder Autos, sondern betrafen auch Mietwohnungen. Jüdische Mieter wurden gekündigt, „arische“ zogen ein.

In Wien waren die ersten, die von den „Wohnungsarisierungen“ großflächig und organisiert betroffen waren, die jüdischen Mieter von Gemeindewohnungen. Auch wenn man die „Arisierung“ von Gemeindewohnungen bestenfalls als einen Baustein in der nationalsozialistischen Vertreibungs- und späteren Vernichtungspolitik sehen kann, ist dieses Thema dennoch ein nicht zu unterschätzendes, aber bislang wenig beachtetes.

Mit diesen Mietern traf man eine Gruppe des Wiener Judentums, die nicht in das 1938 propagierte Bild vom „reichen Juden“ passte, gehörte diese Gruppe doch nahezu durchgängig der ärmeren Bevölkerungsschicht an. Dennoch waren sie die ersten, die in großen Zahlen einen Weg zu beschreiten begannen, auf dem bald die gesamte jüdische Bevölkerung Wiens nachfolgen sollte. Im Jahr 1939 wurde nämlich auch die Kündigung jüdischer Mieter auf dem privaten Wohnungsmarkt rechtens.

Mein Anliegen war nun herauszufinden, welche Bedeutung die erzwungene Räumung der Wohnung für diese ersten Gekündigten hatte und welche Folge sie für die ehemaligen Gemeindebaubewohner im nationalsozialistischen Wien hatte.

Um die genannten Punkte zu veranschaulichen, habe ich einen Gemeindebau, den Johann Janecek-Hof in 1200 Wien, herausgegriffen und seine ehemaligen jüdischen Mieter exemplarisch, soweit es die vorhandenen Quellen erlaubt haben, untersucht und diese Einzelschicksale in Zusammenhang mit der allgemeinen Situation der jüdischen Bevölkerung Wiens gesetzt.

---

<sup>1</sup> Völkischer Beobachter, 16.4.1938, zitiert nach: Hans Witek, Hans Safrian, Und keiner war dabei, 126.

## 2. Forschungsstand

### 2.1. Allgemeine Literatur

Unter dem Begriff „Arisierung“ werden in der Forschungsliteratur zum Nationalsozialismus oft nur die Enteignungsprozesse in der Wirtschaft aufgefasst. Die „Arisierung“ von Mietwohnungen gerät hier oft aus dem Blick. So führt etwa Raul Hilberg in seinem dreibändigen Werk zur Vernichtung der europäischen Juden unter „Arisierungen“ lediglich zu den Veränderungen am Wirtschaftssektor aus und widmet der Vertreibung jüdischer Mieter aus ihren Wohnungen keine weitere Beachtung.<sup>2</sup> Gerade die „Arisierungen“ auf dem Wohnungssektor haben aber fast die gesamte jüdische Bevölkerung betroffen.

Zur Frage der „Wohnungsarisierungen“ in Wien wurden bisher noch relativ wenige Untersuchungen vorgelegt. Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger und Susanne Kowarc nennen im 2004 veröffentlichten Band der Österreichischen Historikerkommission über „Wohnungsarisierungen“ als Forschungsstand lediglich zwei Werke<sup>3</sup>: die bereits 1975 von Gerhard Botz publizierte Studie zur Frage der nationalsozialistischen Wohnungspolitik in Wien<sup>4</sup> sowie die Arbeit von Herbert Exenberger, Johann Koß und Brigitte Ungar-Klein zur Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten.<sup>5</sup> Neben dem Band der Historikerkommission ist die im Jahr 2008 veröffentlichte Publikation „Und keiner war dabei“, die von Hans Safrian und Hans Witek veröffentlicht wurde, zu nennen.<sup>6</sup>

Ein Überblick über das Thema der „Arisierung“ von Gemeindewohnungen in Wien wird in der Studie von Exenberger, Koß und Ungar-Klein gegeben. Bemerkenswert an dieser Arbeit ist, dass sie durch Einarbeitung unzähliger Einzelschicksale dem Bild einer anonymen großen Masse an Opfern entgegenwirkt, gleichzeitig aber nicht den Blick für die Gesamtdimension der „Arisierungen“ verliert.

Nach einem kurzen Überblick über die kommunale Wohnungspolitik in Wien von 1900 bis 1938 wird die Vorgangsweise der nationalsozialistischen Behörden im Wiener Wohnungsamt

---

<sup>2</sup> Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden (Bd.1) (Frankfurt am Main 1997), 97-140.

<sup>3</sup> Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, II. Teil, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 14) (Wien/München 2004), 93f.

<sup>4</sup> Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik (Wien/Salzburg 1975).

<sup>5</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938-1945 (Wien 1996).

<sup>6</sup> Hans Safrian, Hans Witek, Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938 (Wien 1938).



und das Ausmaß der „Arisierung“ von Wiener Gemeindewohnungen dargestellt. Des Weiteren gehen sie auf soziale Probleme der Gekündigten ein und beschreiben die Situation der Mieter nach ihrer Kündigung. Die Barackenlager, auf die ich später noch näher eingehen werde, werden hier besonders in den Blick genommen, wie auch der Freitod, den viele wählten und die Einlieferung in das KZ Dachau. Die Option der Emigration für diese Menschen, die ja nur über beschränkte finanzielle Mittel verfügten, wird allerdings nicht näher untersucht.

Eine Berufsstatistik erlaubt dann nochmal ein detaillierteres Bild auf diese Gruppe jüdischer Mieter, der einzelne nach Berufsgruppen sortierte Biografien folgen. Am Schluss finden sich zwei Listen, eine mit deportierten und ermordeten ehemaligen Gemeindebaubewohnern und eine mit in Wien verstorbenen.

Im Band der Österreichischen Historikerkommission zur „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien werden die Gemeindewohnungen nur oberflächlich behandelt. Der Band besteht aus zwei Teilen. Dem Hauptteil von Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger und Susanne Kowarc, der sich mit dem eigentlichen Thema befasst<sup>7</sup>, ist eine Analyse der „Wohnungsarisierungen“ aus rechtlicher Sicht von Georg Graf vorangestellt.<sup>8</sup> Hier wird auch die rechtliche Sondersituation der Gemeindebaummieter noch einmal ausführlicher dargestellt, auf die ich später noch näher eingehen werde.

Im Hauptteil wird versucht „in möglichst verdichteter Form die ‚Arisierung‘ von Wohnungen in Wien als exemplarisches Beispiel des Entzugs von Bestandrechten im Nationalsozialismus darzustellen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Frage der Zahl der ‚arisierten‘ Wohnungen von Privatpersonen sowie auf der Darstellung der verschiedenen Formen der ‚Arisierungen‘ von Mietwohnungen.“<sup>9</sup>

Gleichzeitig wird das weitere Schicksal der gekündigten Mieter beleuchtet.<sup>10</sup> Anhand von Fallbeispielen wird auf die Situation der „U-Boote“ eingegangen und auf das Schicksal der zum Zeitpunkt der Kündigung bereits inhaftierten Mieter. Außerdem werden die Umsiedlungsaktionen in Wiener Barackenlager und die Einweisung in Sammelwohnungen untersucht. Des Weiteren wird versucht einen Blick auf die Profiteure zu geben.<sup>11</sup> Zum Schluss werden die Wohnungssituation nach 1945, die gescheiterten Bemühungen um ein

---

<sup>7</sup> Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, II. Teil. „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien.

<sup>8</sup> Georg Graf, I. Teil. Der Entzug von Mietrechten.

<sup>9</sup> Ebd. 93.

<sup>10</sup> Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, II. Teil. „Arisierung“ und Rückstellung, 128-141.

<sup>11</sup> Ebd. 144-152.

Rückstellungsgesetz für Miet- und Bestandrechte nach 1945 und die Wohnsituation der Rückkehrer und Überlebenden behandelt.<sup>12</sup> In einem Epilog wird anschließend die Lebensgeschichte des Ehepaares Ludwig und Ella Weisz, das in einer Wohnung in einem Zinshaus in Wien wohnte, stellvertretend als Beispiel für viele dargestellt.<sup>13</sup>

Vom Forschungsvorhaben viel umfangreicher als das Forschungsprojekt „Kündigungsgrund Nichtarier“ fällt die Beschäftigung mit der „Arisierung“ von Gemeindewohnungen knapp aus. So beziehen sich Bailer-Galanda, Blimlinger und Kowarc bei ihren Ausführungen in Bezug auf Gemeindewohnungen nur auf das Buch von Exenberger, Koß und Ungar-Klein oder auf den von diesen kopierten Teil der Akten, die im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes lagern<sup>14</sup> und haben für ihre Untersuchung nicht direkt aus den Kündigungsakten entnommenes Material ausgewertet. Der Kündigung jüdischer Mieter und Mieterinnen in Gemeindewohnungen sind im Kapitel „Wohnungs-, Arisierungen‘ in Wien“ lediglich drei Seiten gewidmet, worin der Vorgang der „Arisierung“ ganz kurz dargestellt und mit der Person von Hersch Weinfeld ein Fallbeispiel angeführt wird.<sup>15</sup>

Obwohl die „Arisierung“ von Gemeindewohnungen nicht wirklich detailliert behandelt wird, gelingt es der Historikerkommission, die „Arisierung“ von Gemeindewohnungen in einen größeren Kontext zu stellen und mit der „Arisierung“ von Wohnungen in anderen Bereichen sowohl qualitativ als auch quantitativ zu vergleichen. So werden einerseits aus den Ausführungen zum privaten Wohnungssektor die Unterschiede in der Vorgehensweise bei der „Arisierung“ deutlich, andererseits liefert die Untersuchung quantitative Erhebungen zu Wohnungsbestand, Wohnungsgrößen, Belegdichte, Mietzins in Gemeindewohnungen<sup>16</sup> und Zahl der „arisierten“ Wohnungen<sup>17</sup>, die anhand vorhandener Quellen überprüft und bewertet werden. Hinzu kommen außerdem die Untersuchungen zum weiteren Schicksal der gekündigten Mieter und Mieterinnen.

Die früheste Studie, die sich mit „Wohnungsarisierungen“ in Wien auseinandersetzt, ist jene von Gerhard Botz, der auf diesem Gebiet Pionierarbeit geleistet hat. Wie aber bereits dem Titel „Wohnungspolitik und Judendeportation“ zu entnehmen ist, nimmt Botz die nationalsozialistische Wohnungspolitik als Ganzes in den Blick. In seinem Werk befasst er sich daher nicht nur mit der Vertreibung jüdischer Mieter aus ihren Wohnungen, sondern auch

---

<sup>12</sup> Ebd. 153-216.

<sup>13</sup> Ebd. 221-232.

<sup>14</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Bestand „Arisierung“ von Gemeindewohnungen in Wien.

<sup>15</sup> Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, II. Teil. „Arisierung“ und Rückstellung, 120-123.

<sup>16</sup> Ebd. 98-110.

<sup>17</sup> Ebd. 141-144.

mit der Wohnungsnot in Wien und der nationalsozialistischen Wohnbautätigkeit, die er zu den „Wohnungsarisierungen“ und der Deportation der Juden in Bezug setzt. Die Überschrift des ersten Kapitels – „Antisemitismus statt Antikapitalismus“ steht für seine These: Als Ideologie des „Mittelstandes“, der sich sowohl vom Großkapital als auch vom Proletariat bedroht fühlte, erklärte der Nationalsozialismus die Juden zum Sündenbock für die negativen Auswirkungen des Kapitalismus. Der nationalsozialistische „Antikapitalismus“ reduzierte sich dabei auf die Enteignung und Ermordung der Juden, während die meisten sozialpolitischen Versprechungen nicht eingehalten wurden.<sup>18</sup> Die These der Verknüpfung von Sozialpolitik und Antisemitismus legt Botz auf die Wohnungsfrage um und stellt im Zuge dessen die Theorie der „negativen Sozialpolitik“ auf, die besagt, dass Judenverfolgung und ihre Enteignung eine notwendige Sozialpolitik ersetzen, indem jüdischer Besitz auf die „arische“ Bevölkerung umverteilt wurde.

Botz setzt sich mit der Wohnungsnot in Wien und mit der Vertreibung der jüdischen Mieter aus ihren Wohnungen - einerseits durch „wilde Arisierungen“, andererseits durch politisch gelenkte - auseinander, beschreibt die Ghettoisierung der Juden in bestimmten Vierteln, ihre Konzentration in Sammelwohnungen und ihre anschließende Deportation.

Im zusammenfassenden Schlusskapitel kommt Botz zu dem Ergebnis, dass die Wohnbaupolitik in der „Ostmark“ durch die Aufrüstung vernachlässigt wurde und die Bauwirtschaft dadurch keine Kapazitäten für den Wohnungsbau hatte. Der Antisemitismus fungierte für Botz als „Sicherheitsventil“, weil die Nationalsozialisten nicht in der Lage waren, die Wohnungsnot zu bekämpfen.

Gerhard Botz stellt hier also einen Zusammenhang zwischen antijüdischer Politik und Sozialpolitik her, er setzt sich zwar nicht detailliert mit der „Arisierung“ von Gemeindewohnungen auseinander, veranschaulicht aber die nationalsozialistische Wohnungs- und Vertreibungspolitik in Wien.

Die neueste für mich relevante Publikation „Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938“ ist in vier Kapitel unterteilt, die jeweils zusammenfassende Informationen zu Wien im Jahr 1938 bieten, beginnend mit den ersten Tagen nach dem „Anschluss“ und endend mit dem Novemberpogrom. Nach einleitenden Worten zu den einzelnen Kapiteln findet man Dokumente, die die betreffenden Ereignisse veranschaulichen. Von Briefwechseln zwischen den Machthabern, Zeitungsartikeln, über Stimmen aus der jüdischen wie „arischen“ Bevölkerung, zu offiziellen Dokumenten gewinnt

---

<sup>18</sup> Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945, 9-12.

man einen lebendigen Einblick in die erste Phase des Nationalsozialismus in Österreich. Dem Thema „Arisierungen“ von Wohnungen und Häusern ist hier ein eigener Unterpunkt gewidmet, der vor allem die „wilden Wohnungsarisierungen“, auf die ich später noch zurückkommen werde, dokumentiert.<sup>19</sup> Die „Arisierung“ von Gemeindewohnungen wird nicht extra thematisiert, dennoch sind die abgedruckten Dokumente und die ihnen vorhergehenden Informationen hilfreich, um sich ein Gesamtbild über Wien im Jahr 1938 machen zu können.

### 3. Quellenlage

#### 3.1. Die Akten des Wiener Wohnungsamtes

Für Forschungsvorhaben, die sich mit der „Arisierung“ von Gemeindewohnungen beschäftigen, ist jenes Quellenmaterial, das in den Kundendienstzentren von Wiener Wohnen (früher MA 52) liegt, zentral. In den Registraturen der jeweiligen Kundendienstzentren lagern die Akten der Städtischen Wohnhäuserverwaltung chronologisch, nach Bezirken und innerhalb der Bezirke nach Gemeindebauten geordnet. Sie sind anhand einer Protokollkartei durch laufende Geschäftszahlen, sowie durch die Betreffe „Einreichen“ und „Gegenstand“ erfasst. Diese Akten sind aber ganz unterschiedlicher Natur und reichen von Beschwerden von Mietern über feuchte Wohnungen oder Konflikten zwischen Mietparteien bis hin zu Wohnungskündigungen. Hier gilt es also anhand des verzeichneten „Gegenstandes“ jene Akten zu erfassen, die mit der „Arisierung“ von Gemeindewohnungen zu tun haben. Das Team des Projektes „Kündigungsgrund Nichtarier“ spricht von insgesamt 2.064 Kündigungsakten.<sup>20</sup>

Für den Johann Janecek-Hof liegen die relevanten Akten in jenem Kundendienstzentrum von Wiener Wohnen, das für den 1., 2., 8., 9. und den 20. Bezirk zuständig ist, und das sich im 9. Bezirk in der Alserbachstraße 41 befindet.<sup>21</sup>

Zudem muss festgehalten werden, dass das Aktenmaterial sehr vielfältig ist. Manche Akten bestehen nur aus dem Durchschlag des durch das Bezirksgericht zugestellten Kündigungsschreibens, anderen wiederum sind Bittgesuche, „Ariernachweise“ oder andere Dokumente der gekündigten Mieter an das Wohnungsamt beigelegt. Gleichzeitig ist auch die

---

<sup>19</sup> Hans Safrian, Hans Witek, Und keiner war dabei, 89-97.

<sup>20</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 12.

<sup>21</sup> Kundendienst und Service – Wiener Wohnen, online unter

<<http://www.wien.gv.at/wohnen/wienerwohnen/kundendienst.html>>, Zugriff vom 29.12.2010.

Ordnung nicht immer nachvollziehbar. In dem von mir durchgesehenen Aktenmaterial, das aus mehreren Kartons bestand, gab es einen Ordner mit der Aufschrift „Judenkündigungen“, in dem allerdings nicht alle enthalten waren. Vereinzelt fanden sich noch inmitten der Kartons zwischen Mietverträgen, Beschwerden und Bitten.

Um einen exemplarischen Einblick in das Aktenmaterial zu geben, wird nun der Kündigungsakt von Anton Pfauser und seiner Frau dargestellt. Auf diesem findet sich der handschriftliche Vermerk: Gattin Jüdin.<sup>22</sup>

---

<sup>22</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E 38.

*Ungep. Krumm!*

Wiener Magistrat - Magistratsabteilung 21.

*Priska 68/38*

Abt. 21/I

Vorstehende Aktenbezeichnung ist bei Eingaben und Rückschreiben in der Aufschrift und auch auf dem Briefumschlag anzuführen.

An das  
Bezirksgericht

Aufkündigung.

Aufkündigender Teil:  
Die Stadt Wien durch den  
Vorstand  
der Magistratsabteilung 21  
Herrn

Kündigungsgegner:

*Anton Häuser,*

*H. L.*

I. Bartensteingasse 7

*< 20. Jannaziffingasse 30 >*

Stiege 19 Tür 10

Die Stadt Wien kündigt dem Kündigungsgegner die ihm in Bestand gegebene  
aus Zimmer Kabinett Küche Vorraum samt Zugehör beste-

hende Wohnung Nr. 13 Lokal Nr.        des städt. Hauses < 240 >

Stiege 13 verlagsmäßig vierzehntägig

für den 31.12.1939 auf und beantragt:

Das Bezirksgericht wolle dem Kündigungsgegner diese Aufkündigung mit dem  
Auftrage zustellen, den obenbezeichneten Bestandgegenstand zur entsprechenden

Zeit d. i. 1.1.1939 12 Uhr mittags bei Exekution  
der Stadt Wien geräumt zu übergeben oder gegen die Aufkündigung Einwendungen  
anzubringen.

Das gegenständliche Haus wurde auf Grund der Baubewilligung vom  
Jahr 1924 im Jahre 1925/1926 erbaut, daher die aufgekündigten Räume gem. § 1,  
Abs. 2 Z. 2 des Gesetzes vom 7. Dezember 1922 B.G.Bl. 872 (14. Juni 1929, B.G.Bl.  
200) von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen sind.

Der Abteilungsvorstand:

*M. W.*

19. DEZ. 1938

20. DEZ. 1938

M. Abt. 21/I, - S.D.Nr. 7 - A 4 - VI. 1938 - 1.000 -

### 3.2. *Lehmann*

Eine weitere nützliche Quelle zur Erforschung von „Wohnungsarisierungen“ ist das historische Adressverzeichnis „Lehmann“.<sup>23</sup> Für die Lehmann-Ausgabe des Jahres 1938 gibt es zwei Teile: Im ersten Teil, dem alphabetischen Namensverzeichnis<sup>24</sup> sind Vor- und Nachname sowie Beruf und die jeweilige Adresse aller Hauptmieter angeführt. Der zweite Teil enthält ein alphabetisches Straßenverzeichnis.<sup>25</sup> Die Vornamen der Mieter und Mieterinnen sind hier in der Regel nur abgekürzt angeführt, gleichzeitig sind hier aber auch die jeweiligen Stiegen angeführt.

Hiermit lassen sich also in unserem Fall die Mieter und Mieterinnen der Wohnhausanlage des Johann Janecek-Hofes eruieren sowie im Jahresvergleich zwischen verschiedenen Ausgaben auch der Wechsel von Mietern und Mieterinnen nachvollziehen. Dabei muss aber bedacht werden, dass im „Lehmann“ nur Wohnungseigentümer und Hauptmieter verzeichnet sind.

### 3.3. *Historische Meldeunterlagen (Wiener Stadt- und Landesarchiv)*

Die historischen Meldeunterlagen, die im Wiener Stadt- und Landesarchiv lagern, sind bei der Forschung über einzelne gekündigte Mieter ebenfalls ein hilfreicher Quellenbestand. Sie geben Auskunft über Geburtsdatum, Geburtsort, Beruf, Staatsangehörigkeit, Religionsbekenntnis, Wohnort zu einem bestimmtem Zeitpunkt, An- und Abmeldungen sowie mitgemeldete Personen in einem Haushalt.<sup>26</sup> Da personenbezogene Daten einer Schutzfrist von 110 Jahren ab Geburtsdatum der betreffenden Person unterliegen, ist es sinnvoll für solche Projekte eine Verkürzung der Schutzfrist zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung zu beantragen.

---

<sup>23</sup> Wiener Adressverzeichnis „Lehmann“, Wien 1938.

<sup>24</sup> Wiener Adressverzeichnis „Lehmann“, Wien 1938, Teil 1: Namensverzeichnis. Einwohner und Geschäftsbetriebe.

<sup>25</sup> Wiener Adressverzeichnis „Lehmann“, Wien 1938, Teil 2: Alphabetisches Straßenverzeichnis.

<sup>26</sup> Wiener Stadt- und Landesarchiv, Historische Meldeunterlagen (1904-1975) – Auskunft, online unter <http://www.wien.gv.at/amtshelfer/kultur/archiv/forschung/historischemeldeunterlagen.html>, Zugriff vom 4.1.2011.

### *3.4. Vermögensanmeldung der Vermögensverkehrsstelle „Verzeichnis über das Vermögen von Juden nach dem Stand vom 27. April 1938.“*

Diese Akten befinden sich im Staatsarchiv. Verzeichnet sind hier alle in- und ausländischen Vermögenswerte von Personen, die der Definition der „Nürnberger Rassegesetze“ nach, als Juden galten oder mit solchen verheiratet waren und deren Vermögen über 5000 RM lag. Ausländische Staatsbürger mussten ihr ausländisches Vermögen nicht angeben. Man findet oft Details über die Lebensumstände der betroffenen Personen in den beiliegenden Korrespondenzen.

Weiters findet man meistens auch die Höhe der Reichsfluchtsteuer („Sicherheitsbescheid“), und die „Juva“, die „Judenvermögensabgabe“, wie auch Angaben zu Kunstbesitz.

### *3.5. Akten der Finanzlandesdirektion*

Die ebenfalls im Staatsarchiv befindlichen Akten der Finanzlandesdirektion geben Auskunft über Name, Geburtsdatum, Adresse von ca. 135.000 Personen. Personen, die deportiert wurden, bekamen eine besondere Signatur, nämlich römische Zahlen, die den jeweiligen Deportationstransport bezeichneten.

### *3.6. Kartei und Geschäftsbücher der Verwaltungsstelle für jüdisches Umzugsgut der Gestapo (Vugesta)*

Ebenfalls im Staatsarchiv befindet sich diese Kartei, die über 6000 Personen umfasst, deren Umzugsgüter durch die „Verwaltungsstelle für jüdisches Umzugsgut“ („Vugesta“) beschlagnahmt wurde. Sie enthält Name und Adressen der Emigrierten wie den Namen der beteiligten Spedition, Verwertungsnummern oder -orte (wie das Dorotheum).

### *3.7. Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaust-Opfer*

Diese Datenbank befindet sich im Dokumentationsarchiv für österreichischen Widerstand. Sie enthält Name, Geburtsdatum, Zielort, Datum der Deportation und – soweit bekannt – Todesort und –datum von rund 62.000 Personen.



### *3.8. Die Datenbank Yad Vashem*

Vom Vorhaben her ähnlich, aber viel umfangreicher als die DÖW-Datenbank ist diese unter [www.yadvashem.org](http://www.yadvashem.org) verfügbar. Das Anliegen ist, alle Opfer des Holocausts zu identifizieren und ihre Lebensgeschichten möglichst genau nachzuzeichnen. Von den ca. 6 Millionen ermordeten Juden sind rund drei Viertel bereits in der Datenbank erfasst.

### *3.9. Matrikenamt der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien*

Hat man Name und Geburtsdatum, lohnt sich auf jeden Fall ein Besuch im Matrikenamt. Hier finden sich Austritte, Geburts-, Sterbe- und Trauungsbücher der Mitglieder der IKG. Mit Hilfe der Matriken können teilweise auch Eltern oder andere Verwandte festgestellt werden. Auf den Mitgliederkarteien findet sich manchmal eine zusätzlich hilfreiche Information.

### *3.10. Numerische Kartei zu den Auswanderungsfragebögen der Auswanderungsabteilung der IKG-Wien:*

Hier sind die Personen erfasst, die auf Grund nationalsozialistischer Verfolgung entschlossen waren, das Deutsche Reich zu verlassen und das bei der IKG anmeldeten. Man findet hier Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Nationalität, Adresse, das geplante Zielland, Verwandte in Übersee, bisherigen und neu erlernten Beruf, Sprachkenntnisse und Angabe zu Geldmittel für die Auswanderung. Zu erwähnen ist, dass die Kartei keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

## **4. Rahmenbedingungen**

### *4.1. Rückblick: Wohnbau in Wien*

Jüdische Mieter von Gemeindewohnungen waren die ersten, die von den organisierten „Wohnungsarisierungen“ in Wien betroffen waren. Dabei glaubten sich viele gerade in den Anlagen des ehemals „Roten Wiens“ sicher vor plötzlichen Kündigungen, war doch gerade

die Sozialdemokratische Partei in der Zwischenkriegszeit eine Verfechterin des Mieterschutzes gewesen.

Wie kam es nun, dass ausgerechnet die jüdischen Mieter der Gemeindebauten, die ersten Opfer großflächiger, organisierter Kündigungen wurden?

Diese Frage lässt sich durch einen Rückblick auf den Wohnbau in Wien und die Mieterschutz Gesetzgebung beantworten: Wohnen in Wien um die Jahrhundertwende bedeutete für die Masse der Bevölkerung ein Leben jenseits jeglicher Hygienestandards. Wasser holte man von der Gangbassena, das WC befand sich ebenfalls am Gang und musste meist mit mehreren Parteien geteilt werden. Viele Wohnungen waren fensterlos und entsprechend dunkel, Schimmel war keine Seltenheit. Ganze Familien lebten meist in Wohnungen von 12 bis 25m<sup>2</sup> zusammen, viele mussten zusätzlich einen Bettgeher einmieten, um die Lebenserhaltungskosten finanzieren zu können. Denn trotz Überbelag und schlechten hygienischen Bedingungen brauchten die Kosten für die Mietpreise ein Fünftel bis die Hälfte des Familieneinkommens einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie. Von Mieterschutz war auch keine Rede, es herrschte freies Kündigungsrecht durch den Vermieter.<sup>27</sup>

#### *4.1.1. Mieterschutz*

Mit dem ersten Weltkrieg stieg die Gefahr der Verelendung weiter Bevölkerungskreise. Viele Wiener standen in Gefahr, ihre Unterkünfte zu verlieren. Um die Soldaten an der Front zu beruhigen, die um die Sicherheit ihrer in Wien zurückgebliebenen Frauen und Kinder fürchten mussten und die Verelendung bestimmter Bevölkerungsschichten zu verhindern, erließ Kaiser Karl I. 1917 die „Verordnung über den Schutz der Mieter“.

Ogleich diese Verordnung ursprünglich nur bis 31. Dezember 1918 bestehen bleiben sollte, begründete sie den Mieterschutz in Wien,<sup>28</sup> indem sie für Kündigungsschutz und ein Einfrieren der Mietpreise sorgte.<sup>29</sup> Diese Verordnung wurde durch weitere ergänzt und im Jahr 1922 zum „Mietengesetz“ ausgebaut.<sup>30</sup>

Allerdings galt dieser Schutz nur für Bauten, die bis zum Zeitpunkt dieses Erlasses erbaut worden waren, alle „Neubauten“, die ab 1917 entstanden, waren im Mieterschutz nicht inbegriffen. Das heißt, Mieter von Wohnungen, die zwischen 1917 und 1938 erbaut worden

---

<sup>27</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 98 f.

<sup>28</sup>Ebd. 99.

<sup>29</sup> Helmut Weihsmann, Das Rote Wien, 33.

<sup>30</sup> Hans Hautmann, Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919-1934, 112.

waren (unter anderem Gemeindebauten), konnten nach wie vor jederzeit und ohne Angabe von Gründen mit einer nur zweiwöchigen Kündigungsfrist ihrer Wohnungen verwiesen werden.<sup>31</sup>

Trotz dieser Einschränkungen sorgte der Mieterschutz für eine neue Situation am Wiener Wohnungsmarkt. Davor waren Mieter der Willkür ihrer Vermieter uneingeschränkt ausgeliefert gewesen, nun gab es zumindest in Altbauten Schutz vor willkürlichen Kündigungen oder eklatanten Preiserhöhungen.

Für die Bevölkerung bedeutete der Mieterschutz eine enorme Verbesserung zu den davor herrschenden Verhältnissen, gleichzeitig führte diese Regelung zu neuen Problemen:

Das Vermieten von Immobilien wurde unrentabel, ein Rückgang der privaten Bautätigkeit war zu verzeichnen. Auch eine Verschlechterung der Instandhaltung trat ein, Hausbesitzer hörten auf, sich entsprechend um ihr Eigentum zu kümmern, notwendige Renovierungen geschahen nicht, die Zustände in den Wohnungen des Wiener Proletariats verschlechterten sich kontinuierlich. Durch den Verfall des Mietpreises konnten sich viele Wiener Arbeiter ihrer Untermieter und Bettgeher entledigen, mit dem Erfolg, dass auch diese nun auf Wohnungssuche waren, was dem ohnehin schon großen Mangel an Wohnungen neue Dimensionen verlieh.<sup>32</sup>

Ein Vorteil, den das aus diesen Problemen resultierende schwindende Interesse an und die starke Besteuerung von Immobilien in der ersten Republik mit sich brachte, war der Verfall der Grundstückspreise, die wiederum der nun sozialdemokratischen Stadt Wien erlaubte, großflächig Grundstücke zu kaufen und diese für ihre Bautätigkeiten zu nutzen.<sup>33</sup>

1919 entstand mit Friedensstadt auf der Schmelz der erste große Siedlungsbau und läutete damit die Ära des kommunalen Wohnbaus in Wien ein,<sup>34</sup> die aber erst 1923 ihren wirklichen Anfang fand. Denn in diesem Jahr wurde der Bau von 25.000 Wohnungen zwischen 1924 und 1928 beschlossen.<sup>35</sup>

Gebaut wurde nun in rasanter Geschwindigkeit, die entstandenen Gemeindebauten wurden zu sehr geringem Mietpreis vergeben, dieser erhob nicht einmal den Anspruch auf Gewinnbringung, sondern berechnete nur Betriebskosten und Instandhaltung. Finanziert wurde diese Maßnahme durch die Einführung einer zweckgebundenen Wohnbausteuer und Luxussteuern. Diese Steuern stellten das Kapital zur Verfügung, das man für den Bau

---

<sup>31</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 28.

<sup>32</sup> Helmut Weihsmann, Das rote Wien, 33f.

<sup>33</sup> Ebd. 35.

<sup>34</sup> Ebd. 97.

<sup>35</sup> Hans Hautmann, Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien, 137.

brauchte, mit Wiedergewinnung rechnete man nicht.<sup>36</sup> Die Kosten des kommunalen Wohnbaus trugen also primär die wohlhabenderen Klassen.<sup>37</sup>

Der Mietzins im Jahr 1926 betrug nur noch 4% eines Arbeitereinkommens, Preise die im privaten Wohnbau utopisch waren.<sup>38</sup>

Wer hatte nun Anspruch auf eine Gemeindewohnung? Die Wohnungen wurden nicht nach Einkommen, sondern nach Bedürftigkeit vergeben, um diese festzustellen, verfuhr man nach folgendem Punktesystem, das Wohnungswerber in „schwere“ (10 oder mehr Punkte), „mittlere“ (5-9) oder „leichtere“ (1-5) Bedürftigkeitsklassen einteilte:<sup>39</sup>

<b>Punktesystem</b>			
österreichischer Staatsbürger	1	Invalidität 66-90%	2
in Wien geboren	4	Halbinvalidität weniger als 66%	1
heimatberechtigt in Wien	1	Kündigung	5
in Wien seit 1. August 1914 ansässig	3	Untermieter	2
in Wien erst seit einem Jahr ansässig	1	Bettgeher	2
jung vermählt	1	Wohnungshygiene	1-2
mehr als 1 Jahr vermählt	2	Unbewohnbarkeit	5
Lebensgemeinschaft	1	Obdachlosigkeit	5
pro Kind unter 14 Jahren	1	Küchenmangel	1
pro Kind über 14 Jahren	2	Überbelegung der Wohnung	1
getrennter Haushalt	2	Krankheit im Zusammenhang mit Wohnverhältnissen	1
Schwangerschaft	1	Parteizugehörigkeit	?
kriegsbeschädigt	5		

Quelle: Charles O. Hardy: The Housing Programme of the City of Vienna. (Statistics compiled by Robert R. Kuczynski.) Washington D.C. 1934.

Die vermieteten Wohnungen entsprachen allen Standards ihrer Zeit und waren als höchst fortschrittlich zu bezeichnen. Im Gegensatz zu den dunklen „Löchern“ der Gründerzeit, deren oft einziger Lichteinfall der sogenannte Lichthof war, wurde bei den neu erbauten Gemeindewohnungen auf ausreichende Belichtung der Wohnung geachtet. Die „Gangbassena“ wurde durch Wassereinleitung in jede Küche obsolet, jede Wohnung wurde mit einer eigenen Toilette ausgestattet.

<sup>36</sup> Helmut Weihsmann, Das Rote Wien, 36.

<sup>37</sup> Ebd. 34.

<sup>38</sup> Ebd. 38.

<sup>39</sup> Zitiert nach: Helmut Weihsmann, Das Rote Wien, 37.

Die Option der Kontaktknüpfung, die die Gangbassena neben ihrem hohen Konfliktpotential bot, wurde durch begrünte Höfe, die Erwachsenen als Ruhe- und Kindern als Spielstätte dienen konnte, ersetzt.

Doch nicht nur Freizeitstätten, sondern ganze Anlagen, die nahezu autark waren, wurden geschaffen: von der Kinderkrippe, über Mutterberatungsstätten, über Wäschereien bis zu Leseräumen, Bädern und Konsumgesellschaften, fand sich in diesen Komplexen alles, was man im Alltag benötigen könnte. Die Bauten wurden quasi zur „Stadt in der Stadt“.<sup>40</sup>

Die Wohnungen der Gemeinde Wien boten der Arbeiterschaft also ein neues Maß an Hygiene und Platz. Wohnküchen waren typisch, genauso wie Vorzimmer, die der Stolz der Gemeinde waren, da sie ein Symbol neuen Wohlstandes und einer neuen Privatsphäre, getrennt von Nachbarn, verkörperten.<sup>41</sup>

Das Festhalten an der Wohnküche resultierte aus einer anderen Idee, man wollte die Rollentrennung aufheben und Frauen in das politische und alltägliche Leben der Männer integrieren, im Gegensatz zum Modell der Frankfurter Küche, das zwar versuchte durch Effizienzsteigerung die Emanzipation zu fördern, Frauen aber in der Küche als separiertem Raum hielt, und damit vom Gemeinschaftsleben ausschloss.<sup>42</sup>

Die neuen Anlagen waren geprägt von einer recht einheitlichen Architektur, idente Raumhöhen von 2,80 Metern, sowie einheitliche Wohnungs- und Blockgrundrisse. Es wurde versucht, möglichst viel aus der bürgerlichen Wohnkultur zu übertragen, nur den Platz konnte man nicht angleichen, da kleinere Wohnungen mehr Wohnungen bedeuteten und zu viele auf eine warteten.<sup>43</sup>

Nicht nur die bürgerliche Wohnkultur wollte man kopieren, auch der architektonische Stil sollte dem der bürgerlichen Ringstraßenarchitektur gleichen. Triumphbögen, Statuen und Deckenmalereien waren also für die neuen Anlagen typisch.<sup>44</sup>

Bis 1934 war eine sehr rege Bautätigkeit zu verzeichnen. 61.175 Gemeindewohnungen in 348 Anlagen sowie 5257 Siedlungshäuser und 2155 Geschäftslokale wurden innerhalb von 14 Jahren durch die Gemeinde Wien errichtet.<sup>45</sup>

---

<sup>40</sup> Helmut *Weihsmann*, *Das Rote Wien*, 39 u. 47.

<sup>41</sup> Ebd. 40.

<sup>42</sup> Ebd. 43.

<sup>43</sup> Ebd. 44,

<sup>44</sup> Helmut *Weihsmann*, *Das Rote Wien*, 95f.

<sup>45</sup> Hans *Hautmann*, Rudolf *Hautmann*, *Die Gemeindebauten des Roten Wien*, 137.

Der von mir exemplarisch herausgegriffene Johann Janecek-Hof wurde 1925 erbaut, unter der Leitung des Architekten Peterle. 841 Wohnungen befinden sich in dieser Anlage, deren Tore mit Eisengittern die Grenze zur Straße markieren. Die Anlage ist in fünf Höfe untergliedert, in einem der Höfe befindet sich ein Kindergarten.<sup>46</sup> Zugang zu einer Zentralwäscherei und einem Bad hatte man durch den angrenzenden Beerhof. Die beiden Anlagen zusammen waren eine der größten Wohnkomplexe des „Roten Wien“.<sup>47</sup>

Nach dem Systemwechsel 1934 wurden nur bereits in Bau befindliche Gemeindebauten fertiggestellt.<sup>48</sup> Der neue Finanzstadtrat erhob zwar ebenfalls eine Sondersteuer, doch legte man im neuen Regime des „christlichen Ständestaates“ mehr Wert auf Straßen und Brücken, der Wohnbau kam nahezu gänzlich zum Erliegen, abgesehen von der Errichtung der ersten Blöcke im künftigen Barackenlager Hasenleiten, die, wie das Wort „Barackenlager“ bereits vermuten lässt, mit Wohnungen an sich nicht viel zu tun hatten.<sup>49</sup>

Hatte man also vor 1938 eine Gemeindewohnung ergattert, konnte man sich über eine für die Arbeiterschaft überdurchschnittliche Wohnsituation freuen. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde aus diesem Vorteil allerdings ein gravierender Nachteil, sofern man den Nürnberger Rassegesetzen entsprechend als Jude galt. Denn bereits 1938 wurde nahezu allen jüdischen Mietern von Gemeindewohnungen die Wohnung gekündigt.

#### *4.2. Abgrenzung des von den „Arisierungen“ betroffenen Personenkreises*

Der Weg zu den „Arisierungen“, Vertreibungen und der späteren Vernichtung der jüdischen Bevölkerung war keineswegs ein vorgezeichneter. Weder für Partei, noch für Beamte oder Militär war 1933 klar, welche späteren Schritte auf sie zukommen würden. Eine Spirale der zunehmenden Radikalisierung führte von der Definition des Begriffs „Jude“, zu deren Enteignung, zur Konzentration in Ghettos und schließlich zur industriellen Vernichtung. Viele versuchten in dieser Zeit zu emigrieren, ein Schritt, der bis 1941 von den Nazi-Behörden auch gefördert, dann verboten wurde.<sup>50</sup>

---

<sup>46</sup> Ebd. 430.

<sup>47</sup> Helmut Weihsmann, *Das Rote Wien*, 422.

<sup>48</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 101.

<sup>49</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, *Kündigungsgrund Nichtarier*, 21.

<sup>50</sup> Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden* (Bd.1), 56.

Die Begriffsdefinition „Jude“ war essentiell für alle weiteren Verfolgungsschritte und ist es ebenso für meine Arbeit. Will man über die „Arisierung“ von Gemeindewohnungen schreiben, muss man erst einmal feststellen, wer überhaupt in die Kategorie „Jude“ fiel, wer als „Arier“, beziehungsweise „Nichtarier“ galt.

In den Anfängen des nationalsozialistischen Deutschlands sollte die „Rasse der Juden“ ihres Einflusses berauben, doch wann war man Jude? Dieser Frage wurde zunächst mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ im Jahr 1933 begegnet, das den sogenannten „Arierparagraphen“ beinhaltet, der festlegte, dass neben politischen Gegnern „nicht arische“ Beamte in den Ruhestand zu versetzen seien.

Als „Nichtarier“ galt diesem Gesetz zu Folge wer einen der jüdischen Religion angehörenden Eltern- oder Großelternteil hatte, gleich welcher Religion die betreffende Person selbst angehörte.

Dieser „Arierparagraph“ mit seiner sehr allgemeinen Einteilung in „Arier“ (eine Person ohne jüdische Vorfahren, also der Diktion nach „rein deutschen Blutes“) und „Nichtarier“ (eine Person nicht „rein deutschen Blutes“) führte allerdings zu außenpolitischen Verstimmungen, insbesondere in der Fernostpolitik, so fühlten sich zum Beispiel die Japaner äußerst beleidigt durch besagte Einteilung und behauptete Unterlegenheit von „Nichtariern“.<sup>51</sup>

Eine spezifischere Aufschlüsselung der verwendeten Begriffe war notwendig: Im Zuge des Nürnberger Parteitages im September 1935 wurde von Hitler ein „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ gefordert. In diesem Gesetz, das am 15. September 1935 erlassen wurde und das Ehen und außerehelichen Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen „deutschen oder artverwandten Blutes“ verbot, wurde nun nicht mehr von „Nichtariern“, sondern von Juden gesprochen. Dennoch findet sich auch in diesem Gesetz noch keine Definition der verwendeten Begriffe.<sup>52</sup>

Staatssekretär Dr. Stuckart und Dr. Lösener, sein Referent für Judenfragen, schickten sich an, das Problem der Begriffsdefinition nicht nur in die Hand zu nehmen, sondern auch zu lösen. In einem Memorandum vom 1. November 1935 findet sich schließlich eine Aufschlüsselung der Begriffe, sie fand ihre Niederschrift und endgültige Fassung in der ersten Verordnung des Reichsbürgergesetzes vom 14. November 1935:

In die Kategorie „Nichtarier“ fällt:

---

<sup>51</sup> Ebd. 72.

<sup>52</sup> Ebd. 73f.

„Volljude“: Stammt von mindestens drei jüdischen Großeltern ab, Großeltern gelten dann als jüdisch, wenn sie der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören.

Zur weiteren Unterscheidung wurden auch die Begriffe „Mischling ersten Grades“ und „Mischling zweiten Grades“ eingeführt, diese allerdings erst nach dem Gesetz vom 14. November 1935. „Mischlinge“ galten zwar als „Nichtarier“ und waren von früheren gegen „Nichtarier“ gerichteten Verordnungen weiter betroffen, galten aber nicht als Juden und waren somit von späteren Bestimmungen zumindest theoretisch ausgenommen. Diese zusätzliche Regelung lag unter anderem darin begründet, dass die Kapazitäten der Wehrmacht durch einen Ausfall aller „Mischlinge“ empfindlich vermindert worden wären.<sup>53</sup>

Das Thema „Mischlinge“ war innerhalb der Partei allerdings sehr umstritten. Es bildeten sich zwei Fraktionen: die eine meinte, der jüdische Anteil gehöre eliminiert und die andere vertrat die Position, der „deutsche“ Anteil sei auf jeden Fall zu schützen. Die gemäßigte Fraktion setzte sich durch.<sup>54</sup>

Als „Mischling“, vor allem als „Mischling 2.Grades“, war man also verhältnismäßig sicher vor Verfolgung und Deportation.

„Mischlinge“:

„Mischling ersten Grades“: Wer von zwei jüdischen Großeltern abstammte, aber  
-weder zum Zeitpunkt des 15. September 1935, noch danach der jüdischen  
Religionsgemeinschaft angehörte, beziehungsweise  
- zum Zeitpunkt des 15. Septembers 1935 und auch später nicht mit einem Juden verheiratet war.

„Mischlinge zweiten Grades“: Wer von einem jüdischen Großelternteil abstammte.<sup>55</sup>

„Geltungsjude“: - Ein „Mischling ersten Grades“, der am 15.9.1935 oder später der IKG angehörte, oder<sup>56</sup>  
- Am 15. September 1935 und danach mit einem Juden verheiratet war, oder

---

<sup>53</sup> Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden (Bd.1), 93.

<sup>54</sup> Ebd. 74.

<sup>55</sup> Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden (Bd.1), 76.

<sup>56</sup> Jonny Moser, Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938-1945, 32.



- Kind einer Ehe wider dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ war, beziehungsweise aus einer ebenfalls wider selbigen Gesetzes geschlossenen außerehelichen Beziehung mit einem Juden war und außerehelich nach dem 31. Juli 1936 geboren worden war.

Die Unterscheidung in „Geltungsjude“ oder „Mischling“ war aber komplizierter als diese Auflistung vermuten lässt, da die Frage nach der Religionszugehörigkeit der betreffenden Person zum Zeitpunkt des 15. Septembers 1935 und danach schwieriger festzustellen war, als man annehmen sollte. Diese Frage hat man in einigen juristischen Verfahren mit einer zusätzlichen Frage gelöst, nämlich: Betrachtet sich das Individuum selbst als Jude? War jemand zum Beispiel zwar kein Mitglied einer jüdischen Religionsgemeinschaft, hat aber auf allen Formularen bei Religionszugehörigkeit immer „Jude“ ausgefüllt, so wurde er als „Geltungsjude“ definiert.<sup>57</sup>

Des Weiteren gab es viele Fälle von „Befreiungen“, da „Mischlinge ersten Grades“ immer stärkeren Schikanen ausgesetzt waren und sich oft Kollegen oder Freunde für eine „Befreiung“, also eine Umwandlung eines „Mischlings ersten“ in einen „Mischling zweiten Grades“, einsetzten und diese auch oft durchsetzten, um so diese Menschen vor Verfolgung zu schützen.<sup>58</sup>

Die Nürnberger Rassengesetze basierten also eigentlich auf gar keinen „rassischen“ Merkmalen, wie Blutgruppe oder etwaigen anderen physischen Merkmalen, sondern lediglich auf der Religionszugehörigkeit der Großeltern.<sup>59</sup>

„Mischehe“: Nachdem die Bevölkerung in diese neu geschaffenen Gruppierungen eingeteilt wurde, galt auch zu regeln, wie im Falle „gruppenüberschneidender“ ehelicher Verbindungen zu verfahren sei.

Ab 1935 waren diese Eheschließungen zwar verboten, doch war nicht klar geregelt, wie mit den bereits bestehenden zu verfahren war. Im Jahr 1939 gab es immerhin noch 30 000 „Mischehen“, jeder zehnte Jude auf dem Gebiet des Reiches wie auch des Protektorats lebte in einer solchen Verbindung.<sup>60</sup>

---

<sup>57</sup> Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden (Bd.1), 80.

<sup>58</sup> Ebd. 82.

<sup>59</sup> Ebd. 70.

<sup>60</sup> Ebd. 177.

Bis Dezember 1938 waren Menschen in „Mischehen“ ebenfalls Teil der nationalsozialistischen Verfolgungen, nachdem man aber die Reaktionen von „deutschen“ Angehörigen, Partnern oder Kindern auf die Verfolgung solcher Personen fürchtete, musste man einen Weg finden, diese Beziehungen zu reglementieren.<sup>61</sup>

Um dieses Problem zu lösen, teilte Göring mit Dezember 1938 die „Mischehen“ in nicht-privilegierte und privilegierte, die von da an weitgehend von den Verfolgungen ausgenommen waren.

Privilegiert: Ehen, deren Kinder in nicht jüdischem Glauben, also in „deutschem“ Sinne erzogen worden waren („Mischlinge 1. Grades“). In einem solchen Fall blieben die Partner sogar geschützt, wenn die Ehe geschieden wurde.

Im Falle einer kinderlosen Verbindung, kam es darauf an, ob es der Mann oder die Frau war, die dem Judentum angehörte. Privilegiert waren Ehepartner, wenn der Mann Deutscher und die Frau Jüdin war.

Jüdische Frauen mit „arischem“ Partner, die kinderlos geblieben waren, waren also so lange geschützt, wie die Ehe zu ihrem Partner bestand.

Nicht privilegiert: Ehen, deren Kinder im jüdischen Glauben erzogen worden waren. Im Falle einer kinderlosen Ehe galt hier als nicht privilegiert, wenn die Frau Deutsche und der Mann Jude war.<sup>62</sup>

Meist blieben die Ehepartner durch eine bestehende Ehe relativ lang geschützt. Partner in privilegierten Mischehen blieben meist von der Umsiedlung in ein sogenanntes „Judenhaus“ verschont. Von den Deportationen waren Angehörige privilegierter wie auch nicht privilegierter „Mischehen“ aus Angst vor Protesten zumindest theoretisch ausgenommen.

Allerdings wurde diese Regelung nicht im gesamten Reich einheitlich gehandhabt. Zum Beispiel in Frankreich wurden manche dennoch ins Durchgangslager Drancy gebracht, um Zwangsarbeit zu verrichten und von dort manchmal weiter deportiert. Auch in Wien gab es vor allem vor Dezember 1938 viele Betroffene.

### „Mischehen“ in Gemeindebauten

---

<sup>61</sup> Jonny Moser, Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938-1945, 53.

<sup>62</sup> Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden (Bd.1), 178.

In Bezug auf die Kündigungen von Gemeindewohnungen ist zu bemerken, dass die von der Kündigung Betroffenen ja meist schon im Juli 1938 ihre Wohnungen verlassen mussten. Das heißt, für in „Mischehen“ lebende Gemeindebaubewohner kam diese Regelung zu spät, sie mussten ihre Wohnungen räumen.

Fallbeispiel:

„Mischehen“ im Johann Janecek-Hof:

- Lorenz Handlos war Postbeamter und verheiratet mit Martha Handlos, die den Nürnberger Rassengesetzen nach Jüdin war.

Am 17. 8.1938 mussten sie trotz seiner „arischen“ Abstammung ihre Gemeindewohnung in Wien 20, Engerthstraße 101/18/1/5 im Johann Janecek-Hof verlassen.

- Wilhemine Fischer musste am 8.2.1939 mit ihren drei Kindern, von denen das Jüngste zu diesem Zeitpunkt erst acht Jahre alt war, die Gemeindewohnung verlassen, weil ihr Mann, Karl Fischer Jude war.

Karl Fischer war in der Zwischenzeit in ein „Arbeiterumschulungslager“ nach Gänserndorf verbracht worden. Wilhelmine Fischer wurde, da sie Mutter von drei Kindern war, Unterkunft in einer Bodenkammer gewährt.<sup>63</sup>

---

<sup>63</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E 38.

Auswanderer-Umschulungslager  
für Nichtarier  
Universitätsstraße Nr. 11

Wien, am 6. Februar 1939  
Fernruf A 27 0 57

H/M

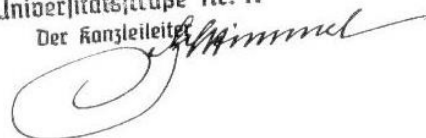
An das  
Wohnungsamt der Stadt Wien  
I., Bartensteingasse

Der Jude F i s c h e r Karl be-  
findet sich seit 12.XI.1938 im Auswanderer-Umschulungs-  
lager für Nichtarier, wo er als Partieführer beim Aufbau  
des Lagers ersprießliche Dienste leistet.

Seine Frau (Arierin) und drei Kin-  
der sind in Wien und wurden ihnen statt der Wohnung  
Zimmer, Kabinett und Küche eine Bodenkammer im Hause IX.,  
Engerthstraße 110 zugewiesen.

In Anbetracht der vorstehenden Um-  
stände wird ersucht seiner Frau eine Wohnung bestehend  
aus Zimmer und Küche zuweisen zu wollen.

Heil Hitler!  
Auswanderer - Umschulungslager  
für Nichtarier  
I., Universitätsstraße Nr. 11  
Der Kanzleileiter



Als sie ihren Mann nach seiner Entlassung aus dem Lager wieder bei sich wohnen ließ, wurde der Familie mit 31. Mai 1941 auch diese Unterkunft gekündigt. Sie hätte als „Arierin“ einen Juden, auch wenn es ihr Mann war, nicht mehr bei sich aufnehmen dürfen.<sup>64</sup>

Grundsätzlich gilt: scheiterten die Beziehungen zu einem „Arier“ oder starb dieser, so fiel auch der Schutz vor Deportation gänzlich weg. Lebten die Kinder im Haushalt des jüdischen Elternteils, wurden auch diese deportiert. Lebten sie beim „arischen“ Elternteil, waren sie verhältnismäßig sicher.<sup>65</sup>

Ab 1942 begann man allerdings auch die in „Mischehen“ lebenden Juden zu enteignen. Man begann auch die „arischen“ Partner zu verfolgen, sofern sie sich um ihren jüdischen Partner oder dessen Familie bemühten, wie im Fall der Hermine Sussmann, selbst „Arierin“, die sich um die Verwandten ihres verstorbenen jüdischen Mannes gekümmert hatte. Aufgrund dessen wurde sie nach Auschwitz deportiert und ermordet.<sup>66</sup>

Auch für das Novemberpogrom kam die „Mischehen“ betreffende Regelung zu spät. Generell ist allerdings zu bemerken, dass bei Ausschreitungen solcher Art allgemein nicht lange gefragt wurde und auf den Fakt der „Mischehe“ keine Rücksicht genommen wurde, wie dieses Beispiel zeigt:

„Ich bin Vollarierin und mit Herrn Dr. Richard Wallach verheiratet, welcher gemäss der Rassengesetze Jude ist. Mein Gatte [...] wurde in Schutzhaft genommen. Aus dieser Schutzhaft wurde er in bewusstlosem Zustand in das Sofienspital eingeliefert, wo selbst festgestellt wurde, dass ihm die Schädeldecke zertrümmert wurde, und dass der Sehnerv des einen Auges zerstört ist.“<sup>67</sup>

## 5. Wien nach dem „Anschluss“

91,933% der österreichischen Juden lebten in Wien.<sup>68</sup> 9,4% der Wiener Wohnbevölkerung waren Juden. Wien hatte den höchsten Anteil jüdischer Bevölkerung im gesamten deutschen Reich.<sup>69</sup> Für das Jahr 1938 bedeuten 9,4% der Wiener Bevölkerung 167 249 Personen.

---

<sup>64</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX A 8/41.

<sup>65</sup> Raul Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer, 149 ff.

<sup>66</sup> Gabriele Anderl, Edith Blaschitz, Sabine Loitfellner, Mirjam Triendl, Niko Wahl, „Arisierung“ von Mobilien, 364f.

<sup>67</sup> AdR 04, Bürckel, Nachträge, Karton Rot 34, Eingangsstempel: 8.12.1938, zitiert nach: Hans Safrian, Hans Witek, Und keiner war dabei, 291.

<sup>68</sup> Jonny Moser, Demographie der jüdischen Bevölkerung in Österreich 1938-1945, 9.

<sup>69</sup> Maren Seliger, NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. in: NS-Herrschaft in Österreich, 241.

Inkludiert man nun jene, die zwar nicht mehr den jüdischen Glauben teilten, aber auf Grund der Nürnberger Rassegesetze als Juden galten, kommt man auf eine Zahl von rund 206 000 Menschen in ganz Österreich.

206 000 Menschen, die der Definition „Jude“ entsprachen, lebten also im Jahr 1938 in Österreich, bis zum Jahr 1945 sank diese Zahl auf 5512.<sup>70</sup>

### *5.1. Die ersten Tage*

Mit der Machtübernahme begann gleich in den ersten Tagen eine Verhaftungswelle früherer Politiker diverser Parteien, sowie auch von Juden aus allen sozialen Schichten. Betroffen waren vermutlich zwischen 10 000 und 20 000 Menschen, die teilweise wieder entlassen, teilweise in Konzentrationslager gebracht wurden. Der erste der beiden sogenannten „Prominententransporte“, die die bekanntesten ehemaligen Politiker transportierten, kam bereits am 2. April in Dachau an.<sup>71</sup>

Doch nicht nur die Verhaftungswellen hielten die Stadt in Atem, auch der Durchschnittswiener leistete seinen Beitrag zur Eskalation der Situation. So kam es in Wien in den Tagen um den „Anschluss“ zu extremen Ausschreitungen und Raubzügen gegenüber allen Menschen, die für Juden gehalten wurden.

### *5.2. Politische Maßnahmen nach dem „Anschluss“*

Ab 20. Mai 1938 galten in Österreich die Nürnberger Rassengesetze.<sup>72</sup> Diese griffen wesentlich in das Leben der Wiener Juden ein. Allein in Bezug auf den Arbeitsplatz verloren nun nicht mehr nur Angestellte des öffentlichen Dienstes oder Menschen, deren Geschäfte im Zuge der Ausschreitungen der ersten März Tage bereits enteignet worden waren, ihren Job, sondern auch die Menschen, die in „freien“ Berufen tätig gewesen waren. Auch Rechtsanwälte und Ärzte waren betroffen, sie durften nur noch jüdische Klienten betreuen. Nicht nur für Erwerbstätige änderte sich der Alltag einschneidend. Schüler und Studenten waren von Änderungen ebenfalls betroffen. Hochschulen wurden für Juden zunächst mit einem Numerus clausus belegt, ab 14. November war es Juden grundsätzlich verboten zu studieren.

---

<sup>70</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 106.

<sup>71</sup> Gerhard Botz, Wien vom „Anschluß“ zum Krieg, 57.

<sup>72</sup> Ebd. 243.

Jüdische Mittelschüler wurden ab 27. April aus ihren Klassen entfernt und in einer einzigen jüdischen Mittelschule unterrichtet. Ab 9. Mai galt dies auch für Schüler der Volks-, Haupt- und Fortbildungsschulen. Mit dem Ende des Schuljahres 1938/39 wurden jüdische Kinder und Jugendliche vom öffentlichen Unterricht gänzlich ausgeschlossen, jüdischen Lehrern wurde das Unterrichten untersagt.

Abgesehen vom öffentlichen und freiberuflichen Sektor ging man mit der Kündigung von Juden, insbesondere derer, die in exportwichtigen Betrieben tätig waren, etwas langsamer und bedachter um, wollte Bürckel doch eine Schädigung der Wirtschaft vermeiden. Die Kündigung war damit aber nicht abgewehrt, sie wurde nur hinausgezögert.<sup>73</sup>

Ab Juli war Juden das Betreten öffentlicher Garten- oder Parkanlagen verboten. Ab September gab es nächtliche Ausgangssperren, ihnen folgten bestimmte Einkaufszeiten. Auch die Benützung öffentlicher Bäder wurde ihnen untersagt, was vor allem die Arbeiterschaft traf, denn viele Arbeiter hatten kein eigenes Bad in der Wohnung.

Ab November waren Geschäfte jüdischer Inhaber durch hebräische Schriftzeichen zu kennzeichnen. Ab Oktober 1938 gab es Personal-Kennkarten, die Juden ab dem Alter von 15 Jahren immer mit sich tragen mussten. Der sie diskriminierende Name „Sara“ beziehungsweise „Israel“ war für alle Juden ab 1. April 1939 anzunehmen, sofern sie nicht bereits einen als jüdisch geltenden Vornamen hatten. Listen der passenden Vornamen, die den Beinamen „Sara“ und „Israel“ nicht benötigten, wurden im Jüdischen Nachrichtenblatt am 4. April 1939 veröffentlicht.<sup>74</sup>

Die Reisepässe erhielten auf der ersten Seite ein rotes „J“.<sup>75</sup> Diese Kennzeichnung der Pässe ging allerdings auf eine Beschwerde der Schweizer Außenpolitik zurück, der der Flüchtlingsstrom der Wiener Juden zu viel geworden war. Die Schweiz hatte erst überlegt, wieder eine Visumpflicht für Deutschland einzuführen, nach Verhandlungen mit dem Reich sich dann allerdings auf eine Kennzeichnung jüdischer Pässe und eine Visumpflicht für deutsche Juden geeinigt.<sup>76</sup>

Ab September 1941 war der Judenstern sichtbar zu tragen. Am 25. November 1941 wurde Juden schlussendlich die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen, wodurch sie jedes noch vorhandene Recht einbüßten.<sup>77</sup>

---

<sup>73</sup> Gerhard Botz, Wien vom „Anschluß“ zum Krieg, 244.

<sup>74</sup> Jüdisches Nachrichtenblatt am 4. April 1939 ( Nummer 27/28), S.8.

<sup>75</sup> Gerhard Botz, Wien vom „Anschluß“ zum Krieg, 244.

<sup>76</sup> Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden (Bd.1), 182.

<sup>77</sup> Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945, 67.

Diese Maßnahmen zielten zu einem hohen Grad darauf ab, Deutsche und Juden voneinander zu trennen und dadurch etwaige noch bestehende Freundschaften oder sonstige zwischenmenschliche Beziehungen zu beenden.

Die Situation der Wiener Juden verschlechterte sich also zusehends, die Repressalien griffen immer stärker in den Alltag ein. Straßenbahn fahren, ins Kino gehen, auf einer Parkbank sitzen oder mit den gleichaltrigen Kindern zur Schule gehen - ein Stück Alltag nach dem anderen brach nach und nach weg.

## 6. „Arisierungen“

Unter „Arisierung“ versteht man die Inbesitznahme jüdischen Eigentums durch „Arier“. Dieses Eigentum konnten Wohnungen, Geschäfte, Betriebe, Häuser, Autos, Möbel oder (Wert-)Gegenstände aller Art sein.<sup>78</sup> Ziel dieser Politik war es, die jüdische Bevölkerung zu vertreiben, ihren Besitz aber vorher an den Staat übergehen zu lassen. Die Folge war komplette Enteignung auf allen Ebenen kombiniert mit immer neuen Schikanen.

Neben diesen staatlich gelenkten „Arisierungen“ kam es auch zu so genannten „wildes Arisierungen“, die wiederum weder gesetzliche Legitimation hatten, noch wegen ihres chaotischen Charakters parteilich erwünscht waren. Ungeachtet der fehlenden Legitimation begann sich die Wiener Bevölkerung auf Kosten ihrer jüdischen Mitmenschen zu bereichern. Plünderungen, Erpressungen, Misshandlungen und (gewaltsame) Inbesitznahme jüdischen Eigentums prägten die ersten Tage nach dem „Anschluss“.<sup>79</sup>

### 6.1. „Wilde Arisierungen“

Noch in der Nacht vor dem Einmarsch begannen in Wien gegenüber allen Menschen, die für Juden gehalten wurden, also auch gegenüber jüdischen Gemeindebaubewohnern, pogromartige Ausschreitungen und sogenannte „wilde Arisierungen“. Das heißt, dass Österreicher noch ohne offizielle Legitimation begannen, ihre jüdischen Mitmenschen zu berauben, sich ihres Eigentums zu bemächtigen, also zu „arisieren“.

Jüdische Geschäfte wurden geplündert, Autos und Schmuck „beschlagnahmt“, Wohnungen in Besitz genommen, Möbel entwendet, auch gewaltsam.

---

<sup>78</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 112.

<sup>79</sup> Ebd. 112 f.



„Wer immer sich eine Hakenkreuz-Armbinde über den Arm streifte oder sich als Gestapobeamter ausgab, konnte Gewalt über die zu Freiwild gewordenen Juden Wiens ausüben.“<sup>80</sup>

Misshandlungen und Erpressungen waren an der Tagesordnung. Juden wurden auf den Straßen zusammengetrieben, teilweise sogar auch nachts aus ihren Geschäften und Wohnungen geholt und gezwungen Gehsteige, Häuser oder Kasernen mit Bürste und Lauge zu säubern, angeblich um Schuschnigg-Propaganda zu entfernen, die die Vaterländische Front im Zuge einer Schlagwortkampagne in den letzten Februartagen auf den Gehsteigen hatte aufdrucken lassen. Um die Betroffenen sammelte sich eine Menge Schaulustiger, die der Erniedrigung Spott und Hohn beisteuerten. Um es nicht nur bei einer Erniedrigung zu belassen, mischten Angehörige der SA in weiterer Folge auch ätzendes Soda in das Wasser, mit dem „geputzt“ werden sollte.<sup>81</sup>

Diese „Putzaktionen“ machten vor allem für die Bevölkerung den Rechtsverlust der Juden Wiens offensichtlich. Innerhalb weniger Tage waren Menschen, die zuvor dieselben Rechte wie ihre „arischen“ Mitmenschen hatten, dieser beraubt worden und offenkundig zu Menschen zweiter Klasse degradiert worden.

Durch die öffentliche Erniedrigung sank die, ohnehin schon sehr niedrige, Hemmschwelle noch weiter. Der Durchschnittswiener nahm sich, was er wollte. Oft kamen „Arier“ mit Geld- oder ähnlichen meist unbegründeten Forderungen zu ihren jüdischen Mitmenschen, denen bei Nichterfüllung mit Anzeige gedroht wurde. Angezeigte wurden dann meist auf Wochen und Monate eingesperrt, oft ohne jemals verhört zu werden.

Diese „wildes Arisierung“, die Wien im Frühjahr 1938 prägten, lagen in zwei Faktoren begründet, erstens einem in der österreichischen Gesellschaft tief sitzenden Antisemitismus und zweitens in der schlechten wirtschaftlichen und der daraus resultierenden mindestens ebenso katastrophalen sozialen Situation der Wiener Bevölkerung.

Wien war vor 1938 geprägt von einer immens hohen Arbeitslosigkeit, einer verelendeten Arbeiterschaft und von einer drückenden Wohnungsnot.

Etliche Wiener sahen nun ihre Chance gekommen, ihre soziale Situation zu verbessern, durch Beschlagnahme eines Geschäfts oder einer Wohnung an ein bisschen Wohlstand zu kommen, während der Mittelstand auf diesem Wege unmittelbare Konkurrenten aus dem Weg räumte.

---

<sup>80</sup> Carl Zuckmayer, *Als wär's ein Stück von mir*, Frankfurt am Main (1966), zitiert nach: Hans *Safrian*, *Die Gehilfen Eichmanns*, 30.

<sup>81</sup> Charles J. *Kapralik*, *Erinnerungen eines Beamten der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde 1938/39*, 53.

In Wien schritt die „Arisierung“ auch deutlich schneller voran als im „Altreich“, bereits Anfang 1939 war die wirtschaftliche Enteignung der Juden Wiens abgeschlossen.<sup>82</sup>

## 6.2. „Wilde Arisierungen“ und die Partei

Obwohl die politische Führung gegen unkontrollierte Ausschreitungen war, fanden sich in der Parteibasis viele, die ohne Legitimation dennoch weiter „arisierten“, Geschäfte und Wohnungen in Besitz nahmen.<sup>83</sup>

### Fallbeispiele:

- Einige SA-Männer gingen Anfang Oktober 1938 in einem Sprengel von Wohnung zu Wohnung und teilten den dort lebenden Juden mit, sie hätten ihren Schlüssel abzugeben und sich am nächsten Tag um bis 11 Uhr vormittags am Westbahnhof einzufinden. Dort würden sie mit Zügen ins Ausland gebracht werden. Als sich die Betroffenen am Westbahnhof einfanden, gab es keine Züge, stattdessen wurden sie zusammengetrieben und verprügelt. Nach Hause konnten sie auch nicht, ihre Schlüssel hatten sie ja bei der SA abgegeben, so versammelten sich Tausende vor der IKG, wo man in der Zwischenzeit Kontakt zu Eichmann aufgebaut hatte, der gerade aus Berlin zurückkam und von dieser Aktion nichts wusste. Als Eichmann über die Ereignisse in Kenntnis gesetzt wurde, beorderte er eine sofortige Schlüsselrückgabe, schrie ins Telefon, solches Vorgehen sei Sabotage und eine Missachtung des Führerbefehls und diese Aktion werde Konsequenzen durch ihn und die Gestapo haben.<sup>84</sup>

- Ein weiteres Beispiel für willkürliche Aktionen von Parteiangehörigen ist dieser Tagesrapport der Gestapo vom 8.-10.10.1938: Am 8. Oktober wurden in mehreren Häusern des vierten Bezirkes Plakate von NSDAP-Mitgliedern angebracht, die jüdischen Mietern mitteilten: „Es wird zur Kenntnis gebracht, dass bis längstens 10. Oktober 1938 Ihre Wohnungen geräumt sein müssen, ganz egal, ob Sie Verlängerungen erhalten oder Gesuche an welche Stelle immer eingereicht haben.“<sup>85</sup>

Diese „Aktionen“ waren allerdings, genauso wie die aus der Bevölkerung kommenden „Arisierungen“, illegal.

---

<sup>82</sup> Hans Witek, „Arisierungen“ in Wien. Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938-1940. in: NS-Herrschaft in Österreich, 796.

<sup>83</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 113.

<sup>84</sup> Vgl. Charles J. Kapralik, Erinnerungen eines Beamten der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde, 68f.

<sup>85</sup> Hans Safrian, Hans Witek, Und keiner war dabei, 78.

Zwar war auch die Parteiführung für eine möglichst schnelle Übernahme des jüdischen Besitzes, doch wollte man den Besitz geordnet, koordiniert und basierend auf eigens dafür geschaffenen Gesetzen durchführen und den jüdischen Besitz organisiert dem Staat zuführen.<sup>86</sup>

Also wurde versucht diesen „wildes Arisierungen“, die zunehmend außer Kontrolle geraten waren, im Frühjahr 1938 mit staatlich gelenkten Enteignungsmaßnahmen Einhalt zu gebieten. Bereits am 14. März 1938 wurde über eine Veröffentlichung in der „Wiener Zeitung“ eine Unterlassung der illegalen Beschlagnahmen, Enteignungen und Verhaftungen gefordert. Diese seien nur auf Geheiß des Gauleiters oder SA-Gruppenführers gestattet.<sup>87</sup> Diese Veröffentlichung vermochte nicht den gewünschten Effekt zu erzielen. In Wien wurde weiter nach Gutdünken geraubt, erpresst und verhaftet.

Heydrich drohte schließlich in einem Schreiben an Bürckel mit einem Vorgehen der Gestapo gegen die eigenen Reihen, sollte man die Situation nicht sofort in den Griff bekommen.<sup>88</sup> Auch das brachte die Ausschreitungen nicht zur Ruhe, erst als mit Parteiausschluss der Urheber gedroht wurde, wurde wenigstens ein Rückgang der „wildes Arisierungen“ erreicht.

### *6.3. Staatlich gesteuerte „Arisierungen“*

Neben diesen unerwünschten weil unorganisierten und unkontrollierten Vorgängen hatte die Politik aber bereits angefangen, ihrerseits den „Arisierungsvorgang“ von Wohnungen und Geschäften einzuleiten. Am Wohnungssektor begann man mit den Gemeindewohnungen:

## **7. „Arisierung“ von Gemeindewohnungen**

Gemeindewohnungen stellen in Wien die ersten legal „arisierten“ Mietwohnungen dar. Diese Kündigungen waren verhältnismäßig einfach zu vollziehen. Da Gemeindebauten ja nach 1917 erbaut wurden, fielen sie nicht unter den Mieterschutz. Das heißt, ohne dafür ein Gesetz ändern oder ein neues einführen zu müssen, konnte man unliebsame Mieter ohne Angabe von Gründen mit einer Kündigungsfrist von zwei Wochen zur Räumung der Wohnung zwingen.<sup>89</sup>

---

<sup>86</sup> Hans Safrian, Die Gehilfen Eichmanns, 36.

<sup>87</sup> Wiener Zeitung, 14.3.1938. Zitiert nach: Hans Safrian, Hans Witek, Und keiner war dabei, 61.

<sup>88</sup> Hans Safrian, Die Gehilfen Eichmanns, 33.

<sup>89</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 28.

Die Mieter aus diesen Gemeindebauten kamen nahezu durchgängig aus der unteren Bevölkerungsschicht und widersprechen dem gängigen Klischee des „reichen Juden“.<sup>90</sup> Somit beginnen die offiziellen „Wohnungsarisierungen“ in Wien nicht mit der Enteignung des „reichen Juden“, sie betrafen die Arbeiterschicht. Diese Kündigungen dienten gleichzeitig zur Befriedung der „arischen“ Arbeiter, welche die Nationalsozialisten zu einem verhältnismäßig geringen Teil unterstützten und die als sehr schwache soziale Schicht stark unter der Wohnungsnot zu leiden hatten. Gemeindewohnungen waren billig und modern, durch ihre Wiedervergabe konnte man auch bei dieser Klientel „Pluspunkte sammeln.“

### 7.1. Vorgang

1938 standen 59.859 Neubauwohnungen unter Verwaltung der Stadt Wien.<sup>91</sup> Altbauten sind für diese Arbeit nicht von Relevanz, da sie in den Mieterschutz fielen und für diese sehr wohl gesetzliche Änderungen geschaffen werden mussten.

Noch bevor offiziell in größerem Rahmen gekündigt wurde, mussten Wohnungen für SS-Führer frei gemacht werden. Bereits ab April hatten diverse SS-Männer Wohnungen für sich requiriert, deren jüdische Mieter zu kündigen waren.<sup>92</sup>

Vizebürgermeister Thomas Kozich gab am 14. Juni 1938<sup>93</sup> den Auftrag, alle jüdischen Parteien in Gemeindebauten zu delogieren. Dieser Auftrag fiel an die Wohnungswirtschaftsstelle, die wiederum Ing. Fritz Woitsche unterstand. Listen gab es, wie bereits erwähnt, schon seit der Volksabstimmung am 10. April, die neben dem Hauptmieter auch alle anderen in der Wohnung Gemeldeten erfasst hatte.<sup>94</sup>

Diese Listen waren beim Wohnungsamt, neben den Namen finden sich auf der ersten Liste Hinweise wie „HJ“ für „Halbjude oder „Volljude“, „Gatte Jude“, etc. Außerdem wurde in drei, mittlerweile leider schlecht lesbare, Spalten unterteilt, nämlich: „Jude“, „Frau Jüdin“ und „Mitbewohner Jude“.

Hier zwei Beispiele für Kündigungslisten:<sup>95</sup>

---

<sup>90</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 57.

<sup>91</sup> Ebd. 27.

<sup>92</sup> Ebd. 50f.

<sup>93</sup> Ebd. 51.

<sup>94</sup> Ebd. 29.

<sup>95</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E 38.

# XX Lönungsdingung 30

Ang.	Tag	Name d. Pater	Inde	Preis	St. Pater	
1	3	Lamberer Franz	—	1		
4	7	Perronier Johann	—	1		aussgezogen
7	9	Rubin Alice	1			
12	14	Mern Ernst	1			
14	4/5	Dr. Proczynski Col.	1			Ugt.
15	15	Amster Julius	1			
12	22	Hoffmann Leop.	1			
13	4	Wilhelm Peter	1			<del>ausgezogen</del>
3	7	Oflaser Edmund	1			<del>ausgezogen</del>
14	8	Schwarzer Elisabeth	1			
16	4	Gysfl. Adolf	1			
17	13	Hernberg Hans	1			
18	5	Hanold's Lorenz	1			
18	12	Hornung Benedikt	1			
19	13	Pfarrer Anton	—	1	HJ.	
21	6	Pascher Wilhelm	—			
21	21	Chorus Joh.	—	—	Joh. Joh.	HJ.
24	14	Kunkler Hermann	1			
25	12	Grubert Anna	1			
25	11	Harden Ernst	1?	2		
26	4	Gelber Robert	1			
27	21	Küldich Aug.	—	1	Unvollg.	
30	5	Schönemann Simon	1			
32	10	Wassiel Peter	1			
32	23	Gerstl Wilhelm	1			
33	11	Hoscher Samuel	1			
34	2	Kornitzer Rudolf	1			<del>ausgezogen</del>

Kündigungen.

R e f e r e n t / 8

M.Abt. 21/I XX E 43/38

25. Juni 1938.

XX., Donaueschingenstr. 30.

Mandel Berta  
Gerstl Wilhelm  
Kornitzer Rudolf  
Hacker Samuel  
Schramm Simon  
Gelber Robert  
Breitbart Anna  
Winkler Hermine  
Fischer Wilhelmine  
Bernzweig Benedikt  
Handlos Lorenz  
Sternberg Max  
Gipfel Adolf  
Schweitzer Elisabeth  
Glaser Emanuel  
Wilhelm Bertha  
Hoffmann Leopold  
Amster Julius  
Stern Ernst  
Rubin Alice

Bezirksgericht Leopoldstadt

Empf. am 27. JUNI 1938 Uhr. 11

\_\_\_\_\_ fa. \_\_\_\_\_ Beilagen

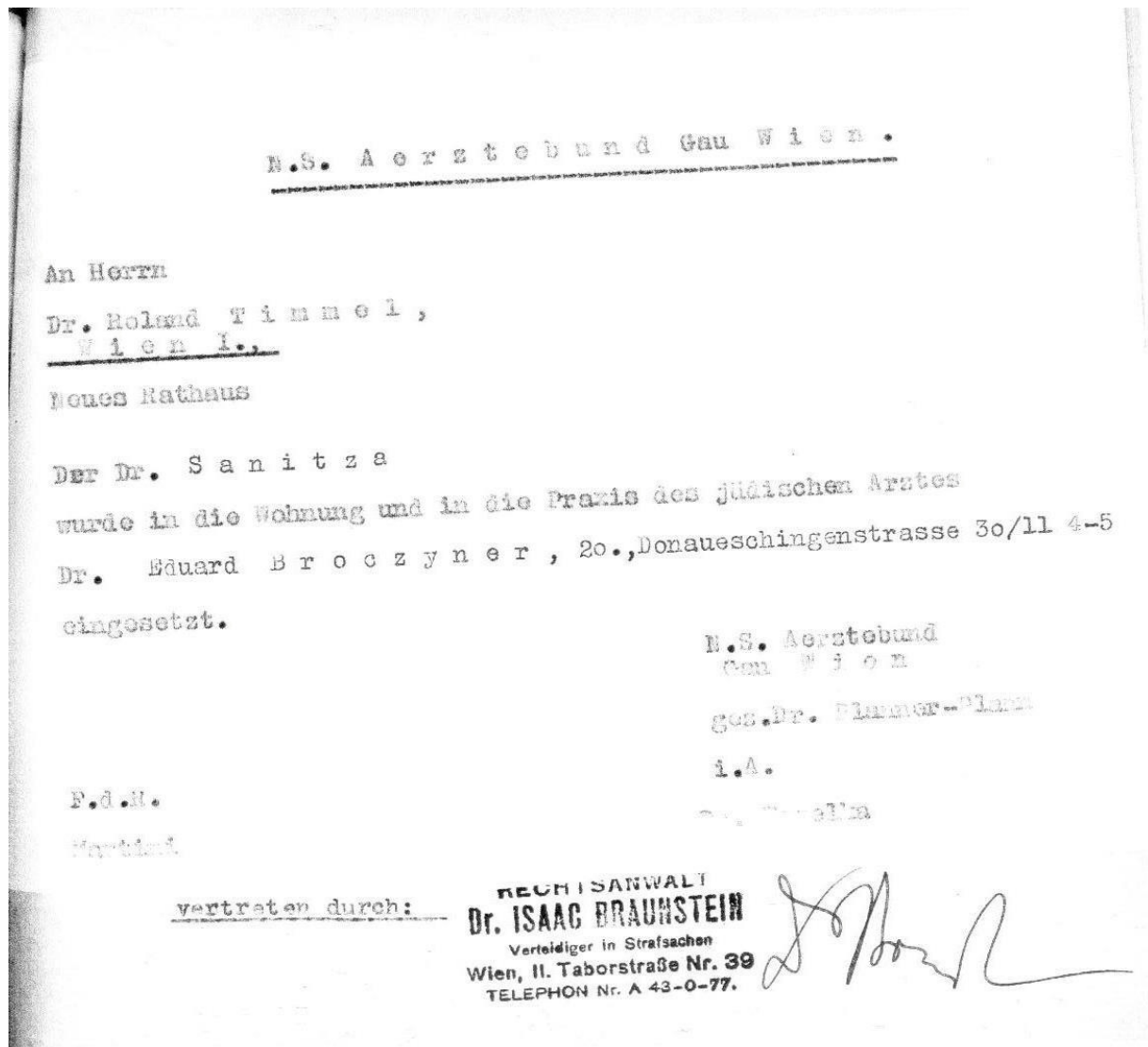
\_\_\_\_\_ Handschriften.

Bezirksgericht  
Leopoldstadt

Diese Listen wurden vom Wohnungsamt an die Bezirksreferenten weitergegeben, die wiederum die Kündigungen ausstellten und im Falle einer Klage des Gekündigten, auch die gerichtlichen Unterlagen der einzelnen Fälle verwalteten. Die ausgestellten Kündigungen wurden dann Ende Juni den jeweiligen Bezirksgerichten zugestellt. Als einheitliches Kündigungsdatum wurde der 31. Juli 1938 festgesetzt.<sup>96</sup> Ebenfalls gekündigt wurden Wohnung und Ordination jüdischer Ärzte, die ihre Praxis in einem Gemeindebau gehabt hatten.

#### Fallbeispiel:

Doktor Eduard Broczyner, Johann Janecek-Hof: Ihm wurden Wohnung und Praxis gekündigt und er wurde durch einen „arischen“ Arzt ersetzt:<sup>97</sup>



<sup>96</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 30f.

<sup>97</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E 33/38.

Insgesamt wurde etwa 2064 jüdischen Parteien die Kündigung ihrer Gemeindewohnung ausgesprochen.<sup>98</sup>

## 7.2. Soziale Probleme

Wie bereits erwähnt gehörten die Mieter der Gemeindewohnungen der unteren sozialen Schicht an. Wenn man sich die Kündigungsakten im Archiv von Wiener Wohnen durchsieht, so findet man als Berufsangabe Berufe wie Hilfsarbeiter, Bäcker, Schuster, Tapezierer und ähnliches, also durchwegs Arbeiterberufe. Im Johann Janecek-Hof, den ich als Beispiel untersucht habe, findet sich nur ein Arzt, nämlich der bereits erwähnte Dr. Eduard Broczyner, der seine Praxis in diesem Bau gehabt hatte.

War das Einkommen grundsätzlich schon gering und viele auf Grund der Wirtschaftskrise arbeitslos, so wurde 1938 vielen jüdischen Mietern zusätzlich der Job gekündigt, beziehungsweise verloren Mieter, die sich in ihrer Wohnung eine kleine Werkstatt eingerichtet hatten, mit dem Verlust ihrer Wohnung auch die Möglichkeit ihrem Erwerb nachzugehen, wie zum Beispiel aus diesem Brief an das Wohnungsamt hervorgeht:

„Ich sehe weit und breit keine Möglichkeit, für meine 6 köpfige Familie eine andere Wohnung zu beschaffen, da ich nicht einmal in der Lage wäre, für die Umsiedlungskosten aufzukommen. Ich habe mir in einem meiner Wohnräume eine Werkstätte eingerichtet, in der ich als Schneidermeister arbeite und doch so viel verdiene, daß ich für mich und meine Familie wenigstens das Essen aufbringe. Mit der Kündigung der Wohnung wäre es natürlich auch mit diesem spärlichen Verdienst vorüber.“<sup>99</sup>

Nach ihrer Kündigung versuchte die Stadt Wien erfolglos noch Geld von manchen der Gekündigten für etwaige Reparaturen oder ähnliches einzutreiben. Durch Enteignung, Verlust des Arbeitsplatzes und der Wohnung waren im April 1938 bereits 60.000, also ein Drittel der Wiener Juden, davon auch viele Mieter von Gemeindewohnungen, bereits nahezu mittellos und abhängig von der Fürsorge und Ausspeisungen der IKG, die ab 2.Mai 1938 wieder zugelassen war.<sup>100</sup>

### Fallbeispiel:

Die Familie von Emanuel Glaser aus dem Johann Janecek-Hof:<sup>101</sup>

---

<sup>98</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 34.

<sup>99</sup> Ebd. 57.

<sup>100</sup> Gabriele Anderl, Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, 85.

<sup>101</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E/108/38.



B.V.IX.G.Z.G/34/39.  
Glaser Emanuel,  
Ersatzkosten.

Wien, am 13. Juli 1939.

An die  
Magistratsabteilung 21/I

I. Bartensteingasse 7.

Glaser Emanuel ist seit 12. Mai 39 im Altreich, Baustelle Pogun bei Dietzum, Kreis Lehr, Ostfriesland, beschäftigt und sendet seiner Frau alle 14 Tage RM 10. Letztgenannte sorgt für 2 Kinder im Alter von 6 und 11 Jahren. Dieselbe bezieht derzeit RM 9 Trennungszulage pro Woche.

Die sehr dürftig eingerichtete Wohnung besteht aus einem Zimmer und Küche. Vermögen ist nicht vorhanden.

Eventuelle gerichtliche Schritte dürften ohne Erfolg bleiben.



Der Bezirksvorsteher :

*[Handwritten signature]*  
komm. Leiter.

Ohne Kapital gestaltete sich die Suche nach einer neuen Unterkunft noch einmal deutlich schwieriger und war oft in der kurzen Zeit von zwei Wochen nicht bewältigbar, wenn man keine Familie oder Freunde hatte, die einen aufnehmen konnten. Der Fakt, als „Jude“ eine Wohnung zu suchen, erschwerte zusätzlich. „Arische“ Vermieter nahmen Juden als Mieter meist gar nicht mehr an.<sup>102</sup>

Etliche Mieter litten auch noch an schweren gesundheitlichen Problemen, wie man vielen Bitten um Räumungsaufschub entnehmen kann, andere waren bereits in hohem Alter. Diese Bittgesuche um einen Aufschub um wenigstens zwei Wochen hatten allerdings dennoch nur in seltenen Fällen Erfolg, die Wohnungen wurden zur Weitervergabe bereits gebraucht.

<sup>102</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 58.

## 8. Exkurs: Allgemeine Nationalsozialistische Wohnungspolitik in Wien

2064 Wohnungen in Gemeindebauten waren nun also für „arische“ Mieter frei gemacht. Diese Zahl war allerdings nur ein Tropfen auf den berühmten heißen Stein, fehlte es in Wien doch an ungefähr 70 000 Wohnungen. Die Wohnungen, die vorhanden waren, waren meist schwer überbelegt.<sup>103</sup> Zu den ohnehin bereits fehlenden Wohnungen kam ein zusätzlicher Bedarf für ca. 15 000 Menschen, die als ehemalige Nationalsozialisten Wien verlassen hatten und nun in ihre Heimat zurückkehrten.

Zur weiteren Behebung der Wohnungsnot wurde ein Wohnbauprogramm gestartet. Dieses sah Volkswohnungen in Mietshäusern vor, vor allem Siedlungen am Stadtrand, in denen sich das nationalsozialistische Wohnideal vom Einfamilienhaus mit dazugehörigem Garten verwirklichen sollte. Dieses Ideal ergab sich aus zwei Faktoren: erstens sollte die vom Nationalsozialismus immer noch nicht ganz überzeugte Arbeiterschaft aus den Ballungsräumen der Stadt entfernt und am Stadtrand verstreut werden; zweitens sollte der eigene Garten in den kommenden Kriegszeiten bei Lebensmittelnot Abhilfe schaffen. Propagiert wurde diese Idee intensiv, mit der Suggestion, dass ein eigenes Heim das vollkommene Glück einer jeden Familie bedeuten würde.<sup>104</sup>

Neben diesem Wohnideal sollten noch so genannte „Volkswohnhäuser“ mit erschwinglichen Mietwohnungen für die Menschen mit geringerem Einkommen entstehen. Relativ schnell stellte sich, offensichtlich für einige mit der Planung Beauftragte überraschend, heraus, dass der Bau von Siedlungen doch kostenintensiver als der von Mietshäusern ist, was zu einer Konzentration auf den Mietwohnungsbau und zu einer Verabschiedung des nationalsozialistischen Wohnideals in Wien führte.<sup>105</sup>

Insgesamt sollten 7000 bis 8000 Wohnungen entstehen, deren Baubeginn mit dem Jahr 1939 festgesetzt worden war. Bürckel plante zusätzlich ein noch größeres Wohnbauprojekt, da ihm klar war, dass selbst die Fertigstellung von 8000 Wohnungen nicht einmal ansatzweise genügte. Es wurde die zehnfache Menge benötigt.<sup>106</sup>

Das „Sonderbauprogramm“ sollte 20 000 bis 25 000 Wohneinheiten erbringen. Es scheiterte jedoch einmal mehr an den Ressourcen, denn weder Arbeitskräfte noch -materialien standen in Anbetracht des bevorstehenden Krieges ausreichend zur Verfügung, wurden diese doch in

---

<sup>103</sup> Gerhard Botz, Wien vom „Anschluß“ zum Krieg, 453.

<sup>104</sup> Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945, 32-34.

<sup>105</sup> Ebd. 38.

<sup>106</sup> Ebd. 40 f.

der Rüstungsindustrie gebraucht.<sup>107</sup> Trotz all dieser Planungen finden sich daher im Verwaltungsbericht 1939/40 nur 478 fertiggestellte Wohnungen in Mietshäusern und nur 220 fertiggestellte Siedlungswohnungen, mit deren Bau zu über 50% noch vor 1938 begonnen worden war.<sup>108</sup>

Mit Bautätigkeit war der Wohnungsnot also so schnell nicht beizukommen. Man hatte zur Lösung des Problems und zur Unterbringung des „arischen“ Teils der österreichischen Gesellschaft nur mehr die Option der verstärkten Judenverfolgung. Denn ob Kündigung, erzwungene Auswanderung oder Deportation, am Ende wurde eine Wohnung für „arische“ Wiener freigemacht. Diese Strategie, die Botz auch als „negative Sozialpolitik“ bezeichnet, wurde in allen Lebensbereichen angewandt: je unsicherer die ökonomische Situation eines Gebietes, desto stärker wurde die Judenverfolgung betrieben.<sup>109</sup>

Am 10. Mai 1939 wurde daher ein Gesetz eingeführt, das die Kündigung jüdischer Mieter durch einen „arischen“ Vermieter rechtmäßig, allerdings nicht verpflichtend machte. Erst mit diesem Datum waren die Kündigungen, sofern für die ehemaligen Mieter eine Möglichkeit zur Unterbringung bestand, gesetzlich abgesichert.<sup>110</sup> Mit Möglichkeiten zur Unterbringung waren in diesem Falle die Unterkunft bei Verwandten, Wohnungen in Häusern mit jüdischem Eigentümer gemeint, beziehungsweise waren jüdische Mieter, die noch Wohnungen hatten, verpflichtet, delogierte Juden aufzunehmen.<sup>111</sup>

Die Betroffenen waren also nun zusammengefasst in sogenannten „Judenhäusern“, ein Fakt, der die räumliche und damit gesamte Trennung zwischen „Ariern“ und Juden vehement vorantrieb.

Bis zu Einführung dieses Gesetzes waren allerdings bereits 44 000 Wohnungen, also etwa die Hälfte der rund 70 000 ehemals von Juden bewohnten Wohnungen in Wien von selbsternannten „Arisieren“ in Besitz genommen worden. Die 2000 Gemeindewohnungen, die in ehemals jüdischer Miete waren, sind in dieser Zahl bereits inbegriffen.<sup>112</sup>

---

<sup>107</sup> Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945, 43.

<sup>108</sup> Ebd. 47.

<sup>109</sup> Gerhard Botz, Wien, vom „Anschluß“ zum Krieg, 480.

<sup>110</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 25f.

<sup>111</sup> Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden (Bd.1), 179.

<sup>112</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 217.

Nur durch die Delogierung der Juden in Wien wurden von 1938-1942 etwa 70 000 Wohnungen frei für „arische“ Mieter, eine Zahl, die auch die 10-jährige intensive Wohnbautätigkeit der Sozialdemokraten in Wien bis 1934 nicht hatte erreichen können. Ab 1941 sollte diese Taktik auf „Fremdvölkische“ ausgeweitet werden, wodurch noch einmal 400 000 bis 500 000 Mieter für „arische“ Wiener aus ihren Wohnungen entfernt werden sollten.<sup>113</sup>

## 9. Mögliche Wege der Gekündigten

Jüdische Mieter von Gemeindewohnungen waren also die ersten, die in hohen Zahlen „legal“ ihre Wohnungen verloren. Was also passierte mit diesen ersten Gekündigten, welche Möglichkeiten standen ihnen zur Verfügung?

### 9.1. Bitte um Räumungsaufschub

Einige suchten sogleich nach Erhalt des Kündigungsschreibens durch Wiener Wohnen einen Räumungsaufschub zu erhalten. Dieser wurde allerdings nur selten und dann meist nur in einem Ausmaß von zwei Wochen gewährt. Etwas flexibler wurde mit Kriegsinvaliden oder im Krieg Ausgezeichneten umgegangen. Ihnen wurde in seltenen Fällen kurzfristig eine andere Wohnung zur Verfügung gestellt, ein Platz in den Baracken zugewiesen oder längerer Räumungsaufschub gewährt.

#### Fallbeispiel:

Ernst Barton, ehemaliger Mieter im Johann Janecek-Hof, der selbst „Arier“ und zu 30% Kriegsinvalide war, bekam die Kündigung seiner Wohnung ausgestellt, weil seine Gattin, Erna Barton, Jüdin war.

Um die Kündigung der Wohnung abzuwehren, erbrachte er seinen „Ariernachweis“<sup>114</sup>:

---

<sup>113</sup> Gerhard Botz, Wien vom „Anschluß“ zum Krieg, 463.

<sup>114</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E 38.

gedient. ausgez. kl. Leber, 30% wicpber  
K.J.K., nns. Medaille, 30% wicpber

<p>Gefühlsheiter (4)</p> <p>1) Name: <u>Paul Barton</u></p> <p>geb. am: <u>12. 9. 1891</u> in: <u>Reichenthal, St. Heddi</u></p> <p>getauft am: <u>14. 9. 1891</u> in: <u>Reichenthal, St. Heddi</u></p> <p>als Kind des: <u>Raimund B.</u> 2)</p> <p>und der: <u>Anna Janka</u> 3)</p> <p>Bekennnis des 1): <u>2. des 2): 1. des 3): 1.</u></p> <p>beurkundet beim Pfarramt: <u>Weschen</u></p> <p>Reg.Nr. <u>219</u></p>	<p>Dater von 2)</p> <p>2) Name: <u>Raimund B.</u></p> <p>geb. am: _____ in: _____</p> <p>getauft am: _____ in: _____</p> <p>als Sohn des: <u>Raimund B.</u> 4)</p> <p>und der: <u>Anna Janka</u> 5)</p> <p>Bekennnis des 2): <u>2.</u> des 3): <u>1.</u> des 4): <u>1.</u></p> <p>beurkundet beim Pfarramt: _____</p> <p>Reg.Nr. _____</p>	<p>Dater von 3)</p> <p>3) Name: <u>Raimund Barton</u></p> <p>geb. am: _____ in: _____</p> <p>getauft am: _____ in: _____</p> <p>als Sohn des: _____ 8)</p> <p>und der: _____ 9)</p> <p>Bekennnis des 4): _____ des 5): _____ der 6): _____</p> <p>beurkundet beim Pfarramt: _____</p> <p>Reg.Nr. _____</p>	<p>Dater von 3)</p> <p>3) Name: <u>Anna Janka</u></p> <p>geb. am: _____ in: _____</p> <p>getauft am: _____ in: _____</p> <p>als Sohn des: _____ 12)</p> <p>und der: _____ 13)</p> <p>Bekennnis des 7): _____ des 12): _____ des 13): _____</p> <p>beurkundet beim Pfarramt: _____</p> <p>Reg.Nr. _____</p>
<p>Chegaltz</p> <p>Name: <u>Anna Janka</u> a)</p> <p>geb. am: <u>2. 8. 1891</u> in: <u>St. Heddi</u></p> <p>getauft am: _____ in: _____</p> <p>als Kind des: <u>Anna Janka</u> b)</p> <p>und der: <u>Anna Janka</u> c)</p> <p>Bekennnis des a): <u>2. des b): 1. der c): 1.</u></p> <p>beurkundet beim Pfarramt: _____</p> <p>Reg.Nr. _____</p>	<p>Mutter von 1)</p> <p>1) Name: <u>Anna Janka</u></p> <p>geb. am: _____ in: _____</p> <p>getauft am: _____ in: _____</p> <p>als Tochter des: <u>Anna Janka</u> 6)</p> <p>und der: <u>Anna Janka</u> 7)</p> <p>Bekennnis der 3): <u>2. des 6): 1. der 7): 1.</u></p> <p>beurkundet beim Pfarramt: _____</p> <p>Reg.Nr. _____</p>	<p>Mutter von 2)</p> <p>2) Name: <u>Anna Janka</u></p> <p>geb. am: _____ in: _____</p> <p>getauft am: _____ in: _____</p> <p>als Tochter des: _____ 10)</p> <p>und der: _____ 11)</p> <p>Bekennnis der 3): _____ des 10): _____ der 11): _____</p> <p>beurkundet beim Pfarramt: _____</p> <p>Reg.Nr. _____</p>	<p>Mutter von 3)</p> <p>3) Name: <u>Anna Janka</u></p> <p>geb. am: _____ in: _____</p> <p>getauft am: _____ in: _____</p> <p>als Tochter des: _____ 14)</p> <p>und der: _____ 15)</p> <p>Bekennnis der 3): _____ des 14): _____ der 15): _____</p> <p>beurkundet beim Pfarramt: _____</p> <p>Reg.Nr. _____</p>
<p>1) und 2) haben die Ehe geschlossen</p> <p>am: <u>12. 9. 1891</u> in: <u>St. Heddi</u></p> <p>Bekennnis des 1): <u>2.</u> des a): <u>1.</u></p> <p>beurkundet beim Pfarramt: _____</p> <p>Reg.Nr. _____</p>	<p>2) und 3) haben die Ehe geschlossen</p> <p>am: <u>12. 9. 1891</u> in: <u>St. Heddi</u></p> <p>Bekennnis des 2): _____ der 3): _____</p> <p>beurkundet beim Pfarramt: _____</p> <p>Reg.Nr. _____</p>	<p>4) und 5) haben die Ehe geschlossen</p> <p>am: _____ in: _____</p> <p>Bekennnis des 4): _____ der 5): _____</p> <p>beurkundet beim Pfarramt: _____</p> <p>Reg.Nr. _____</p>	<p>6) und 7) haben die Ehe geschlossen</p> <p>am: _____ in: _____</p> <p>Bekennnis des 6): _____ des 7): _____</p> <p>beurkundet beim Pfarramt: _____</p> <p>Reg.Nr. _____</p>

Joseph Bernstein, 1917 an der Spitze seiner  
Verein weiblichen Personen ist stets nur der Geburtsname einzusehen!  
Aufzeichnung von Joseph Bernstein abgelesen  
i. 1934 (17. u. 1937) wurde in der  
Verein eingetrag. Danach wurde auf  
seinem Namen abgelesen.  
MAB 21/1-S. 0. N. 75. - R. P. 51. 01.

Unterschrift des Referenten

Weitere Ausnahmen wurden auch manchmal bei Leuten gemacht, die auswandern wollten, und bereits ihre Visa und Bestätigungen hatten. Wenn Bitten um Verbleib in der Wohnung bis zum Ausreisetermin das Wohnungsamt erreichten und das Datum in einen absehbaren Zeitraum fiel, wurde ein Aufschub der Kündigung manchmal gestattet.<sup>115</sup>

<sup>115</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 42f.

auf eine größere Wohnung gekommen sahen und mittels Briefen an Wiener Wohnen ihren Unmut über das Belassen einer jüdischen Partei ausdrückten.<sup>116</sup>

## 9.2. *Klage*

Rund zwei Drittel legten bei Gericht Einspruch ein,<sup>117</sup> natürlich ohne Erfolg. Es konnte maximal ein Räumungsaufschub erzielt werden.

### Fallbeispiel:

Klage eines Mieters aus dem Johann Janecek Hof: Felix Siederer versuchte seine Kündigung gerichtlich anzufechten, aber ohne Erfolg. Wie man dem Kleingedruckten und dem Text selbst entnehmen kann, beruft sich das Wohnungsamt darauf, dass die Wohnung nicht unter den Mieterschutz fällt und damit eine Kündigungsfrist von zwei Wochen rechtens ist:<sup>118</sup>

---

<sup>116</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 117.

<sup>117</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 31.

<sup>118</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E/38.

Bei allen Eingaben ist nachstehende  
Geschäftszahl anzugeben.

Geschäftszahl 10 C 814 /38

**Im Namen des Bundesstaates Österreich**

**des deutschen Volkes !**  
Das Bezirksgericht Leopoldstadt, Wien, II.

hat durch den **OLGR. Dr. Uhlmann**

als Richter in der Rechtssache

der klagenden Partei **Stadt Wien** durch den Vorstandstellvertreter  
der Mag. Abt. 21 **Dr. Hans Jörg Thönig**  
vertreten durch **Dr. Adolf Kühne**, Ansrat Wien I. Bartonsteing. 7

wider

die beklagte Partei **Felix Siedorer, Bankbeamter Wien XX.**  
**Donaueschingenstrasse 30 Stiege 18 Tür 6**

vertreten durch Dr.           

wegen **Aufkündigung der Wohnung**

zu Recht erkannt:

**Die hg. Kündigung K 674/38 , mit welcher die Klägerin**  
**dem Bekl. die Wohnung Wien XX. Donaueschingenstr. 30 Stiege**  
**18 Tür 6 vertragssässig 14 täglich für den 31. Juli 1938**  
**aufkündigte , ist rechtswirksam.**

**Die bekl. Partei ist schuldig , der Klägerin die**

**Zur Nachricht:** Gegen dieses Urteil steht das Rechtsmittel der Berufung zu. Die Berufung ist binnen 14 Tagen, in Wechsel- und in Bestandsachen binnen 8 Tagen nach Zustellung dieser Urteilsausfertigung bei diesem Gerichte zu erheben. Die Entscheidung über den Kostenpunkt kann für sich allein nur mit Rekurs angefochten werden.

In Rechtssachen bis einschließlich 150 S (Bagatellsachen) kann die Berufung gegen das Urteil nur wegen der im § 477 Zl. 1-8 ZPO. aufgezählten Nichtigkeiten erhoben werden und ist ein Rekurs im Kostenpunkte unzulässig. Wenn das Urteil in Anwesenheit beider Teile verkündet wurde, läuft die Berufungsfrist vom Tage der Verkündung.

Für die Erhebung der Berufung gegen das Urteil sowie für das Berufungsverfahren ist die Vertretung durch einen Rechtsanwalt erforderlich. An Orten, in welchen nicht wenigstens zwei Rechtsanwälte ihren Sitz haben, können die Berufungsschriften durch Erklärungen zu gerichtlichem Protokolle ersetzt werden, die der Mitwirkung eines Rechtsanwaltes nicht bedürfen. An andern Orten können in bezirksgerichtlichen Rechtssachen Parteien, die auf das Armenrecht Anspruch haben, bei dem Prozeßgerichte die Beigabe eines amtlichen Vertreters zur Abfassung der Berufungsschrift und eines Rechtsanwaltes für das Berufungsverfahren beantragen. Solche Anträge sind unter Mitnahme dieser Urteilsausfertigung mit tunlichster Beschleunigung, womöglich binnen drei Tagen beim Prozeßgerichte anzubringen.

Auf Grund des Urteils kann schon vor Eintritt seiner Rechtskraft oder vor Ablauf der für die Leistung bestimmten Frist zur Sicherung zuerkannter Geldforderungen die Vornahme von Exekutionshandlungen begehrt werden, sofern diese notwendig erscheinen, um der Vereitelung oder erheblichen Erschwerung der Einbringung der zuerkannten Geldforderung oder der Vollstreckung des Urteiles im Auslande vorzubeugen.

ZPForm. Nr. 84 (Urteil auf Grund streitiger Verhandlung, § 417 ZPO.)



Wohnung Wien XI. Donauerschlingenstrasse 30 XI. Stiege 18  
Tür 6 sofort geräumt zu übergeben.

Begründung:

Die Klägerin kündigte obige Wohnung vertragsmäßig  
14 tágig für den 31. Juli 1938 und führte als Rechtsgrund an,  
dass die Wohnung nicht unter Mieterschutz stehe.

Bekl. Partei erhob rechtzeitig dagegen Einwendungen  
und wird auf deren Inhalt verwiesen.

Da zur Verhandlung am 5. August 1938 von Seiten  
des Bekl. niemand erschien, wurde die Verhandlung über Antrag  
des Klägers <sup>nach</sup> 442 ZPO durchgeführt.

Die Einwendungen des Bekl. waren <sup>sachlich</sup> nicht stichhältig  
und war daher der Kündigung Folge zu geben.

Ein Ausspruch über die Kosten entfällt, da Kläger  
keine Verzeichniste.

Bezirksgericht Leopoldstadt, Abt. 10

Wien, am 8. August 1938.



Dr. *[Signature]*  
Für die Richtigkeit der Ausfertigung  
der Kammerleiter:

Abwenden konnte man die Kündigung durch einen Einspruch, aber die Chance auf den Abschluss eines Räumungsvergleichs bestand zumindest. Ursprünglich sollten auch Räumungsvergleiche vermieden werden, da aber die Bezirksgerichte überlastet waren, wurden dennoch etliche mit vierwöchigem Kündigungstermin abgeschlossen,<sup>119</sup> wie man zu Beispiel dieser Liste aus dem Wiener Wohnungsamt entnehmen kann<sup>120</sup>:

<sup>119</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 31.

<sup>120</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E 38.



M. Abt. 21/I -  $\frac{XX. 8}{43}$  /38

20. Bez., Ammerhingenstr. 30

20. Kündigungen nicht arischer Mieter.

P. Nr.	Ger. Zahl	Name:	Vertreter: (bei Einwendungen)	Tagsetzung am:	Ergebnis:	End-Erledigung:
		10K/390/38 Julius 1. Amster Str. 11/15				
*		10K/398/38 Benedikt 2. Bernauweg Str. 18/12	Dr. Jachsch	27.7.38 11 <sup>h</sup>	Räumungsvergl. 15.8.38	✓
*		10K/401/38 Anna 3. Breitbaer Str. 25/12	Dr. Jottardi	3.8.38 11 <sup>h</sup>	Räum. Vergl. 31.8.38. Del. h. h. 5/8.38	✓
*		10K/399/38 Wilhelmine 4. Fischer Str. 21/6	Dr. Jachsch	27.7.38 14 <sup>h</sup> 1 <sup>h</sup>	Räumungsvergleich 15.8.38.	✓
		10K/402/38 Robert 5. Jellen Str. 26/4	Dr. Jottardi	3.8.38 11 <sup>h</sup>	Räum. Vergl. Mittel!	
*		10K/406/38 Wilhelm 6. Gerstl, Str. 32/23	Dr. Harlesberger	20.7.38 14 <sup>h</sup> 1 <sup>h</sup>	Räumungsvergl. 31.8.38.	
		10K/395/38 Adolf. 7. Lippel Str. 16/4				

### 9.3. Wohnungsumschreibung

Im Falle einer „Mischehe“ gab es viele jüdische Mieter, die versuchten die Wohnung auf den nicht-jüdischen Partner zu überschreiben. Darauf wurde allerdings nur in den seltensten Fällen Rücksicht genommen. Gingen Ehepartner soweit ihre Ehe aufzulösen, um die Wohnung zu retten, so erzielte das nicht den gewünschten Effekt, da seitens der NS-Stellen dieser Versuch als Tarnung bezeichnet wurde. Konnte der „arische“ Partner wohnen bleiben, so bestand aus Sicht der NS-Machthaber die Möglichkeit für den jüdischen Partner weiter in der an sich entzogenen Wohnung zu bleiben, eine Chance, die es aus NS-Sicht zu unterbinden galt. So wurde diesen Umschreibungen nur in den seltenen Fällen stattgegeben.<sup>121</sup>

Im Falle der Scheidung vom jüdischen Partner zur Rettung der Wohnung für beide, wurde also nicht nur nicht der gewünschte Effekt erzielt, sondern der jüdische Partner damit in größte Gefahr gebracht, war dieser doch mit Dezember 1938 in einer „Mischehe“ zumindest in den meisten Fällen geschützt. Mit der Trennung vom Partner wurde er aber schutzlos der nationalsozialistischen Verfolgungsmaschinerie ausgeliefert. Das war jedoch für Mieter von Gemeindebauten, deren Kündigungstermine fast alle in den Sommer 1938 fielen, nicht vorhersehbar.

### 9.4. Barackenlager

War die Bitte um Aufschub erfolglos, versuchten manche Unterschlupf in den desolaten Barackenlagern in der Linzer Straße 299, beziehungsweise in den Barackenwohnungen in der Hasenleitengasse 6-8 zu finden. Die Baracken in der Hasenleitengasse waren ursprünglich als Kriegsspital genutzt worden, später auf Grund der Wohnungsnot, nachdem sie bereits von einigen Familien illegal bezogen worden waren, von der Gemeinde Wien als Wohnblock adaptiert und für ein sehr geringes Entgelt vermietet worden.<sup>122</sup> Bereits vor 1938 waren die „Wohnungen“ schon überbelegt gewesen, pro Wohnung lebten oft zwei bis drei Familien. Ab 1932 gab es 56 nummerierte Baracken, deren Bewohner im Elend hausten. Um die Not zu lindern versuchte man es mit Ausspeisungen und Fürsorgebeträgen.

Bis 1936 hatten sich zwar die Eigentumsverhältnisse, nicht jedoch die soziale Notsituation der Bewohner geändert. Laut einer Erhebung des katholischen Pfarrers Thurner, lebten 1936

---

<sup>121</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 124.

<sup>122</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 100.

3500 Personen in den Barackenlagern, das heißt in diesem Fall, 800 Familien mit 1580 Kindern, deren Erhalter zu 90% arbeitslos waren.<sup>123</sup>

Mit dem „Anschluss“ nisteten sich nun diverse NS-Organisationen in Hasenleiten ein, neue Wohnblöcke wurden errichtet. Mit einer einmaligen Verteilung von Gulaschsuppe an die „arischen“ Bewohner wurde massiv Propaganda betrieben.<sup>124</sup>

Noch im selben Jahr wurden die Barackenlager als Möglichkeit erkannt, Juden, die ihre Wohnung verloren hatten, hier unterzubringen und die ehemaligen „arischen“ Siedler in Wien zu verstreuen. Jüdische Familien wurden also, sofern sie keine andere Möglichkeit hatten und noch Platz war, in die Baracken umgesiedelt, die zu dem Zeitpunkt eigentlich jenseits der Bewohnbarkeit waren. Ungeziefer und Seuchen waren keine Seltenheit, Türen, Fenster samt Rahmen fehlten oft, von Heizmöglichkeiten oder brauchbaren sanitären Anlagen ganz zu schweigen.<sup>125</sup>

Einige dieser Mieter lehnten die ihnen zugewiesene Barackenwohnung deshalb auch ab<sup>126</sup>, andere wiederum, die die sich mit dem plötzlichen Verlust ihrer Wohnung konfrontiert sahen und eine andere Wohnung weder fanden noch bezahlen konnten, hofften wenigstens einen Platz in den Baracken zugesprochen zu bekommen und baten das Städtische Wohnungsamt um einen solchen.

#### Fallbeispiel:

Rudolf Kornitzer, gekündigter Mieter des Johann Janecek-Hofs bittet das Wohnungsamt in einem Brief um eine Unterbringung in den Baracken:<sup>127</sup>

---

<sup>123</sup> Herbert *Exenberger*, Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer, 205f.

<sup>124</sup> Ebd. 207.

<sup>125</sup> Georg *Graf*, Brigitte *Bailer-Galanda*, Eva *Blimlinger*, Susanne *Kowarc*, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 134 f.

<sup>126</sup> Herbert *Exenberger*, Johann *Koß*, Brigitte *Ungar-Klein*, Kündigungsgrund Nichtarier, 103.

<sup>127</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E/38.



An das Wohnungsamt der Stadt Wien I  
Häuserverwalt.

Andersgefügter welcher für den 31.8. gerichtlich gekündigt  
ist, und keine Wohnung finden kann möchte  
vielmals bitten mich samt Familie in den  
Baracken unterzubringen.

Ich selbst bin Israelit geb. und rüstständig nach  
Wien. Auch meine Eltern sind Wiener. Bin vom  
Beruf Fischereiarbeiter und seit 7 Jahren arbeitslos.

Meine Frau ist geb. und rüstständig nach Wien  
auch Eltern und Großeltern sind alle Wiener.  
Sie ist geb. katholisch und gehört seit 8 J. der  
evangelischen Gem. N. B. an.

Bin verheiratet seit dem J. 1928 meine Ehe  
ist im Rathause geschlossen worden.

Indem das Kind mit der Lunge im Un-  
wohl, daher zeitweise bettlägerig ist besonders  
jetzt im Herbst wenn die rauhe Winterzeit  
beginnt, möchten wir schon bitten mit  
Rücksicht auf die Krankheit des Kindes uns  
in den Baracken unterzubringen.

IX. J.

Engelstrasse Nr 107 Miete 29 1/2.

Hochachtungsvoll  
Moritz Rind

Bis Mitte Oktober 1938 waren die Baracken voll belegt mit Delogierten, für neu Gekündigte gab es keinen Platz mehr. Acht jüdische Mieter wurden sogar aus den Baracken delogiert, da eine Einheit abgerissen wurde. Sie mussten sich Ende Mai und Anfang Juni 1938 neue Bleiben suchen. Im Zuge des Novemberpogroms wurden etliche der Barackenbewohner nach Dachau deportiert.<sup>128</sup> Bis November 1943 hatte man sukzessive alle dort hausenden Juden deportieren lassen.<sup>129</sup>

### 9.5. U-Boot

Etwa 400 Personen tauchten in Wien unter und überlebten entweder versteckt oder mit falschen Papieren. Sie waren auf die Hilfe „arischer“ Freunde angewiesen, die für Unterbringung oder Lebensmittelmarken sorgten. Gerade die Versorgung mit Lebensmitteln wurde aber immer schwieriger, waren sie doch rationiert.<sup>130</sup> Ebenso problematisch waren ernsthafte Erkrankungen, für deren Behandlung ein Arzt benötigt wurde. Den Arzt zu holen bedeutete ein Risiko für das U-Boot, den Patienten zu behandeln ein Risiko für den Arzt. Einige lebten jahrelang versteckt, trauten sich nicht auf die Straße, andere wiederum bewegten sich mit falschen Papieren frei.<sup>131</sup> Das Leben als U-Boot war mit einem hohen Risiko verbunden, doch hatte man zumindest eine Chance zu überleben.

#### Fallbeispiel:

U-Boot aus dem Johann Janecek-Hof: Aus dem Johann Janecek-Hof ist eine Person bekannt, die als U-Boot überlebt hat, nämlich die 1938 fünfzehn Jahre alte Herma Sternberg. Gemeinsam mit ihrer Mutter Irene tauchte sie unter, ihr Vater kam in Auschwitz ums Leben, ihre Mutter verstarb 1945 in einem Spital der IKG. Herma überlebte den Holocaust als einziges Mitglied ihrer Familie.<sup>132</sup>

### 9.6. Auswanderung

Mit Kündigung der Wohnung und spätestens mit den Ausschreitungen im Zuge des Novemberpogroms wurde vielen der Ernst der Lage bewusst, immer mehr Menschen

---

<sup>128</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 106.

<sup>129</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 135.

<sup>130</sup> Ebd. 129.

<sup>131</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 82.

<sup>132</sup> Matrikenamt der Wiener IKG, Nachkriegsmitgliederkartei.

versuchten das Land zu verlassen. Innerhalb eines Jahres floh über die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Wiens.<sup>133</sup>

Für die gekündigten Mieter aus den Wiener Gemeindebauten war Flucht lange Zeit nicht finanzierbar. Für den Erhalt der notwendigen Dokumente und die Bezahlung der diversen Abgaben und Steuern, wie auch die teilweise erforderlichen Schmiergelder für diverse Beamte, brauchte es Kapital, das nur den wenigsten dieser Mieter zur Verfügung stand. Bis zur Einrichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung war Flucht also nur für die gut situierten Wiener Juden möglich – ein Fakt, der gar nicht im Sinne des deutschen Reiches war, befürchtete man doch eine endgültige Verarmung und ein Anschwellen des jüdischen Proletariats, eine Entwicklung, die als staatspolitisch unerwünscht und gefährliches Problem galt.<sup>134</sup> Ebenfalls zur Verlangsamung des Auswanderungsprozesses trug der Dschungel an Verordnungen und zu erbringender Formulare bei, deren Beschaffung und Bestätigung oft Wochen dauerte.<sup>135</sup>

Um dieser Situation Abhilfe zu schaffen, forderte die IKG Wien die Errichtung einer Zentralstelle, die die Auswanderung von einem zentralen Ort aus leiten und organisieren sowie die bisherigen bürokratischen Hürden auf ein Minimum reduzieren sollte. Da die Vertreibung der Juden Ziel der nationalsozialistischen Führung war, stieß diese Idee auf Zustimmung. Mit dem sogenannten „Bürckel-Erlass“ vom 20. August 1938 wurde die Gründung der Zentralstelle bekannt gegeben, die die Auswanderung beschleunigen und nebenher die jüdischen Auswanderungswilligen ihrer Habseligkeiten berauben sollte. Die Zentralstelle sollte sich um Einreisemöglichkeiten und die notwendigen Devisen kümmern, Umschulungsstätten überwachen, mit Reisebüros und Schifffahrtsgesellschaften zusammenarbeiten und so die Ausreise organisiert beschleunigen.<sup>136</sup>

#### *9.6.1. Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung*

Die Einführung der im deutschen Reich ersten Zentralstelle in Wien erleichterte und beschleunigte den Auswanderungsprozess um ein Vielfaches. Das Personal der Zentralstelle setzte sich aus 25- bis 30jährigen Männern zusammen, die man allesamt als „gescheiterte Existenzen“ bezeichnen kann, ehemals arbeitslos und ohne Ausbildung. Diese Männer wurden zu einer vermeintlichen Elite befördert, zogen oftmals in „arisierte“ Wohnungen ein,

---

<sup>133</sup> Florian Freund, Hans Safrian, Die Verfolgung der österreichischen Juden 1938-1945. Vertreibung und Deportation. In: NS-Herrschaft in Österreich, 770.

<sup>134</sup> Gabriele Anderl, Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, 91.

<sup>135</sup> Ebd. 74.

<sup>136</sup> Ebd.113.

die sie mit den Möbeln ehemaliger jüdischer Mieter ausstatteten.<sup>137</sup> Eichmann leitete diese Zentralstelle zunächst, doch als er mit einem Teil des Personals nach Prag wechselte um dort nach Wiener Vorbild eine zweite Zentralstelle einzurichten<sup>138</sup>, übernahm Alois Brunner 1941 offiziell das Amt.

Nicht nur in Prag, auch im „Altreich“ galt das „Wiener Modell“ als erstrebenswert. Männer, die zuerst in Wien in der Zentralstelle mitgearbeitet hatten, wurden erst nach Prag beordert, um die dortige Zentrale mit aufzubauen und schließlich nach Berlin, mit der gleichen Mission. Dennoch war die Zentralstelle in Wien deutlich erfolgreicher als die im „Altreich“, denn die radikaleren Bedingungen in Wien führten dazu, dass mehr Menschen versuchten so schnell wie möglich ihre Heimat zu verlassen.<sup>139</sup>

Finanziert wurde die Zentralstelle größtenteils von den Auswanderungswilligen selbst. Jeder Jude musste eine Gebühr für die Bearbeitung seines Antrages verrichten.<sup>140</sup> Ziel des Antrags war es, die sogenannte „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ zu erlangen, die besagte, dass die Ausreise der betreffenden Person, wie der Name der Bestätigung bereits vermuten lässt, steuerlich unbedenklich wäre. Im Zuge dieser Prozedur wurde den Betroffenen alles genommen, was sie noch hatten, Taxen und Judenabgabe wurden noch verlangt.

Die, die sie nicht mehr bezahlen konnten, mussten oft noch Monate auf ihre Bescheinigung warten und bekamen sie manchmal gar nicht. Die einzigen, die verhältnismäßig schnell durchkamen, waren die, die gar nichts mehr besaßen. Deren Ausreise wurde zu einem Teil aus dem Auswanderungsfonds finanziert, wollte man doch ihre Ausreise besonders vorantreiben. Der wiederum speiste sich aus der Passumlage.

Die Passumlage wurde direkt von der Zentralstelle selbst eingehoben. Sie war, wie auch die Zentralstelle, eine österreichische Erfindung, wurde aber ebenfalls auf das „Altreich“ ausgedehnt. Bis zum 15. März 1939 wurde diese Gebühr 44.898 Personen vorgeschrieben, von denen allerdings bereits 24.495 zahlungsunfähig waren.<sup>141</sup> Geld, das noch eingenommen werden konnte, floss in den Auswanderungsfonds, woraus die Auswanderung mittelloser Juden finanziert wurde.

Die Zentralstelle konzentrierte also den Großteil der zu erledigenden Formalitäten an einer Stelle und machte auch die Ausreise mittelloser Menschen möglich, wenn auch wirklich nicht aus gutmütigen sozialen Überlegungen, sondern um die Lasten, die der Staat zu tragen hatte, zu verringern.

---

<sup>137</sup> Gabriele Anderl, Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, 118 f.

<sup>138</sup> Ebd. 121.

<sup>139</sup> Hans Safrian, Die Gehilfen Eichmanns, 62.

<sup>140</sup> Ebd. 52.

<sup>141</sup> Gabriele Anderl, Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, 252.

Die Vertreibung ging mit Einführung der Zentralstelle also verhältnismäßig rasch von Statten. Spätestens mit dem Novemberpogrom, das in Wien besonders eskalierte und von Bürckel auch als „Tag und Nacht der langen Finger“<sup>142</sup> bezeichnet wurde, versuchten die Menschen in Panik das Land zu verlassen. Im Zuge dieser Ausschreitungen kam es zu schweren Gewaltausbrüchen, Massenverhaftungen und Zerstörungen. 6547 Juden wurden festgenommen, 3700 davon nach Dachau deportiert.<sup>143</sup> Die Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung Wiens und die Haft im Polizeigefängnis der Kenyongasse waren so schlimm, dass einer der im Zuge des Pogroms nach Dachau Deportierten sagte: „So absurd es klingt, für uns Insassen der Kenyongasse war nach den vielen unmenschlichen und unberechenbaren Ausschreitungen, Dachau fast eine Erholung.“<sup>144</sup>

Offiziell hätte der Pogrom nur eine Nacht dauern und am 10. November wieder zu Ende sein sollen, doch der geplante Abbruch konnte in Wien nicht durchgesetzt werden. Der Pogrom dauerte hier bis zum 15. November an. Danach begann ein gewaltiger Ansturm auf die Kultusgemeinde, nahezu alle, die irgendwie konnten, versuchten nun das Land zu verlassen.<sup>145</sup> Vom 1. Mai 1938 bis zum 30. November 1939 waren laut Eichmann 126 000 österreichische Juden ausgewandert.<sup>146</sup> Bis zum generellen Auswanderungsstopp Ende Oktober 1941 gelang 130 742 Juden die Flucht aus Österreich.<sup>147</sup> Davon gingen:

29 942 nach Nordamerika

15 200 nach Palästina

7190 nach Asien (davon 6220 nach China)

1125 nach Afrika

6845 nach Lateinamerika

1050 nach Australien

69 390 nach Europa (Großbritannien übernimmt hier Vorreiterrolle mit 31 050 aufgenommenen Flüchtlingen).<sup>148</sup>

Circa 16 000 von ihnen wurden aber, als ihre Zufluchtsländer besetzt wurden, aus diversen anderen europäischen Ländern deportiert.<sup>149</sup>

---

<sup>142</sup> Hans *Safrian*, Hans *Witek*, Und keiner war dabei, 270.

<sup>143</sup> Ebd. 270.

<sup>144</sup> Yad Vashem, Bericht 02/455, zitiert nach: Hans *Safrian*, Hans *Witek*, Und keiner war dabei, 297.

<sup>145</sup> Vgl. Charles J. *Kapralik*, Erinnerungen eines Beamten der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde 1938/39, 71.

<sup>146</sup> Gabriele *Anderl*, Dirk *Rupnow*, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, 142.

<sup>147</sup> Peter *Schwarz*, Siegwald *Ganglmair*, Emigration und Exil 1938-1945. In: NS-Herrschaft in Österreich, 819.

<sup>148</sup> Ebd. 846 f.



Die Zentralstelle allein bewältigte die Auswanderungen allerdings nicht, viele der ab Mai 1938 unter der strengen Kontrolle Eichmanns wieder zugelassenen jüdischen Vereine, die mit der Aufhebung der Sperre ihrer Konten durch den Stillhaltekommissar wieder handlungsfähig waren, versuchten ihren Mitgliedern die Emigration zu ermöglichen. Zum Beispiel versuchte der Verein „Agudas Jisroel“ die Auswanderung von vor allem orthodoxen Juden voranzutreiben und ermöglichten bis März 1939 4000 Menschen die Emigration.<sup>150</sup>

Die größte Rolle im Auswanderungsprozess neben beziehungsweise mit der Zentralstelle spielte die IKG Wien. Sie war der Zentralstelle unterstellt worden, half bei der Abwicklung und übte auch beratende Funktion aus. Nebenher bot sie Sprachkurse und Umschulungen an, sodass man im Zielland eine Überlebenschance hatte. Auch im „Jüdischen Nachrichtenblatt“, das zweimal wöchentlich erschien, finden sich alle möglichen Hilfestellungen zum Thema Auswanderung. So gab es zum Beispiel einen Englisch-Sprachkurs, der als Fortsetzungsserie erschien. Vokabel, deren Aussprache und die Basics der englischen Grammatik wurden hier vermittelt.<sup>151</sup> Des Weiteren fanden sich alle möglichen Informationen über potentielle Zielländer, wie auch Tipps für die Überfahrt. Es gab auch eine eigene Rubrik mit dem Titel „Jüdische Ehewünsche“. Hier findet man Gesuche wie:

„Südamerika

30jähr. Jude mit Einreisemöglichkeit sucht 20 – 30jähr. Dame, nicht unbemittelt, die Verwandte drüben hat. Unter „Gemeinsame Ausreise 8035“.<sup>152</sup>

In den Zielländern wurden die Flüchtlinge nicht gerade überschwänglich empfangen. Abgesehen von Wissenschaftlern und Künstlern führte der Großteil ein Leben im sozialen Elend. Unterstützt wurden sie nur von diversen jüdischen Hilfsorganisationen. Mit Kriegsausbruch verschlechterte sich die Situation der Geflohenen noch mal, nun galten sie als „enemy aliens“.

Trotz der Schwierigkeiten schafften es viele, sich in die neue Gesellschaft einzugliedern. Jüngere hatten es hier natürlich leichter, vor allem für die nächste, bereits im Zielland geborene Generation wurde das Exil ihrer Eltern meist zur Heimat.<sup>153</sup>

---

<sup>149</sup> Gabriele Anderl, Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, 355.

<sup>150</sup> Shoshana Duizend-Jensen, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds, 86 ff.

<sup>151</sup> Ein Beispiel für eine solche Kurseinheit findet man in der Ausgabe vom 3. Februar 1939, S. 8.

<sup>152</sup> Jüdisches Nachrichtenblatt, am 14. Februar 1939 (Nr. 13), S. 8.

<sup>153</sup> Peter Schwarz, Siegwald Ganglmair, Emigration und Exil 1938-1945. In: NS-Herrschaft in Österreich, 819f.

Mit dem Kriegsbeginn wurde Auswandern überhaupt immer schwerer, während des Krieges schafften nur noch 24 500 österreichische Juden die Emigration.<sup>154</sup> Offiziell endet die Phase der jüdischen Auswanderung am 23. Oktober 1941. Danach begann die Phase der Deportationen.<sup>155</sup>

### 9.7. *Sammelwohnungen*

Mit dem Gesetz vom 10. Mai 1939 wurde die Kündigung von Juden aus ihren diversen Mietwohnungen rechtens und ihre Konzentration in bestimmten Stadtvierteln begann neue Dimensionen anzunehmen. Zu den bereits gekündigten Mietern aus Gemeindewohnungen kamen nun nahezu alle Juden Wiens, die in Mietwohnungen gelebt hatten.

Diese Konzentration in bestimmten Vierteln ergab sich aus dem Umstand, dass jüdische Mieter, die keine andere Wohnung finden konnten, vom Wohnungsamt in Sammelwohnungen eingewiesen wurden. Eingewiesen wurden sie in Häuser, die in jüdischem Besitz standen. In Häusern, die „Arier“ gehörten, waren sie als Mieter nicht mehr willkommen. Fast 50% des jüdischen Hausbesitzes in Wien befand sich in der Leopoldstadt, dem Alsergrund und der Brigittenau. Daraus ergab sich die Bildung von ghettoähnlichen Ansammlungen entlang des Donaukanals.<sup>156</sup> Die meisten Juden wurden in die Leopoldstadt umgesiedelt, wie diese Tabelle zeigt:<sup>157</sup>

---

<sup>154</sup> Gerhard Botz, Judendeportation und Wohnungspolitik in Wien 1938-1945, 67.

<sup>155</sup> Gabriele Anderl, Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, 355.

<sup>156</sup> Gerhard Botz, Judendeportation und Wohnungspolitik in Wien 1938 bis 1945, 78.

<sup>157</sup> AVA, Rk, Mat. Reg. 235 (2315/6), Bl. 144. Zitiert nach: Gerhard Botz, Judendeportation und Wohnungspolitik in Wien 1938 bis 1945, 73.

Verteilung der Juden innerhalb Wiens am  
1. Oktober 1939

Polizeiamt	Bezirk	Anzahl der Juden	Prozent aller Wiener Juden
Innere Stadt	I	5.246	5,28
Leopoldstadt	II	45.653	45,95
Landstraße	III	5.693	5,73
Wieden	IV und V	3.368	3,39
Mariahilf	VI und VII	6.627	6,67
Alsergrund	VIII und IX	12 191	12,27
Favoriten	X, z.T. XXIII	1.172	1,18
Simmering	XI, z.T. XXIII	238	0,24
Meidling	XII und XIII	2.355	2,37
Penzing	XIV	745	0,75
Schmelz	XV	4.223	4,25
Ottakring	XVI	1.540	1,55
Währing	XVII, XVIII u. z.T. XXVI	2.692	2,71
Döbling	XIX und z.T. XXVI	1.649	1,66
Brigittenau	XX	5.087	5,12
Floridsdorf	XXI und XXII	457	0,46
Mödling	XXIV und XXV	417	0,42
Groß-Wien	I - XXVI	99.353	100,00

Die neue Wohnsituation zeichnete sich durch schweren Überbelag in ohnehin meist baufälligen Wohnungen aus, natürlich jenseits jeglicher Hygienestandards.

### Fallbeispiel:

„Wien 20, Klosterneuburgerstrasse 32/1a, Winkelwerk von Einzelgängen, kein Wohnzimmer, durchnässt, teilweise Schimmel an den Wänden, kein Gas, kein elektrisches Licht, von 2 Personen bewohnt,  
neu eingewiesen: 6 Personen“<sup>158</sup>

Durch die starke Zusammendrängung vieler Menschen auf wenig Raum unter denkbar schlechten Bedingungen kam es natürlich zum Ausbruch von Seuchen und Epidemien, was wiederum von NSDAP-Angehörigen, die in diesen Gegenden lebten und eine Ausbreitung der Krankheiten fürchteten, stark kritisiert wurde.<sup>159</sup> Damit war klar, dass auch die Sammelwohnungen nur als Zwischenstationen fungieren konnten.

### *9.8. Sammelager*

Als quasi „Endstation“ der Umsiedlungen in Wien kann man die Sammelager sehen. Sie befanden sich im zweiten Bezirk. Das erste Sammelager wurde neben einem Altersheim in der Malzgasse 7 und Miesbachgasse 8 eingerichtet und blieb bis 1943 bestehen, um danach wieder als Altersheim zu dienen. Für das Sammelager in der Castellezgasse 35 wurde eine jüdische Schule umfunktioniert. Die Räumlichkeiten dienten nach ihrer Funktion als Sammelager als Sitz der Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Für das dritte Sammelager wurde von der Stadt Wien das Schulgebäude in der Kleinen Sperlgasse 2a zur Verfügung gestellt.

Kam man im Sammelager an, mussten Wohnungsschlüssel, Wertsachen und Lebensmittelkarten abgegeben werden, die Verpflegung war nun Aufgabe der IKG. Jedem Deportationstransport wurde noch ein jüdischer Arzt zur Verfügung gestellt.<sup>160</sup>

Die Zustände in den Sammelagern waren erwartungsgemäß schlimm: Menschen waren auf geringstem Raum zusammengepfercht, Kranke wurden auf ihren Tragbahren auf unbeheizten Gängen einfach sich selbst überlassen. Anton Brunner, der Sachbearbeiter von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, sorgte dann seinerseits noch für zusätzlichen Terror, wenn er bei den „Kommissionierungen“, also der Auswahl der zu Deportierenden, Menschen misshandelte und demütigte, sodass vor allem Alte und Kranke oft noch vor der Deportation

---

<sup>158</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 138.

<sup>159</sup> Gerhard Botz, Judendeportation und Wohnungspolitik in Wien 1938 bis 1945, 76.

<sup>160</sup> Shoshana Duizend-Jensen, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds, 90.

im Sammellager verstarben oder noch dort versuchten, Selbstmord zu begehen.<sup>161</sup> Nach den „Kommissionierungen“ wurden aus den Sammellagern, allerdings auch aus den Sammelwohnungen, die Menschen zu den Deportationszügen gebracht.<sup>162</sup>

### 9.9. *Deportation*

46 Massentransporte mit jeweils 900 bis 1300 Personen sollten Wien zwischen 15. Februar 1941 und 9. Oktober 1942 verlassen. Die meisten der Deportierten wurden nach Opole, Kielce, Litzmannstadt, Izbica, Minsk, Riga, Theresienstadt und Sobibor geleitet. Aus Wien kamen nur die Deportierten eines Transportes direkt nach Auschwitz.<sup>163</sup>

Deportationen aus Österreich kamen ausschließlich aus Wien. Hier erfasste die Zentralstelle für jüdische Auswanderung mit 1941 die zu Deportierenden.<sup>164</sup> Bis 1942 blieb die Zentralstelle in ihrer neuen, die Deportationen mitorganisierenden Funktion bestehen. Dann wurde sie aufgelöst, die Gestapo war nun für die 8000 noch in Wien befindlichen Juden zuständig.<sup>165</sup>

Der erste Deportationszug aus Wien ging bereits 1939 nach Nisko am San. Zu diesem Zeitpunkt war das Ziel noch die endgültige Vertreibung der jüdischen Bevölkerung, noch nicht deren Vernichtung. Es wurden jüdische Männer gesucht, man behauptete, sie könnten sich in Nisko ansiedeln, dort ihr Leben neu beginnen. Die Nürnberger Rassengesetze hätten dort keine Geltung und Juden könnten sich in dieser „Kolonie“ frei bewegen.

Am 20.10. 1939 ging der besagte Transport mit 912 Männern an Bord von Wien ab, einige Tage später folgte ihm ein zweiter, zwei weitere kamen aus Ostrava ebenfalls nach Nisko am San.

Die deportierten Männer wurden bei ihrer Ankunft in Nisko selektiert. Handwerker, also Tischler, Maurer usw. sollten bleiben und Baracken für ein künftiges Durchgangslager bauen, der Rest der transportierten Männer wurde zum Fluss San in die Nähe der Grenze zur Sowjetunion getrieben. Dort wurden sie mit Warnschüssen über die Grenze gejagt, gefolgt von der Drohung, wer in der nächsten Stunde im Umkreis von fünf Kilometer noch aufzufinden sei, werde erschossen. Von den 1600 Männern dieser Deportationszüge wurden

---

<sup>161</sup> Shoshana Duizend-Jensen, *Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds*, 91.

<sup>162</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 132.

<sup>163</sup> Shoshana Duizend-Jensen, *Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds*, 89.

<sup>164</sup> Gabriele Anderl, Dirk Rupnow, *Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution*, 354.

<sup>165</sup> Ebd. 359.

nur 200 für das Errichten des Lagers dabehalten, der Rest wurde auf die genannte Weise seinem Schicksal überlassen.<sup>166</sup>

#### Fallbeispiel:

Aus dem Johann Janecek-Hof wurde ein gekündigter jüdischer Mieter nach Nisko am San deportiert, Robert Gelber. Er war einer der 912 Männer, die mit dem ersten Transport Nisko erreichten. Am 27.4.1960 wurde er für tot erklärt, als Todesdatum wurde der 20.10.1939 angegeben, wie er genau starb, ist nicht mehr festzustellen.<sup>167</sup>

Zwei Jahre später begann man die Deportationen aus Wien mit 1. Februar 1941 wieder aufzunehmen. Ausgenommen waren vorerst sechs Gruppen von Juden: Beamte der IKG und ihre Angehörige, Inhaber von Auswanderungspapieren, Pfleglinge in Altersheimen, Behinderte, Schwerkranke, Kriegsinvalide, Frontkämpfer mit Auszeichnungen und Personen in Arbeitslagern.<sup>168</sup>

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung gab Listen mit den zu Deportierenden aus. Den Betroffenen wurde per Post ein Schreiben zugestellt, das ihnen den Befehl zur Einfindung in einem Sammellager mitteilte. Leisteten die zu Deportierenden dem Schreiben nicht Folge, mussten Mitarbeiter der Kultusgemeinde gemeinsam mit SS-Männern für deren Einfindung in einem der Sammellager sorgen, was meistens bedeutete die Betroffenen nachts, oft gewaltsam, aus ihren Wohnungen zu holen<sup>169</sup>. Die Wohnungen wurden danach geräumt, die Möbel der „Möbelverwertungsstelle Krummbaumgasse“, die Nachfolgestelle der „Vugesta“, übergeben.<sup>170</sup> Auch für die Verpflegung im Sammellager und während des Transports war die Kultusgemeinde verantwortlich. Juden mussten ein gesamtes Verzeichnis ihrer Vermögenswerte, Rechte und Ansprüche mitbringen, das zur Finanzierung ihrer „Auswanderung“ dienen sollte.

In den Sammellagern wurde bei sogenannten „Kommissionierungen“, die es einzig in Österreich in dieser Form gab, entschieden, wer mit welchem Transport deportiert werden sollte. Der Dienststellenleiter, dessen Männer die „Kommissionierungen“ durchführten, war Alois Brunner, oder auch Brunner I. Im Zuge dieser „Kommissionierungen“, die meist von Anton Brunner durchgeführt wurden, wurden noch verbleibendes Bargeld, Schmuck und

---

<sup>166</sup> Hans Safrian, Die Gehilfen Eichmanns, 93 f.

<sup>167</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8- B/MEW/4409/2012.

<sup>168</sup> Shoshana Duizend-Jensen, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds, 90.

<sup>169</sup> Shoshana Duizend-Jensen, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds, 90.

<sup>170</sup> Gabriele Anderl, Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, 273.

andere Wertgegenstände abgenommen, die ausselektierten Opfer wurden einem Transport zugewiesen. Pro Transport wurden 1050 bis 1100 Personen „gebraucht“. Die, die keinem Transport zugewiesen wurden, wurden nach diesen „Kommissionierungen“ in Heime oder Spitäler eingewiesen, verblieben im Sammellager oder konnten gehen, wenn es sich zum Beispiel um Kriegsinvalide, um Angehörige eines anderen Staates, um Menschen, deren Rassezugehörigkeit nicht eindeutig den Nürnberger Rassegesetzen entsprach, um Angestellte der IKG oder ihre Familien handelte. Diese Ausnahmen wurden aber immer seltener. Die zu Deportierenden mussten zu guter Letzt in einem Schreiben ihr gesamtes Vermögen der Zentralstelle übergeben, eine sogenannte „Sondervollmacht“ war zu erstellen.<sup>171</sup>

Wieder lassen sich Bereicherungsversuche der Wiener Bevölkerung feststellen, es wurde Usus, den zu deportierenden Menschen Einrichtungsgegenstände und ähnliches um einen möglichst geringen Preis abzukaufen, wieder eine Praktik, die von nationalsozialistischen Machttägern zu unterbinden versucht wurde.<sup>172</sup>

Der Krieg gegen die Sowjetunion brachte Massenerschießungen in neuen Dimensionen auf den Plan. Einsatzgruppen mordeten, die Wehrmacht beobachtete. Indes gingen Transporte aus Zentraleuropa weiter ins „Generalgouvernement“ und nach „Ostland“, unter anderem auch nach Riga, wo ein Lager entstehen sollte. Die Transporte kamen aber teilweise noch vor Fertigstellung des Lagers an. Nachdem kein Platz für die Ankommenden war, wurden Menschen aus dem Rigaer Ghetto und einer der Transporte exekutiert.

In den Ghettos herrschten katastrophale Bedingungen. Krankheiten und Seuchen brachen aus. Im Ghetto Lodz/Litzmannstadt nahmen die Verwalter deren Bekämpfung als Begründung für die ersten Massenmorde. Roma und Sinti wurden hier bereits in Gaswägen umgebracht, obwohl der Befehl zur Inhaftierung selbiger durch Himmler erst im Dezember 1942 erlassen wurde.<sup>173</sup> Im Warthegau wurden immer mehr Menschen dem Sonderkommando zugeführt, wodurch das Ghetto wieder Platz für neu Deportierte hatte. Ab Ende 1941/Anfang 1942 standen bei Lodz, Riga und Minsk Gaswägen für nicht arbeitsfähige Deportierte zu Verfügung.<sup>174</sup>

Bei einer der Massenerschießungen bei Minsk war Himmler anwesend, der daraufhin eine „humanere“ Tötungsart forderte, aus Angst seine Soldaten könnten verrohen. Dies führte zu

---

<sup>171</sup> Gabriele Anderl, Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, 273-278.

<sup>172</sup> Hans Safrian, Die Gehilfen Eichmanns, 152.

<sup>173</sup> Ebd. 155.

<sup>174</sup> Ebd. 204.

diversen Experimenten an Menschen in psychiatrischen Anstalten, die an sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Sachsenhausen fortgeführt wurden.<sup>175</sup>

Mit dem definitiven Scheitern des Russland-Feldzuges, das mit Ende des deutschen Vormarsches vor Moskau und der Gegenoffensive der Roten Armee ab 5. Dezember 1941 klar war, eliminierten sich auch alle Pläne der Deportation der Juden Europas nach Russland.<sup>176</sup> Nun setzte sich der Gedanke der grundsätzlichen Entfernung der Juden aus nationalsozialistischem Staatsgebiet durch physische Vernichtung statt Abschiebung durch.

#### *9.9.1. Deportierte Personen aus dem Johann Janeczek-Hof:*

Robert GELBER: Nisko am San.

Max STERNBERG,

geboren am 16.10.1893 in Wien. Er war Kaufmann und verheiratet mit Irene MÜNZ. Vom 30. 7.1938 lebten sie mit ihrer Tochter Herma in der Engerthstraße 103/17/13.

Im Wiener Stadt- und Landesarchiv findet sich noch ein Abmeldevermerk in die Schweiz, doch wurde Max Sternberg am 13.7.1943 nach Theresienstadt deportiert. Theresienstadt war primär ein Durchgangslager, von den 140.000 Deportierten überlebten 19 000, 88 000 wurden an andere Lager weitergeleitet, wie Max Sternberg, der von Theresienstadt am 6.9.1943 nach Auschwitz überstellt und dort ermordet wurde.<sup>177</sup>

Alice RUBIN,<sup>178</sup>

geboren am 1.3.1878 in Prag/ Böhmen. Sie wurde am 5. Juni 1942 nach Izbica deportiert.<sup>179</sup>

Izbica ist ein Ort im Distrikt Lublin, der ursprünglich ungefähr 6000 Menschen beherbergte, von denen rund 90% dem mosaischen Glauben angehörten. Im Zuge der Deportationen stieg die Anzahl der Menschen im Ort auf ungefähr 12 000.

Von Wien aus gingen vier Deportationstransporte zwischen 9. April 1942 und 5. Juni 1942 mit insgesamt 4000 Menschen nach Izbica, von denen keiner den Holocaust überlebte. Um

---

<sup>175</sup> Hans *Safrian*, Die Gehilfen Eichmanns, 181.

<sup>176</sup> Ebd. 206.

<sup>177</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, online unter , <<http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>>, Zugriff am 22.10.2012.

<sup>178</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B-MEW-4404/2012.

<sup>179</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, online unter , <<http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>>, Zugriff am 22. 10. 2012.



Platz im Lager für die neu Deportierten zu schaffen, gingen bereits ab März 1942 weitere Deportationen von Izbica in das Vernichtungslager Belzec. Ab Sommer 1942 war Izbica ohnehin nur noch eine „Zwischenstation“ vor dem Weitertransport nach Belzec.<sup>180</sup>

Bertha WILHELM,

geboren am 2.2.1892.

Sie wurde mit dem ersten von zwei Transporten am 15.2.1941 nach Opole deportiert.<sup>181</sup> Opole war eine Kleinstadt im Generalgouvernement, die einen hohen Anteil jüdischer Bevölkerung hatte. Ein Ghetto wurde errichtet, ca. 8000 Juden wurden nach Opole deportiert, wo sie entweder bei anderen Juden oder in Synagogen eingewiesen wurde. Im Ghetto konnte man sich frei bewegen, es gab keine Mauern, das Verlassen des Ghettos stand dennoch unter strenger Strafe.

Ab Frühjahr 1942 begann die Liquidation des Ghettos, ein Transport ging am 31. März 1942 nach Belzec, im Mai und im Oktober wurden Menschen nach Sobibor deportiert.

Aus Wien waren 2003 Menschen nach Opole gebracht worden, 28 davon überlebten.<sup>182</sup>

Anna BREITBART,

geboren am 27.8.1885 in Bohorodczany/ Polen.

Sie wurde am 26. Jänner 1942 nach Riga deportiert,<sup>183</sup> wie auch Berta Mandel.

Berta MANDEL<sup>184</sup>,

geboren am 12.8.1866 in Brünn. Sie wurde mit dem letzten Transport aus Wien am 6. Februar 1942 nach Riga deportiert.<sup>185</sup>

In Riga wurde mit September/Oktober 1941 ein von Mauern umgebenes Ghetto errichtet. Dieses Ghetto füllte sich durch etliche Transporte schnell. Um Platz für neu Eingewiesene zu schaffen, wurden von Ende November bis Anfang Dezember 1941 27 000 Juden aus dem

---

<sup>180</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Izbica. Online unter <http://de.doew.braintrust.at/b195.html>, Zugriff am 22. 10. 2012.

<sup>181</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, online unter <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>, Zugriff am 22.10.2012.

<sup>182</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Opole. Online unter <http://de.doew.braintrust.at/b207.html>, Zugriff am 4.12. 2012.

<sup>183</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, online unter <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>, Zugriff am 22. 10. 2012.

<sup>184</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B/MEW/4401/2012.

<sup>185</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, online unter <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>, Zugriff am 22.10.2012.

Ghetto in einem nahen Wald erschossen. Die Lebensbedingungen im Ghetto waren fürchterlich, die Menschen mussten im Lager Salaspils Zwangsarbeit verrichten, die Sterblichkeit im Ghetto war enorm hoch. Am 6. Februar 1942 erreichte der letzte Transport aus Wien Riga. Den Ankommenden wurde angeboten, sie könnten sich auch mit als Lastkraftwagen getarnten Gaswägen zum Ghetto fahren lassen, wenn ihnen der Fußmarsch zu beschwerlich schien. Von den 1000 Deportierten nahmen rund 700 das „Angebot“ an und wurden sofort ermordet, ca. 300 erreichten zumindest das Ghetto zu Fuß.

Ca. 4200 Menschen wurden aus Österreich nach Riga deportiert, davon überlebten ungefähr 100, weder Berta Mandel, noch Anna Breitbart gehörten zu jenen Überlebenden.<sup>186</sup>

Rudolf KORNITZER,<sup>187</sup>

geboren am 23.8.1900 in Wien.

Er wurde am 18.8.1940 wegen „Abhörens ausländischer Sender“ festgenommen und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Am 8.11.1941 wurde er vermutlich aus der Haft nach Auschwitz überstellt, wo er am 14.11.1941 starb.<sup>188</sup>

Aus Wien ging nur ein Transport direkt nach Auschwitz, alle anderen österreichischen dort verstorbenen Juden erreichten über Umwege Auschwitz. Insgesamt kamen ca. 1,1 Millionen Menschen in Auschwitz ums Leben.

Emma und Dorothea BERNZWEIG,

Emma Bernzweig und ihre 18-jährige Tochter wurden am 20. 5. 1942 nach Minsk deportiert.

In Minsk war im Juni 1941 ein ca. zwei Quadratkilometer umfassendes Ghetto für weißrussische Juden eingerichtet worden. Im Herbst begannen Massenerschießungen, die an zwei Tagen 17 000 Todesopfer forderten. Durch diese Erschießungen und Hunger und Krankheit lebten im Jänner 1942 nur mehr 25 000 Menschen im Ghetto. Diese Massenerschießungen wiederholten sich, so dass bis zum Frühjahr 1943 nur noch 2000 Menschen im Ghetto am Leben waren. Von den rund 1000 aus Österreich nach Minsk Deportierten weiß man nur von drei Überlebenden.<sup>189</sup> Ab 1942 erreichten die in Minsk Ankommenden das Ghetto gar nicht mehr, wie auch Emma Bernzweig, die am 26.5.1942

---

<sup>186</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes Riga. Online unter <<http://www.doew.at/ausstellung/chapter6.html>>, Zugriff am 5.12.2012.

<sup>187</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B5MEW54307/2012.

<sup>188</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Gestapo-Opferdatenbank, online unter <<http://www.doew.at/php/gestapo/index.php?c=detail&l=de&id=6751>>, Zugriff am 15.11.2012.

<sup>189</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Minsk. Online unter <<http://de.doew.braintrust.at/b202.html>>, Zugriff am 5.12.2012.

nach Maly Trostinec deportiert wurde.<sup>190</sup> Auf einem Sammelplatz wurde selektiert, 20 bis 50 Menschen pro Transport wurden zur Zwangsarbeit am Gut in Maly Trostinec herausgegriffen, die anderen wurden zu den Gruben gefahren und sofort exekutiert. Ab Anfang Juni 1942 wurden die Menschen in drei Gaswägen getötet. Aus Österreich wurden rund 9000 Juden nach Maly Trostinec deportiert, davon sind 17 Überlebende bekannt. Emma Bernzweig und ihre Tochter sind nicht darunter.<sup>191</sup>

Regine BROCYNER,

Wurde vom Durchgangslager Drancy in Frankreich am 14.8.1942 nach Auschwitz deportiert und ermordet. Diese Information basiert auf einer Todeserklärung durch ihre Schwester, Eugenia Shurani.<sup>192</sup>

Thomas Peter und Alice STERN,

Alice Stern wurde gemeinsam mit ihrem sieben jährigen Sohn mit einem Transport, der von Wien aus direkt nach Auschwitz gehen sollte, am 17.7.1942 deportiert und ermordet.

Simon, Josefine und Erika SCHRAMM,<sup>193</sup>

lebten bis zum 30.07.1938 im Johann Janecek-Hof.

Sie scheinen zwar mit 27.11.1939 nach Palästina abgemeldet, schafften allerdings die Flucht nicht. Die ganze Familie wurde im Oktober 1941 in Zasavica bei Schabac umgebracht.<sup>194</sup>

In Wien musste die IKG bis zu ihrer Schließung am 1. November 1942 die Deportationen nach Listen der Gestapo vorbereiten, danach übernahm der aus der IKG gebildete Ältestenrat diese Aufgabe.<sup>195</sup>

Aus Wien gingen folgende Transporte ab:<sup>196</sup>

---

<sup>190</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, online unter <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>, Zugriff am 22.10.2012.

<sup>191</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Maly Trostinec. Online unter <http://de.doew.braintrust.at/b201.html>, Zugriff am 5.12.2012.

<sup>192</sup> Yad Vashem, Database of Shoah Victims' Names, online unter <http://db.yadvashem.org/names/nameDetails.html?itemId=1336582&language=en>, Zugriff am 5.12.2012.

<sup>193</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B.MEW.4410/2012.

<sup>194</sup> Yad Vashem, Database of Shoah Victims' Names, online unter <http://db.yadvashem.org/names/nameDetails.html?itemId=1261727&language=en>, <http://db.yadvashem.org/names/nameDetails.html?itemId=1404638&language=en>, <http://db.yadvashem.org/names/nameDetails.html?itemId=1261728&language=en>, Zugriff am 6.12.2012.

<sup>195</sup> Gerhard Botz, Judendeportation und Wohnungspolitik in Wien 1938 bis 1945, 109.



Alle Zahlenangaben betreffen Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze.

Von den mit Zielort Minsk ausgewiesenen Transporten führte nur der erste Transport 1941 in das Ghetto Minsk. Alle weiteren Transporte hatten als Destination das Gut Maly Trostinez in der Nähe von Minsk.

Transport-Nr.	Abgangsdatum	Zielort	Anzahl der Personen
	20. 10. 1939	Nisko	912
	26. 10. 1939	Nisko	672
1	15. 2. 1941	Opole ü/Pulawy	996
2	19. 2. 1941	Kielce	1.010
3	26. 2. 1941	Opole ü/Pulawy	1.049
4	5. 3. 1941	Modliborzyce	981
5	12. 3. 1941	Lagow, Opatow	995
6	15. 10. 1941	Litzmannstadt	1.005
7	19. 10. 1941	Litzmannstadt	1.003
8	23. 10. 1941	Litzmannstadt	991
9	28. 10. 1941	Litzmannstadt	998
10	2. 11. 1941	Litzmannstadt	998
11	23. 11. 1941	Kaunas	995
12	28. 11. 1941	Minsk	999
13	3. 12. 1941	Riga	995
14	11. 1. 1942	Riga	1.000
15	26. 1. 1942	Riga	1.196
16	6. 2. 1942	Riga	997
17	9. 4. 1942	Izbica	998
18	27. 4. 1942	Wlodawa	998
19	6. 5. 1942	Minsk	994
20	12. 5. 1942	Izbica	1.001
21	15. 5. 1942	Izbica	1.006

22	20. 5. 1942	Minsk	986
23	27. 5. 1942	Minsk	981
24	2. 6. 1942	Minsk	999
25	5. 6. 1942	Izbica	1.001
26	9. 6. 1942	Minsk	1.006
27	14. 6. 1942	Sobibor	996
28	20. 6. 1942	Theresienstadt	996
29	28. 6. 1942	Theresienstadt	983
30	10. 7. 1942	Theresienstadt	993
31	14. 7. 1942	Theresienstadt	988
32	17. 7. 1942	Auschwitz	995
33	22. 7. 1942	Theresienstadt	1.005
34	28. 7. 1942	Theresienstadt	988
35	13. 8. 1942	Theresienstadt	997
36	17. 8. 1942	Minsk	1.003
37	20. 8. 1942	Theresienstadt	997
38	27. 8. 1942	Theresienstadt	956
39	31. 8. 1942	Minsk	967
40	10. 9. 1942	Theresienstadt	990
41	14. 9. 1942	Minsk	992
42	24. 9. 1942	Theresienstadt	1.287
43	1. 10. 1942	Theresienstadt	1.290
44	5. 10. 1942	Minsk	544
45	9. 10. 1942	Theresienstadt	1.306
	8. 12. 1942	Auschwitz	9
46a	5. 1. 1943	Theresienstadt	100
46b	8. 1. 1943	Theresienstadt	101
46c	11. 1. 1943	Theresienstadt	100
46d	28. 1. 1943	Theresienstadt	9
46e	25. 2. 1943	Theresienstadt	70
47a	3. 3. 1943	Auschwitz	75

Transport-Nr.	Abgangsdatum	Zielort	Anzahl der Personen
46f	30. 3. 1943	Theresienstadt	101
47b	31. 3. 1943	Auschwitz	85
46g	1. 4. 1943	Theresienstadt	72
	27. 4. 1943	Theresienstadt	2
46h	25. 5. 1943	Theresienstadt	203
	16. 6. 1943	Theresienstadt	2
46i	24. 6. 1943	Theresienstadt	151
46j	15. 7. 1943	Theresienstadt	17
46k	2. 9. 1943	Theresienstadt	20
	9. 9. 1943	Theresienstadt	10
	15. 9. 1943	Theresienstadt	1
47c	7. 10. 1943	Auschwitz	21
46l	11. 11. 1943	Theresienstadt	91
46m	30. 11. 1943	Theresienstadt	46
47d	1. 12. 1943	Auschwitz	25
	14. 12. 1943	Theresienstadt	1
	10. 1. 1944	Theresienstadt	6
	19. 1. 1944	Theresienstadt	1
47e	24. 2. 1944	Auschwitz	41
48a	10. 3. 1944	Theresienstadt	84
47f	26. 4. 1944	Auschwitz	19
48b	28. 4. 1944	Theresienstadt	79
	17. 5. 1944	Theresienstadt	1
	18. 5. 1944	Theresienstadt	4
	2. 6. 1944	Theresienstadt	1
	21. 6. 1944	Theresienstadt	4
47g	27. 6. 1944	Auschwitz	22
	28. 6. 1944	Auschwitz	38
48c	28. 6. 1944	Theresienstadt	18
	9. 7. 1944	Theresienstadt	5
	23. 7. 1944	Theresienstadt	1

Transport-Nr.	Abgangsdatum	Zielort	Anzahl der Personen
48d	16. 8. 1944	Theresienstadt	16
	21. 8. 1944	Auschwitz	2
47h	1. 9. 1944	Auschwitz	29
	21. 9. 1944	Theresienstadt	2
	5. 10. 1944	Auschwitz	100
	20. 11. 1944	Theresienstadt	4
	22. 12. 1944	Theresienstadt	1
	1. 2. 1945	Theresienstadt	4
48e	15. 2. 1945	Theresienstadt	7
	19. 3. 1945	Theresienstadt	11
Einzeltransport	1940	Auschwitz	3
Einzeltransport	1941	Auschwitz	13
Einzeltransport	1942	Auschwitz	39
Einzeltransport	1943	Auschwitz	80
Einzeltransport	1944	Auschwitz	61
Einzeltransport	o. A.	Auschwitz	10

<sup>196</sup> Jonny Moser, Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs. 1938 - 1945, 80f.

## 10. Situation der Gekündigten nach 1945

Laut einer Statistik der IKG Wien lebten am 31.12.1945 3 955 Juden in Österreich, die in Wien entweder als U-Boot, als Bedienstete des Ältestenrates oder in einer „Mischehe“ überlebt hatten. Bis Ende 1945 war die Zahl um 822 KZ-Überlebende und 138 ins Ausland Geflohene gestiegen. Bis Ende 1947 zählte die Wiener IKG 8 769 Mitglieder.<sup>197</sup> Ein freundlicher Empfang in der Heimat blieb den wenigen, die zurückkehrten allerdings verwehrt.

Nach Kriegsende berief sich Österreich auf die Moskauer Deklaration und begann das Bild von Österreich als erstes Opfer Hitlers zu kultivieren. Dadurch kam ehemaligen Widerstandskämpfern und politisch Verfolgten eine besondere Rolle zu. Sie wurden als Helden der Republik, die für ein freies demokratisches Österreich gekämpft hatten, gefeiert, während man die Opfergruppe der rassistisch Verfolgten im kollektiven Bewusstsein komplett untergehen ließ.<sup>198</sup> Ein Eingeständnis ihrer Leiden wäre ein Eingeständnis der eigenen Schuld gewesen. Schuld wollte man politisch zu diesem Zeitpunkt nicht auf sich nehmen, war man doch primär damit beschäftigt den Opfermythos zu manifestieren, um den Staatsvertrag zu erlangen.<sup>199</sup>

Ehemals politisch Verfolgte wurden damit quasi zur Werbung für den neuen Staatsvertrag, die heimkehrenden Überlebenden dagegen wandelnde Dokumentationen der österreichischen Mitschuld. Dies zeigt sich auch in der finanziellen Entschädigung. Weder den aus dem Exil zurückkehrenden, noch den unterernährten Juden, die das Konzentrationslager überlebt hatten, wurde vor 1946 staatliche Hilfe gewährt, und auch danach war diese Unterstützung sehr beschränkt.<sup>200</sup>

Viele der jüdischen Heimkehrer waren abhängig von Freunden, die aber zu einem großen Teil entweder selbst deportiert oder geflohen waren: Nur in den seltensten Fällen konnte man so überleben. Die zu diesem Zeitpunkt verarmte IKG half, gestützt auf Spenden aus Übersee und den JOINT (American Joint Distribution Committee), mit Fürsorgeleistungen aus.<sup>201</sup>

---

<sup>197</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 153.

<sup>198</sup> Brigitte Bailer, Wenn's denn halt sein muss, zahlen wir eben. In: 1938 Adresse Servitengasse, Birgit Johler, Maria Fritsche (Hg.), 216.

<sup>199</sup> Ebd. 217f.

<sup>200</sup> Ebd. 217.

<sup>201</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 208.

Insgesamt wurden zwei Opferfürsorgegesetze eingeführt, das erste 1945, das allerdings zwischen passiv Verfolgten und aktiven Widerstandskämpfern unterschied. Das zweite aus dem Jahr 1947 berücksichtigte auch Menschen, die aus „rassischen, politischen und nationalen“ Gründen verfolgt worden waren, allerdings nur, wenn sie nun auch wieder in Österreich lebten, was auf einen Großteil der Geflohenen nicht zutraf. Ohne genügend finanzielle staatliche Unterstützung, ohne Möglichkeit zu arbeiten, weil entweder Geschäft oder Werkstatt immer noch in den Händen der „Ariseure“ waren oder weil durch die Zeit im KZ körperlich nicht dazu in der Lage und ohne Bleibe, war rund die Hälfte der 8 769 Juden in Wien 1947 von Hilfen der IKG, des American Joint Distribution Committee, ausländischer Verwandter oder Pensionen abhängig.<sup>202</sup>

Wenn man den Umgang der Politik mit den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus betrachtet, so überrascht es nicht, dass auch die Bevölkerung den heimkehrenden Juden nicht sehr positiv gesinnt gegenüber stand und sich laut einer Umfrage des Jahres 1946, 46% der Österreicher gegen eine Rückkehr der überlebenden Juden aussprachen,<sup>203</sup> fürchteten viele der „Ariseure“ doch, dass ehemalige Opfer Auskunft über ehemalige Täter geben könnten und entzogenes Vermögen rückgestellt werden müsste.<sup>204</sup> Es wurden auch tatsächlich sieben Rückstellungsgesetze verabschiedet, das dritte dieser Gesetze widmete sich dem Vermögen, das durch Privatpersonen „arisiert“ worden war. Diese Gesetze enthielten allerdings viele Lücken, sodass ehemals „arisiertes“ Vermögen vielfach nicht rückgestellt werden musste und die Opfer um die ihnen zustehenden Entschädigungen kamen.

Gar keine Erwähnung in besagten Rückstellungsgesetzen findet der Entzug von Bestandrechten<sup>205</sup>, das 3. Rückstellungsgesetz aus dem Jahr 1947 stellte eine Regelung zwar in Aussicht, doch wurde kein entsprechendes Gesetz verabschiedet.

### *10.1. Wohnsituation für die Überlebenden in Wien nach 1945*

1945 war die Wohnungsnot in Wien einmal mehr drückend. Nicht nur war der Wohnbau, wie bereits ausgeführt, zwischen 1938 und 1945 nahezu gänzlich zum Erliegen gekommen, auch waren 86 875 der Wohnungen ausgebombt oder zerstört worden. Laut damaligem

---

<sup>202</sup> Brigitte Bailer, Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema, 193.

<sup>203</sup> Der neue Weg, Nr. 29/30, 15. August 1946. Zitiert nach: Hans Safrian, Hans Witek, Und keiner war dabei, 319.

<sup>204</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 154.

<sup>205</sup> Ebd. 85.

Stadtrat Felix Slavik war ein Fünftel des Wohn- und Geschäftsraumes in der Stadt entweder gänzlich zerstört oder schwer beschädigt.<sup>206</sup>

Abgesehen von einigen geflohenen Nationalsozialisten füllte sich die Stadt kontinuierlich mit Kriegsheimkehrern, KZ-Überlebenden und ins Ausland Geflohenen. Zusätzlich musste noch Raum für die Besatzungssoldaten der Alliierten bereitgestellt werden.

Das heißt, für Opfer des Nationalsozialismus, die den Holocaust überlebt hatten, fehlte es zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr an freien Wohnungen, die sie hätten beziehen können. An eine Rückkehr in ihre ehemaligen Wohnungen war in Ermangelung eines entsprechenden Gesetzes ohnehin nicht zu denken. Die Zurückgekehrten wurden in Hotelzimmern oder Massenquartieren untergebracht. Wie ein Wiener Anwalt 1946 kritisierte: „Die armen paar Juden, die aus Theresienstadt kamen, sitzen zum großen Teil noch im Lager, weil es offenbar nicht möglich ist, die Nazis aus den gestohlenen Wohnungen hinauszuerwerfen.“<sup>207</sup>

Doch auch ohne Rückstellungsgesetz gab es zumindest eine, wenn auch nur geringe Chance, wenn schon nicht an die eigene, dann zumindest an eine freie Wohnung zu kommen. Das sogenannte WAG (Wohnungsanforderungsgesetz) erlaubte es der Gemeinde Wohnungen anzufordern, die entweder leer standen oder in denen ein nach Paragraph 17 des Verbotsgesetzes Einstufender oder durch ein Volksgericht Verurteilter lebte. Besagte Wohnungen mussten erst bei den Behörden zur Anzeige gebracht werden. Wenn dem Ansuchen stattgegeben wurde, konnte die betreffende Partei zur Räumung bestimmt werden und die Wohnung konnte neu vergeben werden.

Diese angeforderten Wohnungen wurden dann an Menschen, die in drei Dringlichkeitsstufen eingeteilt waren, vergeben. In die erste Dringlichkeitsstufe fielen unter anderem Menschen, die während der Herrschaft der Nationalsozialisten ihre Wohnung auf Grund der politischen Umstände gezwungenermaßen aufgeben mussten oder die sie aus denselben Gründen verloren hatten.<sup>208</sup>

Mit dem Verbotsgesetz von 1947 wurde diese Regelung allerdings abgeschwächt, Minderbelastete konnten ihrer Wohnungen nun nur mehr verwiesen werden, wenn dieser Vorgang für Opfer des Nationalsozialismus oder für Menschen, die ihre Wohnung auf Grund der politischen Umstände verloren hatte, unbedingt notwendig war.<sup>209</sup>

---

<sup>206</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 155f.

<sup>207</sup> Alarmsignale aus Österreich, in: Aufbau, 18.1.1946. Zitiert nach: Hans Safrian, Hans Witek, Und keiner war dabei, 320.

<sup>208</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 80f.

<sup>209</sup> Ebd. 81.

## 10.2. Gemeindewohnungen

Im Falle der Gemeindewohnungen wurden 200 solcher Kündigungen 1945 von der Stadt Wien beantragt. Meist gingen diese Kündigungsgesuche gegen Mieter, deren NSDAP-Mitgliedsnummer zwischen 6.100 000 und 6.600 000 lagen, oder die am 1.5.1938 aufgenommen worden waren. Circa 100 dieser Kündigungen wurden mit dem einheitlichen Kündigungsdatum 30. September 1945 auch tatsächlich durchgeführt.<sup>210</sup> Die restlichen „arisierten“ Gemeindewohnungen sind im Besitz der während des Nationalsozialismus neu Eingewiesenen geblieben. Viele der aus den rund 2000 Wohnungen gekündigten Parteien überlebten den Holocaust nicht, etliche blieben in ihrem Exilland. Die wenigen, die zurückkehren, hatten kaum eine Chance wieder in ihre ehemalige Gemeindewohnung einziehen zu können. Von 2064 „arisierten“ Gemeindewohnungen wurde also nach 1945 rund 100 Mietern die Kündigung ausgesprochen.

Generell ist zu sagen, dass erst 1960, fünfzehn Jahre nach der Befreiung Österreichs, die IKG das Wohnungsproblem in Wien als nahezu gelöst bezeichnen konnte, wobei die Wohnungsrückgaben nicht etwa auf einfachem bürokratischen Weg zu erreichen waren sondern in jedem einzelnen Fall die IKG intervenieren musste.<sup>211</sup>

Bis 1960 war aber auch der Einsatz der IKG und des überparteilichen KZ-Verbandes für Rückstellung oder wenigstens Zuweisung einer neuen Wohnung für die Gekündigten erfolglos gewesen.<sup>212</sup> Dazu kommt, dass mit dem 1947 verabschiedeten Nationalsozialistengesetz nicht registrierungspflichtige, beziehungsweise nicht nach dem Kriegsverbrechergesetz Verurteilte Wohnungen, in die NS-Opfer eingewiesen wurden, wieder zurückfordern konnten und damit viele der jüdischen Heimkehrer, die 1945 in eine leer stehende Wohnung eingewiesen worden waren, zu Gunsten von Nationalsozialisten wieder der Obdachlosigkeit preisgegeben wurden.<sup>213</sup>

Bis 1953 lebten etliche, die ja vor Herrschaft der Nationalsozialisten Wohnungen gehabt hatten, immer noch zusammengepfercht in Massenquartieren, in Obdachlosenheimen, in 42-

---

<sup>210</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 39.

<sup>211</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 214.

<sup>212</sup> BMVW, GrZl. 11243-1/46, Zl. 11243-1/1946, 23.5.1946. ÖSTA, AdR/06, Bestand BMF-VS. Zitiert nach: Brigitte Bailer, Wenn'd denn halt sein muss, zahlen wir eben. In: Birgit Johler, Maria Fritsche(Hg.), 1938 Adresse: Servitengasse, 220.

<sup>213</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 214.



Bett Zimmern des Wiedner Spitals, in Hotels oder in Untermiete zu katastrophalen Bedingungen.<sup>214</sup>

Ehemals jüdische Wohnungen blieben nach dem Krieg also meist im Besitz der „Arisiere“, oder wurden ihnen wieder zugesprochen. Die Besatzungsmächte versuchten zwar schon eine Besserung der Umstände für die jüdischen Heimkehrer zu erreichen, allerdings nicht nachdrücklich genug und damit ohne nennenswerten Effekt. Die österreichischen Parteien waren auf das Wählerpotential der ehemaligen Nationalsozialisten konzentriert, das viel höher war, als das der überlebenden Juden.<sup>215</sup>

Grundsätzlich war in Österreich nach Kriegsende die Rückstellung geraubten Eigentums nur sehr zögerlich verfolgt worden. Ein treffender Satz, der den informellen innerösterreichischen Konsens der Nachkriegsjahre wohl auf den Punkt bringt, stammt von Peter Krauland, dem Leiter des Krauland Ministeriums, das sich mit der Sicherstellung von entzogenem Vermögen befasste: „Wiedergutmachen hat immer nur der, der ein Übel verschuldet oder verursacht hat.“: sprich, das Deutsche Reich und nicht Österreich, eine Einstellung, die in Land und Regierung gang und gäbe war.<sup>216</sup>

Jahrelang blieb dieser Konsens bestehen, bis zum Gedenkjahr 1988, als Helmut Zilk öffentlich die Juden Wiens „als erste Opfer der ersten Opfer“ bezeichnete.<sup>217</sup>

## 11. Fazit

Das Team „Kündigungsgrund Nichtarier“ konnte insgesamt 2064 Kündigungen jüdischer Mieter aus Gemeindewohnungen eruieren.<sup>218</sup> Auf Grund der unglücklichen Gesetzeslage im Jahr 1938 konnten Mieter aus allen Häusern, die nach 1917 erbaut worden waren, ohne Angabe von Gründen jederzeit gekündigt werden, mit einer Kündigungsfrist von nur zwei Wochen. Dieser Umstand und die Tatsachen, dass jüdische Mieter bereits im Zuge der Volksabstimmung erfasst wurden und dass es sich um Gebäude handelte, die im Eigentum der Stadt Wien standen, machte es für die nationalsozialistischen Machthaber leicht, Kündigungen in hoher Zahl einfach und organisiert durchzuführen. Damit wurde Platz für „arische“ Mieter geschaffen.

---

<sup>214</sup> Georg Graf, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, 213.

<sup>215</sup> Ebd. 155.

<sup>216</sup> Neues Österreich, 8. Mai 1946, S. 4. Zitiert nach: Peter Böhmer, Wer konnte, griff zu, 48.

<sup>217</sup> Albert Sternfeld, Betrifft: Österreich. Von Österreich betroffen, Wien 1990, 53. Zitiert nach: Brigitte Bailer, Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema, 183.

<sup>218</sup> Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, Kündigungsgrund Nichtarier, 12.

Politisch gesehen waren diese Kündigungen ein Weg die Wohnungsnot Wiens für „Arier“ zu erleichtern und damit gelungene Propaganda. Von 2064 Gemeindewohnungen wurden einige sofort an NS-Funktionäre vergeben, die restlichen wurden über das Kreiswohnungsamt weitervermittelt. Das heißt, für rund 2000 „arische“ Mieter veränderte sich damit die Wohnsituation plötzlich und radikal zum Guten.

Für die gekündigten jüdischen Mieter der Wiener Gemeindebauten bedeutete die Kündigung allerdings, sich in einer nahezu aussichtslosen Lage wiederzufinden. Die meisten dieser Mieter stammten aus der Arbeiterschicht, viele waren mit dem „Anschluss“ arbeitslos geworden. Ohne Kapital mussten sie nun - egal ob als gesunder junger Mensch, alter oder kranker oder ob als Familie mit kleinen Kindern - versuchen innerhalb von zwei Wochen eine neue Wohnung zu finden. Im fast schon traditionell unter Wohnungsnot leidenden Wien wäre das grundsätzlich schon ein schwieriges Unterfangen geworden. Als Jude im Jahr 1938 gestaltete sich die Suche allerdings nahezu unmöglich. Manche hatten das Glück bei Familie oder Freunden unterzukommen, die allerdings meist ab 1939 ebenfalls gekündigt wurden. Andere bekamen einen Platz in den Baracken zugewiesen. Eine weitere Möglichkeit war, vom Wohnungsamt in ein sogenanntes „Judenhaus“ eingewiesen zu werden. Als „Judenhaus“ bezeichnete man Häuser, die in jüdischem Eigentum standen. In diesen Häusern wurden in sogenannten Sammelwohnungen sukzessive gekündigte jüdische Mieter auf engstem Raum einquartiert, zu denkbar schlechten hygienischen Bedingungen. Damit begann also die Konzentration der Juden in bestimmten Stadtvierteln Wiens. Aus diesen Sammelwohnungen wurden, nahezu alle, die es nicht schafften rechtzeitig auszuwandern, weiter in die Sammellager oder direkt zu den Deportationszügen gebracht.

Die „Wohnungsarisierungen“ waren also der Anfang einer sich stetig radikalisierenden Spirale antijüdischer Politik. Sie bedingten die Ghettoisierung der Juden Wiens und damit die leichtere Organisation der Deportation. Die „Arisierung“ von Gemeindewohnungen stellt also einen der ersten Schritte auf dem Weg zur späteren Vernichtung der jüdischen Bevölkerung der Stadt Wien dar.

## 12. Die jüdischen Mieter des Johann Janecek Hofes

Das letzte Kapitel soll einen Überblick über die ehemaligen jüdischen Mieter des Johann Janecek-Hofes geben. Einige sind bereits als Fallbeispiele vorgekommen, werden hier aber, um einen vollständigen Überblick zu gewährleisten, noch einmal genannt, gemeinsam mit eventuell vorhandenen Ehepartnern und Kinder und deren wichtigster Eckdaten:

Julius AMSTER,<sup>219</sup>

Geboren am: 17.03.1892 in Wien.

Beruf: Bankbeamter.

Er war verheiratet mit Josefine, geborene Lawicka (geb. am 07.02.1895).

Bis zum 01.08.1938 lebten sie in der Donaueschingenstraße 30/11/5/15, dann wurde ihnen die Wohnung gekündigt. Das Paar überlebte in Wien. Josefine starb am 11.06.1972, Julius Amster am 29.11.1974.<sup>220</sup>

Ernst BARTON,<sup>221</sup>

Geboren am: 12.09.1893 in Rekawinkel.

Beruf: Privatbeamter.

An sich gehörte er der mosaischen Religionsgemeinschaft an, war aber ab der Anmeldung am 01.08.1936 als römisch-katholisch gemeldet. Er war Privatbeamter und zu 30% kriegsinvalid. Seine Gattin Erna, geborene Taub (geb. am 05.08.1897) war Jüdin. Mit Sohn Karl (geboren am 07.01.1918) lebten sie im Johann Janecek-Hof, bis ihnen die Kündigung zugestellt wurde. Um die Kündigung abzuwenden erbrachte Ernst Barton einen „Ariernachweis“, doch da seine Gattin Jüdin war, mussten sie die Wohnung dennoch räumen. Dank seiner Kriegsverletzungen und Auszeichnungen bekamen sie einen Räumungsaufschub gewährt. Am 31.12.1938 musste die Familie die Wohnung endgültig verlassen.<sup>222</sup>

Da Erna Barton und ihr Sohn durch die „Mischehe“ geschützt waren, überlebten sie in Wien.

---

<sup>219</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B.MEW.4407/2012.

<sup>220</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B.MEW.4407/2012.

<sup>221</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B1MEW14311/2012.

<sup>222</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E 38.

Benedikt BERNZWEIG,<sup>223</sup>

Geboren am: 30.03.1898 in Zuravno, Bezirk Zydaczow in Polen.

Beruf: Privatbeamter.

Er zog nach Wien und heiratete Emma Präger (geb. am 01.01.1898).

Gemeinsam mit ihrer Tochter Dorothea (geb. am 21.03.1924) lebten sie vom 02.03.1927 bis zum 31.08.1938 in der Engerthstraße 101/18/2/12.

Mit der Kündigung der Wohnung wurden sie in den 2. Bezirk in die Rembrandtstraße umgesiedelt. Es findet sich dann im Melderegister die Abmeldung nach England.

Jedoch hat nicht die ganze Familie die Flucht geschafft, Benedikt Bernzweigs Frau, Emma Bernzweig, und seine Tochter Dorothea<sup>224</sup> wurden am 20.05.1942 nach Minsk und von dort am 26.05.1942 nach Maly Trostinec deportiert.<sup>225</sup>

Anna BREITBART,<sup>226</sup>

Geboren am: 27.08.1885 in Bohorodczany/ Polen.

Beruf: Private.

Ihr Mann Abraham Breitbart, verstarb bereits am 18.04.1931 in Wien.

Sie lebte nach dem Tod ihres Mannes selbstständig gemeldet bis zum Tag ihrer Kündigung weiter in deren Gemeindewohnung, in der Engerthstraße 107/25/II/12.

Kündigungsdatum ist der 07.11.1938.

Am 26. Jänner 1942 wurde sie nach Riga deportiert.<sup>227</sup>

Dr. Eduard BROCZYNER,<sup>228</sup>

geboren am 09.09.1892 in Brody.

Beruf: Arzt.

Er heiratete Regine Horowitz (geb. am 29.10.1900).

---

<sup>223</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B2MEW24411/2012.

<sup>224</sup> Yad Vashem, Database of Shoah Victims' Names, online unter <http://db.yadvashem.org/names/nameDetails.html?itemId=4929021&language=en>, Zugriff am 11.12.2012.

<sup>225</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, online unter <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>, Zugriff am 22.10.2012.

<sup>226</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B/MEW/4402/2012.

<sup>227</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>, Zugriff am 22. 10. 2012.

<sup>228</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B/MEW/6621/2012.

Gemeinsam mit ihrem Sohn Peter (geb. am 30.12.1929) lebten sie von 04.03.1927 bis 11.07.1938 in der Donaueschingenstraße 30/4, wo Dr. Broczyner auch seine Praxis hatte. Ein „arischer“ Arzt übernahm dann die Räumlichkeiten, die einst ihn und seine Familie beherbergten.<sup>229</sup>

Dem Melderegister zu Folge, konnte die Familie in die Schweiz fliehen. Regine Broczyner jedoch wurde ins Durchgangslager Drancy in Frankreich gebracht und am 14.08.1942 nach Auschwitz deportiert und ermordet. Diese Information basiert auf einer Todeserklärung durch ihre Schwester, Eugenia Shurani.<sup>230</sup>

Ihr Mann und ihr Sohn überlebten. 1945 kam Dr. Eduard Broczyner zurück nach Wien, wo er erst wieder zurück in seine ehemalige Straße zog, um schließlich in den 19. Bezirk, in die Philippovichgasse 2/4/ zu ziehen. Sein Sohn blieb ebenfalls in Wien, er starb 2002 im Alter von 72.<sup>231</sup>

### Johann CHAROUS<sup>232</sup>

Geboren am: 07.03.1880 in Wien.

Seine Gattin Adolfine, geborene Theimer, starb bereits am 26.03.1931.

Er selbst war „Arier“ und hatte die Gemeindewohnung an seine ebenfalls „arische“ Tochter untervermietet. Diese war jedoch mit einem Juden verheiratet und lebte mit ihm zusammen und dem gemeinsamen 12 Monate alten Baby im Johann Janecek-Hof. Der Fakt, dass ihr Mann Jude war, brachte der Familie die Wohnungskündigung ein.

Johann Charous versuchte zu intervenieren und hat zur Bestätigung auch einen „Ariernachweis“ an das Wohnungsamt geschickt, dennoch wurde ihm die Wohnung gekündigt.<sup>233</sup> Der Fakt, dass er einen Juden darin hatte wohnen lassen, war offensichtlich bereits Grund genug für eine Kündigung.

Laut seinen Meldedaten allerdings konnte er eine Rückziehung der Kündigung erwirken, denn bis zu seinem Tod im Jahr 1956 scheint er als in der Wehlstraße gemeldet auf.

---

<sup>229</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E 33/38.

<sup>230</sup> Yad Vashem, Database of Shoah Victims' Names, online unter <http://db.yadvashem.org/names/nameDetails.html?itemId=1336582&language=en>, Zugriff am 5.12.2012.

<sup>231</sup> Friedhöfe Wien, Verstorbenensuche, online unter <http://www.friedhofewien.at/eportal/fhw/vs/submitSuchergebnis.do?id=0>, Zugriff am 5.12.2012.

<sup>232</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B1MEW16622/2012.

<sup>233</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E 38.

Wilhelmine FISCHER (geborene Szlotta),<sup>234</sup>

Geboren am: 21.03.1891 in Wien.

Sie war verheiratet mit Karl FISCHER (geboren am 15.01.1887 in Wien), bei ihm findet sich in den Meldedaten auch schon der Vermerk: "Abstammung J".

Sie hatten vier Kinder, Elisabeth (geboren am 21.8.1919), Gertrude (geboren am 24.01.1927), Karl (geboren am 27.12.1931) und Konstantin (geboren am 11.03.1947, er ist am Tage seiner Geburt gestorben).

Vom 13.12.1932 bis zum 08.02.1939 lebten sie in der Engerthstraße 105/21/6

Ihr Mann wurde in ein „Arbeiterumschulungslager“ nach Gänserndorf verbracht und ihr und ihren drei Kindern wurde auf Grund der jüdischen Abstammung ihres Mannes die Wohnung in der Engerthstraße aufgekündigt. Stattdessen wurde ihnen die Unterkunft in einer Bodenkammer gewährt.<sup>235</sup>

Ihr Mann zog nach seiner Entlassung zurück zu seiner Familie, damit wurde ihnen am 31.05.1941 auch diese Unterkunft gekündigt. Die Familie übersiedelte in den 17. Bezirk, in die Thelemanngasse. Zwei ihrer Kinder waren zwischenzeitlich nach Schottland emigriert. Bei ihr lebte dann noch die Tochter mit einem acht Monate alten Baby, das ein Mischling ersten Grades war.<sup>236</sup>

Karl und Wilhemine Fischer überlebten den Holocaust, Karl Fischer starb 1948 bei Enns, seine Frau 1966 in Maidslaine, in England.

Robert GELBER,<sup>237</sup>

Geboren am: 10.09.1895 in Wien.

Beruf: Geschäftsdienner

Er war verheiratet mit Gattin Maria, geborene Seger (geboren am 02.02.1893).

Von 15. 09.1926 bis zum 02.08.1938 lebte das Paar in der Wehlistraße 96/26/4

Robert Gelber wurde 1939 nach Nisko am San deportiert und am 27.04.1960 für tot erklärt.

Als Todestag wird der 20.10.1939, der Tag der Deportation genannt.<sup>238</sup>

---

<sup>234</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B1MEW14400/2012.

<sup>235</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX E 38.

<sup>236</sup> Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, XX A 8/41.

<sup>237</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B/MEW/4409/2012.

<sup>238</sup> WStLA, Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B/MEW/4409/2012.

Wilhelm GERSTL,<sup>239</sup>

Geboren am: 16.08.1905 in Budapest.

Beruf: Lederzuschneider.

Er zog nach Wien, wo er mit Gattin Margarete, geborene Hönigsberg (geb. am 28.12.1905) und seinen Töchtern Gertrude (geboren am 21.04.1928) und Herta (geboren am 10.11.1929) in der Donaueschingerstraße 30/32/5/23 bis zu ihrer Kündigung am 31.08.1938 lebte.

Die letzte in Wien bekannte Wohnadresse ist bis zum 28.11.1939 die Brigittenauer Lände 26/1/12.

Im Wiener Stadt- und Landesarchiv findet sich ein Abmeldevermerk mit "Paraquai".

Adolf GIPFEL<sup>240</sup>

Geboren am: 27.10.1901 in Wien.

Beruf: Beamter.

Er heiratete Charlotte Altmann, die am 10.03.1904 zur Welt kam.

Vom 08.11.1932 bis zum 01.08.1938 lebte er mit seinen Kindern Paul (geb. am 29.05.1934) und Eva (geb. am 24.10.1929) in der Donaueschingerstraße 30/16/4.

Die Kinder Eva und Paul wurden nach England abgemeldet, die Eltern folgten ihnen laut Meldevermerk am 03.07.1939 nach.

Emanuel GLASER<sup>241</sup>,

Geboren am: 14.12.1886 in Diendorf, Tulln/ NÖ.

Beruf: Schuhzuschneider

Er war verheiratet mit Anna Maria, geborene Michalowsky, die am 03.10.1900 in Wien geboren wurde.

Mit seinen Kindern Gertrud (geboren am 19.10.1923 in Wien), Anton, (geboren am 19.01.1928), Heinz (geboren am 16.05.1933), Elisabeth Marie (geboren am 06.05.1936) und Elfriede (geboren am 06.05.1942 in Wien) zog die Familie am 05.03.1927 in die Engerthstraße 99/13/1/7. Diese Wohnung mussten sie am 18.11.1938 verlassen.

---

<sup>239</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B2MEW24308/2012.

<sup>240</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B1MEW14415/2012.

<sup>241</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B/MEW/4416/2012.

Im Wiener Stadt- und Landesarchiv findet sich ein Vermerk: „Elisabeth abgemeldet am 22.07.1939 England“, der Rest der Familie blieb bis zum 20.02.1947 in der Porzellangasse 13/13 gemeldet und überlebte den Holocaust, Emanuel Glaser starb 07.10.1951 in Wien.

Samuel HACKER,<sup>242</sup>

Geboren am: 21.03.1900 in New York.

Beruf: Juwelier.

Er zog nach Wien und heiratete Gattin Marie Peyer (geboren am 04.03.1904).

Vom 24.05.1932 – 26.07.1938 lebten sie in der Engerthstraße 109/33/11.

Ihr genauer Weg lässt sich aus den vorhandenen Quellen nur vage rekonstruieren. So findet sich ein Vermerk mit „Italien, K.Z.“ im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Beide haben sie aber den Holocaust überlebt, denn ab 31.12.1945 waren beide im 9. Bezirk, in der Liechtensteinstraße gemeldet.

Lorenz HANDLOS,<sup>243</sup>

Geboren am: 4.7.1902 in Wien.

Beruf: Postbeamter.

Er war verheiratet mit Martha, geborene Waidhofer (geb. am 08.08.1905). Seine Gattin war Jüdin, deshalb musste das Ehepaar ihre Gemeindewohnung im Johann Janecek-Hof am 17.08.1938 verlassen.

Martha Handlos emigrierte im Juni 1939 nach England, Lorenz Handlos blieb in Wien zurück, war von da an als römisch-katholisch gemeldet, und diente in der Wehrmacht.

Ab dem 20.10.1943 lebte er wieder in Wien und zwar im 2. Bezirk, in der Praterstraße unter dem Vermerk „römisch katholisch (Abstammung: "A")“.

Leopold HOFFMANN,<sup>244</sup>

Geboren am: 28.03.1912 in Wien.

Beruf: Hilfsarbeiter.

Seine Gattin Margarethe Korschinek (geb. am 9.06.1917 in Wien) heiratete er am 15.05.1938.

---

<sup>242</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B1MEW14414/2012.

<sup>243</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B/MEW/4412/2012.

<sup>244</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B/MEW/4405/2012.



Gemeinsam hatten sie eine Tochter, Helene, geboren am 18.07.1928 in Wien.

Ihnen wurde ebenfalls die Gemeindewohnung gekündigt, die Familie überlebte den Holocaust in Wien.

Rudolf KORNITZER,<sup>245</sup>

Geboren am: 23.8.1900 in Wien.

Beruf: Hilfsarbeiter.

Er war verheiratet mit Gattin Bertha, geborene Schneider (geboren am 09.06.1899 in Wien).

Gemeinsam mit Sohn Alfred (geboren am 23.08.1924) lebten sie von 13.09.1926 bis zum 07.10.1938 in der Engerthstraße 107/29/2.

Nach der Kündigung ihrer Wohnung erbat Rudolf Kornitzer wenigstens die Unterbringung in einem der Barackenlager, da sein Kind an einer Lungenerkrankung litt.

Sie wurden daraufhin in eine Wohnung am Landstraßer Gürtel 251 angewiesen, wo die Familie bis zum 17.03.1939 lebte.

Am 18.08.1940 wurde er wegen „Abhörens ausländischer Sender“ festgenommen und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Am 08.11.1941 wurde er vermutlich aus der Haft nach Auschwitz überstellt, wo er am 14.11.1941 starb.<sup>246</sup>

Berta MANDEL(geborene Bauer)<sup>247</sup>,

Geboren am: 12.08.1866 in Brunn.

Beruf: Musikerin.

Sie lebte bis zu ihrem Kündigungsdatum am 01.08.1938 in der Traisengasse 23/32/2/10.

Sie wurde am 06.02.1942 nach Riga deportiert.<sup>248</sup>

---

<sup>245</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B5MEW54307/2012.

<sup>246</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Gestapo- Opferdatenbank, online unter <<http://www.doew.at/php/gestapo/index.php?c=detail&l=de&id=6751>>, Zugriff am 15.11.2012.

<sup>247</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B/MEW/4401/2012.

<sup>248</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, online unter <<http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>>, Zugriff am 22.10.2012.

Anton PFAUSER,<sup>249</sup>

Geboren am: 20.05.1900 in Wien.

Beruf: Hilfsarbeiter.

Er war verheiratet mit Gattin Margarete, geborene Schmidt, die der jüdischen Religion angehörte und am 24.02.1905 zur Welt kam.

Mit ihrem Sohn, Kurt (geboren am 09.09.1925) lebten sie in der Engerthstraße 105/19/3/3. Da seine Gattin Jüdin war, mussten sie die Gemeindewohnung mit 03.02.1939 räumen.

Er wurde am 22.11.1944 durch die Gestapo verhaftet, überstand die Gefangenenschaft und lebte nach dem Krieg weiter in Wien, bis er am 02.09.1969 in Wien starb. Sein Sohn und seine Frau überlebten ebenfalls in Wien.<sup>250</sup>

Alice RUBIN,<sup>251</sup>

Geboren am: 01.03.1878 in Prag.

Beruf: Beamtin.

Sie zog nach Wien und lebte hier unverheiratet und kinderlos.

Vom 03.06.1926 bis zum 29.07.1938 lebte sie in der Donaueschingenstraße 30/7/3.

Ihre letzte Wiener Adresse befindet sich im 2. Bezirk, in der Großen Pfarrgasse 11/2/12.

Sie wurde am 05.06.1942 nach Izbica deportiert.<sup>252</sup>

Simon SCHRAMM,<sup>253</sup>

Geboren am: 19.08.1897 in Wien.

Beruf: Buchhalter.

Er war verheiratet mit Josefine, geborene Schwebel (geb. am 22.01.1900 in Wien).

Ihre Tochter Erika kam noch am 06.07.1926 in Neulengbach zur Welt, im September zog die Familie bereits nach Wien, vom 17.09.1926 bis zum 30.07.1938 lebten sie im Johann Janecek-Hof.

---

<sup>249</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B0MEW04310/2012.

<sup>250</sup> Friedhöfe Wien, Verstorbenensuche, online unter <http://www.friedhofewien.at/eportal/fhw/vs/submitSuchergebnis.do?id=0>, Zugriff am 5.12.2012.

<sup>251</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B-MEW-4404/2012.

<sup>252</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, online unter <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>, Zugriff am 22. 10. 2012.

<sup>253</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B-MEW.4410/2012.

Sie scheinen zwar mit 27.11.1939 nach Palästina abgemeldet, schafften allerdings die Flucht nicht. Die ganze Familie wurde im Oktober 1941 in Zasavica bei Schabac umgebracht.<sup>254</sup>

Elisabeth (Elise) SCHWEITZER,<sup>255</sup>

Geboren am: 04.02.1899 in Wien.

Beruf: Private.

Ihr Mann verstarb früh, er hatte ein Geschäft in der Donaueschingen Straße 10a gehabt.

Nach seinem Tod lebte sie mit ihren Kindern Zilli (geboren am 08.02.1923), Litzi (geboren am 29.08.1924) und Manfred (geboren am 26.12.1932) im Johann Janecek-Hof.

Am 10.09.1938 mussten sie mit ihren drei Kindern die Wohnung in der Wehlstraße 88/24/1/8 räumen.

Elisabeth Schweitzer ist am 25.12.1939 in Wien gestorben und ließ ihre drei Kinder verwaist zurück, von denen das jüngste zu diesem Zeitpunkt fünf Jahre alt war. Alle drei überlebten.

Felix SIEDERER,<sup>256</sup>

geboren am 21.01.1900 in Wien.

Beruf: Bankbeamter.

Vom 28.08.1927 bis zum 01.08.1938 lebt er mit Gattin Friederike (geboren am 10.08.1898) in der Engerthstraße 101/6.

Er versucht mittels Klage die Kündigung der Wohnung abzuwenden, allerdings erfolglos.

Laut Abmeldevermerk konnte Felix Siederer ins Ausland fliehen.

---

<sup>254</sup>Yad Vashem, Database of Shoah Victims' Names, online unter  
<<http://db.yadvashem.org/names/nameDetails.html?itemId=1261727&language=en>>,  
<<http://db.yadvashem.org/names/nameDetails.html?itemId=1404638&language=en>>,  
<<http://db.yadvashem.org/names/nameDetails.html?itemId=1261728&language=en>>, Zugriff am 6.12.2012.

<sup>255</sup> Historische Meldeunterlagen ,MA 8 – B3MEW34398/2012.

<sup>256</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B1MEW14309/2012

Ernst STERN<sup>257</sup>

Geboren am: 24.04.1903.

Beruf: Buchdrucker.

Er war verheiratet mit Alice, geborene Grossmann (geb. am 23.12.1902). Ihr Sohn, Thomas Peter, kam am 06.02.1935 zur Welt. Bis 29.07.1938 lebten sie in der Engerthstraße 99.

Alice Stern wurde gemeinsam mit ihrem Kind am 17.07.1942 von Wien nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.<sup>258</sup>

Der Vater dürfte als einziger in der Familie überlebt haben, er scheint zumindest nicht in den Opferdatenbanken auf.

Max STERNBERG,<sup>259</sup>

geboren am 16.10.1893 in Wien,

Beruf: Kaufmann.

Er heiratete Irene Münz (geboren am 19.08.1894).

Vom 14.08.1926 bis zu ihrem Kündigungsdatum, dem 30.07.1938 lebten sie mit ihrer Tochter Herma (geb. am 20.12.1923) in der Engerthstraße 103/17/13.

Im Wiener Stadt- und Landesarchiv findet sich noch ein Abmeldevermerk in die Schweiz, doch wurde Max Sternberg am 13.07.1943 nach Theresienstadt deportiert, von wo aus er am 06.09.1943 nach Auschwitz überstellt wurde.<sup>260</sup>

Seine Frau Irene tauchte mit Tochter Herma unter, sie starb allerdings am 13.01.1945 an Bronchialasthma und Herzmuskelentartung im Spital der IKG in der Malzgasse 16.

Einzig die Tochter überlebte als U-Boot in Wien und heiratete 1947 Karl Vinzenz Katzer. 1993 starb sie in Wien.<sup>261</sup>

Bertha WILHELM:<sup>262</sup>

Geboren am 02.02.1892.

Sie wurde am 15.02.1941 nach Opole deportiert.<sup>263</sup>

---

<sup>257</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B.MEW.4408/2012.

<sup>258</sup> <http://www.döw.at/ausstellung/shoahopferdb.html>, <http://www.döw.at/ausstellung/shoahopferdb.html>, Zugriff am 7.12.2012.

<sup>259</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B2MEW24413/2012.

<sup>260</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, online unter <<http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>>, Zugriff am 22.10.2012.

<sup>261</sup> IKG Wien, Matriken, Nachkriegsmitgliederkartei.

<sup>262</sup> Historische Meldeunterlagen, MA 8 – B/MEW/4403/2012.

Hermine WINKLER (geborene Swoboda),<sup>264</sup>

Geboren am: 28.12.1903 in Wien.

Beruf: Haushalt.

Sie war verheiratet mit Ignaz Winkler (geboren am 17.04.1886), von Beruf Uhrmacher.

Gemeinsam mit den Kindern Maurus (geboren am 20.02.1931) und Theresia (geboren am 27.04.1932) lebten sie vom 27. 06.1935 bis zum 25.08.1938 in der Engerthstraße 105/24/3/14.

Nach ihrer Kündigung wird ihnen eine Wohnung im 2. Bezirk, in der Taborstraße zugewiesen, wo sie bis zum 28.03.1939 gemeldet sind. Dann findet sich ein Abmeldevermerk: Amerika.

---

<sup>263</sup> Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah-Opferdatenbank, online unter <<http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html>>, Zugriff am 22.10.2012.

<sup>264</sup> MA 8 – B2MEW24399/2012.

## 13. Anhang

### 13.1. Quellen

#### 13.1.1. Archivquellen

Matrikenamt der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

- Geburts-, Sterbe- und Trauungsmatriken

Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA)

- Historische Meldeunterlagen

Wiener Wohnen, Kundendienstzentrum Alserbachstraße 41, Registratur

- Akten des Wiener Wohnungsamtes

#### 13.1.2. Literatur

Gabriele *Anderl*, Edith *Blaschitz*, Sabine *Loitfellner*, Mirjam *Triendl*, Niko *Wahl*, „Arisierung“ von Mobilien /Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 15) (Wien/München 2004).

Gabriele *Anderl*, Dirk *Rupnow*, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd 20/1) (Wien/München 2004).

Brigitte *Bailer*, Für Österreich war Wiedergutmachung kein Thema. Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Österreich am Beispiel des Opferfürsorgegesetzes und anderer Maßnahmen für die Opfer des Nationalsozialismus (Diss. Wien, 1991).

Peter *Böhmer*, Wer konnte, griff zu. „Arisierte“ Güter und NS-Vermögen im Krauland-Ministerium (1945-1949) (Wien/Köln/Weimar 1999).

Gerhard *Botz*, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme und Herrschaftssicherung 1938/39 (Buchloe 1988).

Gerhard *Botz*, Wien vom „Anschluß“ zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39 (Wien 1978).

Gerhard *Botz*, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik (Wien/Salzburg 1975).

Shoshana *Duizend-Jensen*, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung“ und Restitution, (Veröffentlichung der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 21/2) (Wien/München 2004).

Herbert *Exenberger*, Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848-1945 (Wien 2009).

Herbert *Exenberger*, Johann *Koß*, Brigitte *Ungar-Klein*, Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung der jüdischen Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938-1939 (Wien 1996).

Hans *Hautmann*, Rudolf *Hautmann*, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919-1934 (Wien 1980).

Raul *Hilberg*, Die Vernichtung der europäischen Juden (Band 1) (Frankfurt am Main 1997).

Raul *Hilberg*, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945 (Frankfurt am Main<sup>2</sup> 1992).

Birgit *Johler*, Maria *Fritsche* (Hg.), 1938 Adresse Servitengasse. Eine Nachbarschaft auf Spurensuche. (2007 Wien).

Charles J. *Kapralik*, Erinnerungen eines Beamten der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde 1938/39. In: Bulletin des Leo Baeck Instituts (Nr.58) (Jerusalem 1981).

Jonny Moser, Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938-1945, Wien 1999.  
In: Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen-5.

Hans Safrian, Die Gehilfen Eichmanns. Zur Beteiligung von Österreichern an der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Genozidpolitik (Diss. Wien 1992).

Emmerich Talos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2000).

Helmut Weihsmann, Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934 (Wien<sup>2</sup> 2002).

Zeitungen:

Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien (1938 - 1939).

### *13.1.3. Internetquellen:*

[www.döw.at](http://www.döw.at), Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Shoah- und Gestapo- Opferdatenbank.

[www.friedhofewien.at](http://www.friedhofewien.at), Friedhöfe Wien, Verstorbenensuche.

[www.yadvashem.org](http://www.yadvashem.org), The Holocaust Martyrs' and Heroes' Remembrance Authority.  
Internetpräsenz der Gedenkstätte „Yad Vashem“ in Jerusalem, Central Database of Shoah Victims' Names.



### *13.2. Curriculum Vitae*

Name: **Judith Adam**

Geboren am: 20.9.1987 in Wien

Wohnhaft: Obere Donaustraße 45a/8, 1020 Wien

e-mail: judith\_adam@hotmail.com

#### Ausbildung:

1998-2006 AHS Zirkusgasse, Matura am 9.Juni 2006

Schriftlich: Mathematik, Deutsch, Englisch

Mündlich: Englisch, Geografie, Psychologie, Geschichte (vertiefend)

Studium: ab WS 06 Geschichte

SS07 Politikwissenschaft

#### Berufserfahrungen:

März-Juni 2012: Praktikum Radio Wien

Oktober 2011-Februar 2012: Deutsch und Englisch Nachhilfe bei IMF, Lernhilfe Institut

September 2011: Feriapraktikum Radio Wien

März 2011: Redaktion und Lektorat „die-frau.at“

November 2009 – Februar 2010: Guide im Foltermuseum Wien

Seit September 2006: im Akademietheater geringfügig beschäftigt.

#### Besondere Kenntnisse:

Englisch fließend in Wort und Schrift

Französisch (Maturaniveau)

Spanisch (Grundkenntnisse)

---

### *13.3. Abstract*

In der Arbeit zum Thema „Arisierung“ von Gemeindewohnungen wird die Kündigung jüdischer Mieter zu Gunsten „arischer“ aus den Wiener Gemeindebauten behandelt. Zentral ist die Frage nach Bedeutung und Konsequenz der Kündigung für die betroffenen Mieter.

Um die „Arisierung“ der Gemeindewohnungen näher zu erläutern wird erst ein Rückblick auf Wohnbau und Mieterschutzgesetzgebung vor 1938 gegeben. Anschließend wird der Kündigungsvorgang beschrieben, gefolgt von einer Erläuterung der Folgen, die der Verlust der Wohnungen nach sich zog. Zur Veranschaulichung der allgemein gehaltenen Fakten wird der Johann Janecek-Hof im 20. Wiener Gemeindebezirk exemplarisch ausgewählt, auf seine ehemaligen jüdischen Mieter untersucht und versucht deren Wege, so lückenlos wie es die vorhandenen Quellen erlaubt haben, nachzuvollziehen.